

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jürgen Weber

Das sowjetische
Wiedervereinigungsangebot
vom 10. März 1952

Wolfgang Bergsdorf

Berufsbildung
und Erwachsenenbildung
in beiden Teilen Deutschlands

B 50/69

13. Dezember 1969

Jürgen Weber, cand. phil., geb. am 19. September 1944, Studium der Politikwissenschaft, Romanistik und Geschichte in Mainz und Straßburg, promoviert z. Z. über den Europarat.

Veröffentlichungen: Die demokratische Alternative zum Kommunismus, in: Politische Studien, 19. Jg., H. 178, 1968; Die Bemühung der Beratenden Versammlung des Europarats um Effektivität, in: Europa-Archiv, 23. Jahr, H. 19, 1968; Sinn und Problematik der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/68; Ursache der westlichen Neuorientierung. Kommunistische Beeinflussungsversuche der westlichen Deutschlandpolitik 1950/51, in: Politische Studien, 20. Jg. 1969, H. 185, S. 269—285; Utopisches Denken als Faktor der politischen Wirklichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/69, S. 14—22.

Wolfgang Bergsdorf, Referent im Kulturpolitischen Büro der CDU/CSU in Bonn und Redakteur des „Kulturpolitischen Informationsdienstes“, Studium der Politischen Wissenschaften und Soziologie in Bonn, Köln und München, Autor bildungs- und wissenschaftspolitischer Beiträge für Rundfunkanstalten, Wochenzeitungen und Zeitschriften (vgl. auch: Hochschul- und Wissenschaftspolitik im geteilten Deutschland. Eine vergleichende Darstellung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/69 v. 4. 1. 1969, und: Schulpolitik in beiden Teilen Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/69 v. 29. 3. 1969).

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 341251, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das sowjetische Wiedervereinigungsangebot vom 10. März 1952

Versäumte Chance oder trügerische Hoffnung?

1. Aktualität der Frage

Je länger die Teilung Deutschlands andauert und in je weitere Ferne die Wiedervereinigung der beiden entstandenen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen rückt, um so stärker wird der Zeitgenosse das Verlangen spüren, die Politik der Vergangenheit kritisch zu überprüfen, getrieben von dem Gefühl, daß es vielleicht doch einmal eine Wiedervereinigungschance gegeben habe. Nun sind die Teilungen von Staaten als Ergebnis und Ausdruck antagonistischer Machtinteressen und das Verlangen der getrennten Völker nach Wiedervereinigung Erscheinungsformen der internationalen Beziehungen, die sich nicht allein im zwanzigsten Jahrhundert beobachten lassen (man denke nur an die polnische Frage¹⁾, die allerdings erst nach 1945 in Korea, Vietnam und Deutschland ihre vorläufig charakteristischste Ausprägung erhielten.

Gerade in Deutschland, wo sich der Ost-West-Gegensatz in aller Schärfe kristallisierte, trat diese widersprüchliche Situation besonders zutage. Während sich die Siegermächte im Potsdamer Abkommen von 1945 verpflichtet hatten, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln und gemeinsam zu verwalten, brachen gerade über die Fragen der praktischen Ausführung dieser Bestimmungen die latent vorhandenen Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den Westmächten hervor und bewirkten in ihrem Gefolge die Spaltung des besiegten Staates. Zugleich verkündeten aber beide Lager ihren Willen, eine Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, dem dann die Politik der „Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage“ der DDR und der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ der Bundesrepublik entsprachen. Alle erklärten die Beseitigung der deutschen Teilung zu ihrem wichtigsten Ziel, doch die Wiedervereinigung kam nicht zustande.

Die vorliegende Arbeit verdankt ihr Entstehen der freundlichen Unterstützung von Herrn Prof. Dr. Hans Buchheim (Mainz). Seine Ausführungen zur gleichen Frage wurden eingearbeitet.

Als Chruschtschow 1955 zum erstenmal in aller Deutlichkeit von den beiden deutschen Staaten sprach und darlegte, die DDR werde nicht auf ihre sozialen und politischen Errungenschaften verzichten²⁾, schien dies ein Beweis dafür zu sein, daß sich die sowjetische Deutschlandpolitik grundlegend verändert hatte und daß sie zuvor bereitwilliger gewesen war, auf die deutschen Interessen einzugehen. In desto hellerem und vielversprechenderem Licht erschien daher und erscheint auch heute manchen Beobachtern die sowjetische Märznote

Wolfgang Bergsdorf:

**Berufsbildung und Erwachsenenbildung
in beiden Teilen Deutschlands S. 31**

des Jahres 1952, in der die Sowjetregierung den Westmächten ein Angebot zur Wiedervereinigung Deutschlands unterbreitete.

Eine Untersuchung über die Bedeutung dieser Note, die ja eine der Grundfragen deutscher Außenpolitik berührt, rechtfertigt sich nicht nur aus rein historischem Interesse, das überdies erst in einigen Jahrzehnten völlige Gewißheit über alle Zusammenhänge erlangen wird, sondern vor allem aus der Überlegung heraus, daß diese Frage allzu leicht einer emotionsgeladenen Betrachtungsweise unterworfen ist. Die Aufgabe der Politikwissenschaft muß es daher sein, die ganze Problematik dieser Frage in allen ihren Aspekten aufzudecken, damit nicht später einmal die „terribles simplificateurs“ aus längst Vergangenenem eine politische Waffe schmieden, deren Konsistenz nicht

¹⁾ Einen guten Überblick zu diesem Problem gibt Günther Franz (Hrsg.), Teilung und Wiedervereinigung. Eine weltgeschichtliche Übersicht, Göttingen 1963.

²⁾ Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Band 1 (5. Mai bis 31. Dezember 1955), bearbeitet von Ernst Deuerlein unter Mitwirkung von Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt-Berlin 1961, S. 234 f. u. S. 361.

in Fakten, sondern in Gefühlen ruht. Auch ein kritisch Urteilender, der zu einem negativen Ergebnis kommt, sollte sich davor hüten, die Vergangenheit nur im milden Glanz der Problemlosigkeit zu sehen; er sollte sich vielmehr die Mehrdeutigkeit jeder wirklich politischen Situation in Erinnerung rufen und mit in sein Urteil einbeziehen.

Nicht nur die Publizistik und Literatur beschäftigten und beschäftigen sich angelegentlich mit der Märznote, auch der deutsche Bundestag griff dieses Thema Jahre später wieder auf. In der außenpolitischen Debatte vom 23. Januar 1958 beschworen Thomas Dehler und Gustav Heinemann jenen denkwürdigen Schritt Stalins. In seiner sehr stürmisch verlaufenden Rede warf Dehler Bundeskanzler Adenauer vor, er habe alles getan, um die Wiedervereinigung zu verhindern und er habe nie den Willen zur Einheit besessen. Bei seiner Abrechnung mit der Adenauerschen Außenpolitik seit 1949 kam er auch auf die sowjetische Märznote und ihre damalige Aufnahme durch die Regierung zu sprechen. Auf ihrer Basis sei eine „Verhandlungsmöglichkeit“ gegeben gewesen. Stalin habe gesamtdeutsche freie Wahlen unter Viermächtekontrolle, Freiheit der Presse, Friedensvertrag, Abzug aller Truppen, nationale Bewaffnung, Rüstungsproduktion mit bestimmten Einschränkungen angeboten, er sei bereit gewesen, als Preis für den Verzicht auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die deutsche Zugehörigkeit zu irgendeiner Militärallianz die Wiedervereinigung zuzugestehen. Doch Adenauer hätte es am Willen gefehlt, das Mögliche zu tun und eine Chance zu ergreifen³⁾. Heinemann, der Adenauers Rücktritt forderte, erinnerte seinerseits daran, daß der Bundeskanzler beim Bekanntwerden der Note diese als belanglos bezeichnet und davon gesprochen hätte, der Westen müßte erst stärker werden, bevor man in Verhandlungen eintreten könnte. „Eine ungewöhnlich verheerende Parole, verheerend, weil sie in einer tückischen Weise das Richtige und das Falsche miteinander vermengte“, meinte Heinemann, sei die Parole gewesen: „Zuerst freie Wahlen! — Gewiß, freie Wahlen wollen wir alle. Aber zu sagen ‚zuerst‘ — das mußte genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen.“⁴⁾ Die Politik der eingebildeten Stärke habe das Spiel der Sowjetunion gespielt und die eigenen Chancen verhindert; dies sei eine historische Schuld.

Auf die hier aufgeworfenen Probleme wird an anderer Stelle eingegangen werden. Es geht uns zunächst nur darum zu zeigen, daß die Frage nach wie vor aktuell ist und nach einer

leidenschaftslosen Klärung verlangt. Paul Sethe, der in starkem Maße zur Diskussion um die Sowjetnote beigetragen hat, vermittelt uns sehr plastisch die quälenden Zweifel, ob es 1952 nicht doch zu einem Wendepunkt in der deutschen Geschichte hätte werden können. Er schreibt in einem Leitartikel der „Welt“ vom 6. Juni 1956 u.a.: „Noch einmal steigen wie quälende Schatten die Erinnerungen an die Jahre zwischen 1952 und 1954 herauf. Damals erklärten die Russen, daß sie um der internationalen Entspannung willen bereit seien, den Preis der Wiedervereinigung zu bezahlen. Jahrelang nannten sie, anders als heute, als Bedingung nur die eine, daß Gesamtdeutschland eine militärische Stellung zwischen den Machtblöcken einnehmen müsse. Damals dachte man in peiniger Sorge immer wieder an Bismarcks Wort von dem Rauschen des Mantels, mit dem Gott durch die Geschichte schreite, und an die Aufgabe des Staatsmannes, den Zipfel des Mantels zu ergreifen. Nun ist die Gunst der Stunde vorbei. Die Russen haben die Wasserstoffbombe, sie haben die Raketen, die über die Erdteile hinwegsausen, sie haben eine glänzende internationale Stellung; anstatt daß sie über den Bug zurückgeworfen worden wären, ist ihre Diplomatie bis zum Nil vorgedrungen. In solcher Lage wollen sie Preise nicht mehr zahlen, in die sie einstmals einzuwilligen versprochen. Die Lage ist düsterer geworden, als sie seit langem war. Aber es ist gut, daß wir es wissen. Helfende Überlegung, rettende Entschlüsse sind nur dem möglich, der seine Wünsche nicht mit der Wirklichkeit verwechselt.“⁵⁾

Auch in jüngster Zeit war wieder von jener Note die Rede, als Gustav Heinemann in seinem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ ausführte: Adenauer habe in den Jahren 1952/1954 die von sowjetischer Seite unternommenen Anläufe zu einer Regelung auf der Grundlage eines gesamtdeutschen Friedensvertrages mit einer aus freien Wahlen zu bildenden gesamtdeutschen Regierung nicht aufgegriffen⁶⁾.

Damit angesichts dieser Streitfrage ein begründetes Urteil abgegeben werden kann, soll zunächst der historische Kontext kurz skizziert werden, in dem der sowjetische Vorschlag zu sehen ist, um dann seine Probleme im einzelnen zu untersuchen.

³⁾ Verhandlungen des deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 39, Bonn 1958, S. 385—399.

⁴⁾ Ebd., S. 402.

⁵⁾ Paul Sethe, Chruschtschows schwerstes Nein, in: Die Welt vom 6. Juni 1965, S. 1.

⁶⁾ Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1969, S. 10.

Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten des Jahres 1952 kann nicht isoliert betrachtet und analysiert werden, er muß vielmehr in den politischen Gesamtzusammenhang gestellt werden, wie er sich seit 1945 im Verhältnis der Siegermächte zu ihren Besatzungszonen und der ehemaligen Alliierten untereinander ergeben hat. Die Viermächteverwaltung Deutschlands scheiterte in den hartnäckigen Reparationsforderungen der Sowjetunion und ihren eng damit verbundenen Versuchen, in den westlichen Besatzungszonen wirtschaftlichen und politischen Einfluß (Zentralregierung, Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes) zu gewinnen, während sie die eigene Zone abkapselte und in ihr strukturverändernde Maßnahmen einleitete (Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie, Fusion der SPD und KPD zur SED). Auch die Außenministerkonferenzen der Jahre 1945/47, die einen Friedensvertrag für Deutschland ausarbeiten sollten, blieben erfolglos. Diese negativen Ergebnisse alliierter Zusammenarbeit waren insgesamt Ausdruck der nicht miteinander zu vereinbarenden Ziele der Sowjetunion und der Westmächte in Europa — eines Gegensatzes, der letztlich in den grundverschiedenen Gesellschaftssystemen und in den unterschiedlichen Macht- und Sicherheitsinteressen verankert war.

Unter dem Eindruck der intransigenten sowjetischen Haltung beschlossen die Westmächte, wenigstens ihre Besatzungszonen zu konsolidieren. An die Stelle der anfangs praktizierten Politik der wirtschaftlich-politischen Niedermhaltung Deutschlands traten nun die Bemühungen, um die wirtschaftlich-politische Stärkung der westlichen Teile Deutschlands und ihre Einbeziehung in die Verteidigung Westeuropas rasch zu gewährleisten. Während der Wandel der Mächtekonstellation bereits 1946/1947 deutlich wurde (Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes vom 6. September 1946 in Stuttgart, Truman-Doktrin vom 12. März 1947, Rede des amerikanischen Außenministers Marshall vom 5. Juni 1947, Gründung des Kommunistischen Informationsbüros am 22. September 1947), war die Berlin-Blockade das für alle sichtbare Zeichen des tiefgehenden Ost-West-Konfliktes. Westdeutschland wurde zum Vorfeld bei der Verteidigung der westeuropäischen Freiheit; auf seinen militärischen Beitrag bei einem etwaigen sowjetischen Angriff konnte nicht verzichtet werden.

) Vgl. Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955, München 1967, S. 234 ff.

Es ist unstritten, ob die sowjetischen Politiker wirklich expansionistische Absichten hatten, die über den osteuropäischen Raum hinausgriffen. Eine Tatsache ist jedoch, daß die Sowjetisierungsmaßnahmen in den osteuropäischen Staaten und die systematische Ausschaltung aller prowestlichen Kräfte in jenen Regierungen (Prager Staatsstreich vom Februar 1948) sowie die erwähnte sowjetische Deutschlandpolitik es den Westmächten geraten erscheinen ließ, sich gegen die denkbare Möglichkeit einer politisch-militärischen Offensive der Sowjetunion zu versichern. Die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung wurde seit 1948/49 diskutiert⁷⁾ und vor allem von amerikanischer Seite ernsthaft erwogen. Diese erste sowjetische Atombombenexplosion 1949, die das Ende des amerikanischen Monopols dieser Waffe bedeutete, trug neben dem

INHALT

1. Aktualität der Frage
2. Der historische Hintergrund
3. Der Inhalt der Märznote und des sich anschließenden Notenwechsels
4. Die Interessenlage und die seit 1950 praktizierte Politik der Sowjetunion
 - a) Interesse — konstituierender Faktor der Politik
 - b) Ziel des sowjetischen Angebotes
 - c) Westliche Integrationspolitik und sowjetische Verhandlungsbereitschaft
5. Die Neutralisierung Deutschlands
 - a) Nationale Streitkräfte und deutsche Neutralität in kommunistischer Sicht
 - b) Charakter eines neutralen Deutschland in kommunistischer Sicht
 - c) Die Brückenfunktion Deutschlands und die politischen Realitäten
 - d) Das Interesse der Westmächte
6. Freie Wahlen
 - a) Kritik am Beharren auf freien Wahlen
 - b) Einheit und Freiheit
 - c) Das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik
 - d) Die kommunistische Auffassung von freien Wahlen
7. Die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebotes
 - a) Unterschiedliche Beurteilung
 - b) Problematik von Verhandlungen in der damaligen Situation
 - c) Die Dimension des Risikos
 - d) Sowjetische Respektierung der nationalen Interessen Deutschlands?

Literatur

Ausbruch des Koreakrieges im Sommer des folgenden Jahres dazu bei, die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Bewaffnung Westdeutschlands auf der Seite der Westmächte weitgehend zu zerstreuen.

Es ging jetzt nur noch um die Frage, wie das Erfordernis der Sicherheit durch Westdeutschland mit der Notwendigkeit der Sicherheit vor Deutschland in Einklang gebracht werden konnte. Im Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz (12. bis 18. September 1950) wurde bereits ein westdeutscher Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung Europas als „Gegenstand des Studiums und Meinungsaustausches“ ausdrücklich erwähnt⁸⁾. Am 24. Oktober 1950 schließlich entwickelte der französische Ministerpräsident René Pleven vor der Nationalversammlung den Plan einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die einerseits das deutsche Potential nutzbar machen und andererseits dem Sicherheitsverlangen vor allem Frankreichs Rechnung tragen sollte. Die deutschen Kontingente sollten in eine gemeinsame Europa-Armee integriert werden⁹⁾. Es war nun die Aufgabe der deutschen Außenpolitik, für diesen Wehrbeitrag annehmbare Bedingungen auszuhandeln: politische Selbstbestimmung, eine Si-

cherheitsgarantie für das Territorium der Bundesrepublik und Gleichberechtigung.

Nicht nur auf militärischem, auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bestand von Anfang an für die Bundesrepublik ein enges Junktum zwischen sich ausweitender Selbstbestimmung und stärkerer Bindung an den Westen. Das Streben der Bundesrepublik nach Souveränität und das Verlangen der Westmächte nach Partnerschaft und Kontrolle durch Integration standen in einem funktionalen Verhältnis zueinander. Dies zu betonen, ist wichtig, um die nachfolgenden Reaktionen auf die sowjetischen Angebote einordnen zu können. Die Verhandlungen über den EVG-Vertrag, eng gekoppelt mit dem Deutschlandvertrag, der an die Stelle des seit dem 21. September 1949 in Kraft getretenen und am 6. März 1951 revidierten Besatzungsstatut treten sollte, erwiesen sich als langwierig¹⁰⁾, waren aber schließlich erfolgreich. Im Frühjahr 1952 lagen die Verträge unterschriftsfertig vor.

In diesem entscheidenden Augenblick, als die Früchte mühsamer diplomatischer Arbeit des Westens endlich zur Reife gebracht waren, ließ Stalin den Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs seine berühmte Note überreichen

3. Der Inhalt der Märznote und des sich anschließenden Notenwechsels

In ihrer Note¹¹⁾ schlug die Sowjetregierung den Westmächten vor, die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen und auf einer Konferenz „unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung“, auszuarbeiten. Einen eigenen Entwurf stellte sie zur Diskussion.

Um das Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression zu verhindern, so wurde ausgeführt, sollte ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden, der „die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern“¹²⁾ würde. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sollte einhergehen mit dem Abzug aller Besatzungsstreitkräfte, und zwar spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages. Deutschland müsse sich verpflichten, „keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat“¹³⁾. Dagegen werde es Deutsch-

land gestattet sein, „eigene nationale Streitkräfte“¹⁴⁾ (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind“, und eine entsprechende Rüstungsindustrie aufzubauen. In den weiteren Leitsätzen der Sowjetnote heißt es, dem deutschen Volk müßten unterschiedslos die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit, gewährt werden. Den demokratischen Parteien und Organisationen

⁸⁾ Archiv der Gegenwart 1950, S. 2587 C.

⁹⁾ Ebd., S. 2644 D.

¹⁰⁾ Eine detaillierte Darstellung gibt Wettig, a. a. O., S. 353—475.

¹¹⁾ Der ganze Notenwechsel findet sich in einer textkritischen Ausgabe bei Eberhard Jäckel, Die deutsche Frage 1952—1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt-Berlin 1957; vgl. auch: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953⁴.

¹²⁾ Hervorh. d. Verf.

¹³⁾ Hervorh. d. Verf.

¹⁴⁾ Hervorh. d. Verf.

sei freie Betätigung gestattet, jedoch dürften auf dem Territorium Deutschlands solche Organisationen nicht bestehen, „die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind“¹⁵⁾. Alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, sowie die nicht-inhaftierten Nazis sollten in den Genuß der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie alle anderen Staatsbürger kommen. Schließlich geht der Entwurf davon aus, daß die Grenzen Deutschlands bereits auf der Potsdamer Konferenz festgelegt worden seien.

Der weitere Notenaustausch kreiste um folgende Themen: Freie Wahlen, Status einer gesamtdeutschen Regierung vor einem Friedensvertrag, Handlungsfreiheit nach dem Friedensvertrag, Verfahrensfragen.

In der Note war zwar von der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die den Willen des deutschen Volkes ausdrücken sollte, die Rede, freie Wahlen wurden jedoch nicht erwähnt. In ihrer Antwortnote vom 25. März 1952 stellten die Westmächte diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Eine gesamtdeutsche Regierung könne nur auf der Grundlage freier Wahlen in ganz Deutschland geschaffen werden, deren Voraussetzung, nämlich individuelle und nationale Freiheit des deutschen Volkes, von einer Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zuvor überprüft werden müsse.

Diese Frage hatte bereits zuvor die Vereinten Nationen beschäftigt. Auf Anregung der durch die Bundesregierung übermittelten Forderung des Bundestages vom 27. September 1951¹⁶⁾ hatten die drei Westmächte am 5. November 1951 dem UN-Generalsekretär folgenden Tagesordnungspunkt für die bevorstehende Sitzungsperiode der Vollversammlung unterbreitet: „Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission unter Aufsicht der Vereinten Nationen zur Durchführung einer gleichzeitigen Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin und in der Sowjetzone Deutschlands, um festzustellen, ob die dort gegebenen Bedingungen die Abhaltung tatsächlich freier Wahlen in allen diesen Gebieten ermöglichen“¹⁷⁾. Am 20. Dezember 1951 nahm die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit 45 gegen 6 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Entschließung an, in der die Einsetzung einer UN-Kommission beschlossen wurde, die die Voraussetzungen zur Abhaltung freier Wahlen in Gesamtdeutschland überprüfen und diese Voraussetzungen gegebenenfalls in einer Empfehlung ausarbeiten sollte¹⁸⁾. Diese Kommission vertagte sich

am 31. Juli 1952 sine die, da ihrer Ansicht nach keine Aussicht auf eine Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden in der DDR bestand und sie somit ihre Aufgabe außer in der Bundesrepublik und West-Berlin nicht erfüllen konnte¹⁹⁾.

In ihrer Note wiesen die Westmächte auch darauf hin, daß eine ins einzelne gehende Diskussion über einen Friedensvertrag erst dann sinnvoll und möglich sei, wenn die genannten Voraussetzungen geschaffen und eine freie gesamtdeutsche Regierung gebildet worden sei, die an den Verhandlungen teilnehmen sollte. Die Westmächte lehnten das Koalitionsverbot für den zukünftigen deutschen Staat ab, der gesamtdeutschen Regierung sollte es freistehen, sowohl vor wie nach dem Abschluß eines Friedensvertrages „Bündnisse einzugehen, die mit den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen in Einklang stehen“. Die Aufstellung von nationalen Streitkräften bezeichneten sie als „einen Schritt zurück“.

In ihrer Antwort vom 9. April 1952 griff die Sowjetunion die Wahlfrage auf und bezeichnete die Erörterung der Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen als notwendig. Sie lehnte allerdings eine UN-Kommission ab, da dies eine gemäß Art. 107 der Charta nicht zulässige Einmischung der Vereinten Nationen in deutsche Angelegenheiten sei. Dagegen könne diese Überprüfung von einer Kommission vorgenommen werden, „die von den vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächten zu bilden wäre“.

Mit Befriedigung stellten die Westmächte in ihrer Antwortnote vom 13. Mai 1952 fest, daß die Sowjetregierung nunmehr grundsätzlich mit freien Wahlen in ganz Deutschland einverstanden sei. Die erforderlichen Voraussetzungen für freie Wahlen müßten allerdings in allen Teilen Deutschlands bestehen, am Wahltage selbst, davor und danach. Eine lediglich aus Mitgliedern mit unmittelbaren Verantwortlichkeiten in Deutschland zusammengesetzte Kommission „wäre gleichzeitig Richter und Partei. Die Erfahrung während der Zeit der Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland läßt darauf schließen, daß eine solche Kommission nicht in der Lage wäre, zu zweckdienlichen Entscheidungen zu gelangen ... Dies wäre ein Rückschritt, der mit der konstitutionellen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht in Einklang stehen würde“. Die Westmächte erklär-

¹⁵⁾ Hervorh. d. Verf.

¹⁶⁾ Die Bemühungen der Bundesrepublik, a. a. O., S. 43 f.

¹⁷⁾ Ebd., S. 59 f.

¹⁸⁾ Ebd., S. 61 f.

¹⁹⁾ Archiv der Gegenwart 1952, S. 3595 F.

ten sich bereit, Vorschläge für eine unparteiische Untersuchungskommission (anstelle der UN-Kommission) zu prüfen, machten aber zur Bedingung, daß sie Aussicht bieten müßten, die baldige Durchführung freier Wahlen zu fördern, und daß sie selbst die Überzeugung gewinnen müßten, daß „die sowjetische Haltung die Verhandlungen nicht wieder ergebnislos machen wird“. Angesichts der nach dem Krieg mit den Sowjets gemachten Erfahrungen, aber auch in Erinnerung an die Pariser Vorkonferenz (5. März bis 22. Juni 1951), die nach 74 Sitzungen ergebnislos abgebrochen werden mußte, weil sich die stellvertretenden Außenminister der Vier Mächte nicht über die Tagesordnung für eine Außenministerkonferenz einigen konnten²⁰⁾, verlangten die Westmächte diesmal deutliche Beweise dafür, daß die Sowjetregierung keine diplomatischen Scheingefechte im Sinn hatte.

Am 24. Mai 1952, also unmittelbar vor der für den 26. bzw. 27. Mai festgelegten Unterzeichnung des Deutschland- und des EVG-Vertrages, antwortete die Sowjetregierung. Sie warf den Westmächten vor, den Friedensvertrag mit Deutschland verschleppen und die Spaltung des Landes aufrechterhalten zu wollen und wiederholte ihre schon seit 1950 bekannten Thesen von dem „Komplott zwischen den revanchelüsteren herrschenden Kreisen Westdeutschlands und der nordatlantischen Staatengruppe“. Dessenungeachtet schlug sie vor, unverzüglich gemeinsame Beratungen über die Fragen des Friedensvertrages, der Wiedervereinigung und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu beginnen. Sie blieb dabei, daß eine Viermächtekommission objektiv und unvoreingenommen die notwendigen vorbereitenden Prüfungen vornehmen könnte und ging auch nicht von ihrer Forderung nach nationalen Streitkräften ab. Ein Zurücktreten von der in der ersten Note erhobenen Forderung, nach der Gesamtdeutschland sich keiner gegen einen friedliebenden Staat gerichteten Koalition anschließen dürfe, schien sich aus dem Satz zu ergeben, daß „eine gesamtdeutsche Regierung, die den Friedensvertrag unterzeichnet, alle Rechte besitzen wird, über die die Regierungen anderer unabhängiger und souveräner Staaten verfügen“. In Wirklichkeit behielt sich natürlich die Sowjetunion vor, die Grenzen dieser Souveränität im Friedensvertrag festzusetzen.

In ihrer dritten Note vom 10. Juli 1952 unterstrichen die Westmächte ihre Auffassung, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur durch freie Wahlen zu erzielen sei und daß als wesentlicher erster Schritt dazu die für derartige freie Wahlen erforderlichen Voraus-

setzungen festgestellt werden müßten. Ihr Vorschlag lautete, zur Lösung dieser praktischen Frage eine Konferenz einzuberufen, die über die Zusammensetzung und Funktion einer mit jener Aufgabe betrauten Untersuchungskommission beraten sollte. Die Wiederherstellung des Viermächtekontrollsystems zu diesem Zweck wurde zurückgewiesen, da es nur „die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten der vier Mächte über die in der Bundesrepublik, in der sowjetischen Zone und in Berlin bestehenden Verhältnisse widerspiegeln könnte“.

Darauf entgegnete die Sowjetunion am 23. August 1952 bei eindeutiger Verhärtung ihrer Position, eine internationale Kommission mache Deutschland nur zum Untersuchungsobjekt und sei folglich eine „Beleidigung der deutschen Nation“, die seit über hundert Jahren Parlamentarismus mit allgemeinen Wahlen und organisierten politischen Parteien kenne. Ähnlich hatte sich auch schon der sowjetische Außenminister Wyschinski vor der UN-Vollversammlung geäußert, als er davon sprach, man könne Deutschland nicht wie eine rückständige Kolonie behandeln²¹⁾. Der Sowjetnote zufolge wäre dagegen eine aus Vertretern der Volkskammer der DDR und des Bundestages zusammengesetzte, mit Zustimmung der vier Mächte gebildete Kommission keine Beleidigung der Deutschen. Diese Nuance bedeutete keine materielle Änderung in der sowjetischen Haltung hinsichtlich der Wahlkontrolle. Sie lehnte es auch ab, den Kreis der Fragen auf das Problem der Kommission zu beschränken und schlug ihrerseits drei Punkte in folgender Reihenfolge vor: Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland, Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und Bildung der genannten Kommission. Nicht übersehen werden darf auch die sowjetische Anregung, Vertreter der DDR und der Bundesrepublik zu dieser Konferenz einzuladen. Hier zeichnete sich bereits das spätere Zweistaatenkonzept ab.

Am 23. September 1952 wiederholten die Westmächte, daß eine Konferenz von dem einzigen Punkt auszugehen habe, nämlich „von der Organisation freier Wahlen“. Vor der Abhaltung von Wahlen könne weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden. Darauf antwortete die Sowjetunion nicht mehr.

²⁰⁾ Archiv der Gegenwart 1951, S. 2983 E, 2995 A.

²¹⁾ Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion Bd. 1, Berlin 1957, S. 280—287.

Die sowjetische Offerte wirft mehrere wesentliche Probleme auf, die wir im folgenden näher betrachten wollen:

1. Die Interessenlage und die seit 1950 praktizierte Politik der Sowjetunion;

2. die Frage der Neutralisierung Deutschlands;

3. die Frage der freien Wahlen;

4. die Frage nach der Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebotes.

4. Die Interessenlage und die seit 1950 praktizierte Politik der Sowjetunion

a) Interesse — konstituierender Faktor der Politik

In der Politik wird nichts verschenkt. Eine einmal errungene strategische, wirtschaftliche oder politische Position, die der subjektiven Vorstellung von Sicherheit und Überlegenheit entgegenkommt, wird nicht ohne zwingenden Grund aufgegeben, es sei denn, man errechne sich aus einem zeitweiligen Verlust einen um so größeren Gewinn für später. Dies entspricht der Aufgabe jeder Regierung, die Interessen des eigenen Staates zu vertreten. Unter Interesse ist dabei mit Arnold Bergstraesser „die der Bildung des politischen Willens zugrunde liegende Sorge um Gegenwart und Zukunft der Daseinsstruktur des außenpolitisch vertretenen Volks- und Gesellschaftskörpers“²²⁾ zu verstehen. Das wohlverstandene Interesse in der Außenpolitik berücksichtigt dabei durchaus auch die spezifischen Interessen der Gegenseite und zieht sie in das Kalkül der eigenen Absichten mit ein, soweit die Außenpolitik als Diplomatie des Ausgleichens und nicht als Kampf ums Dasein verstanden wird. Um mit Bergstraesser zu sprechen: „Die Formulierung des wohlverstandenen Interesses ist das Ergebnis einer kritischen Bewertung des für das eigene Volk Wünschenswerten im Licht der Möglichkeiten, die seitens der politischen Gesamtkonstellation und insbesondere hinsichtlich der dem Träger der Außenpolitik verfügbaren Machtchancen sich eröffnen.“²³⁾

b) Ziel des sowjetischen Angebotes

Bei der Beurteilung des sowjetischen Angebotes aus dem Jahre 1952 müssen diese Überlegungen beachtet werden. Die sowjetische Märznote war nicht der Ausdruck germanophiler Regungen, wie man dies bei der Lektüre der kommunistischen Presse vermuten könnte, wenn dort immer wieder die Rede vom besten Freund Josef Wissarionowitsch Stalin die Rede ist²⁴⁾. Der spektakuläre Schritt Stalins war vielmehr ein sehr geschickter Schachzug, um angesichts einer den sowjetischen Interessen zuwiderlaufenden Entwicklung in Westeuropa mit einem neue Perspektiven eröffnenden An-

gebot in der Deutschlandfrage zu intervenieren und eben diese Entwicklung im eigenen Sinn zu beeinflussen.

Damit ist noch nichts über die Chance der Wiedervereinigung und der ganzen damit zusammenhängenden Problematik ausgesagt, nur die Feststellung ist getroffen, daß die Märznote einen instrumentalen Charakter besaß. Mit ihr war über den eigentlichen Inhalt hinaus eine bestimmte Absicht verbunden, die der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, in seiner Regierungserklärung vom 14. März 1952 eindeutig aussprach: „In den ersten Kommentaren der westlichen Regierungskreise wie auch der amerikahörigen Presse wird die Note und der Entwurf der Sowjetregierung als ein ‚Manöver‘ bezeichnet, das den Zweck verfolgt, die Eingliederung Westdeutschlands in die ‚europäische Integration‘, den Generalvertrag und die Errichtung einer faschistischen Wehrmacht in Westdeutschland zu verhindern. Aber

²²⁾ Arnold Bergstraesser, *Weltpolitik als Wissenschaft*, Köln und Opladen 1965, S. 37.

²³⁾ Ebd., S. 37.

²⁴⁾ Vgl. z. B. die Regierungserklärung Grotewohls vom 14. März 1952, in: *Tägliche Rundschau* vom 15. März 1952, S. 3. Er erklärte u. a.: „Damit hat der Kampf der deutschen Patrioten um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates eine so tatkräftige und wirksame Unterstützung erfahren, wie sie die kühnsten Erwartungen nicht zu erhoffen wagten. Wiederum hat sich das Sowjetvolk in historischer Stunde als der gute und treue Freund des deutschen Volkes erwiesen. Ich spreche im Namen aller deutschen Patrioten, die sich nach Frieden und Einheit für ihr Vaterland sehnen, wenn ich von dieser Stelle aus dem Sowjetvolk, der Sowjetregierung und ihrem Vorsitzenden, Generalissimus Stalin, für diese große Hilfe unseren tiefempfundenen Dank ausspreche... Die selbstlose Freundschaft der Sowjetunion zum deutschen Volke findet besonders in der Tatsache ihren Ausdruck, daß das deutsche Volk in der Note der Sowjetregierung und in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland als gleichberechtigter Partner behandelt wird... Die in der Note und dem Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland enthaltenen Vorschläge stellen einen in der Geschichte beispiellosen Freundschaftsbeweis für das deutsche Volk dar, wie er nur von einem sozialistischen Staate erbracht werden kann.“

das ist doch kein Manöver, sondern der offen und ehrlich geäußerte Wille der Sowjetregierung.“²⁵⁾

Das Bestreben, die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Westen zu verhindern, um dadurch eine effektive Integration Westeuropas unmöglich zu machen, fügt sich nahtlos in die seit Lenin verfolgte Linie der sowjetischen Außenpolitik, jeden Zusammenschluß von Staaten in Europa, dem die Sowjetunion selbst nicht angehört, als aggressiv und gegen sie gerichtet zu betrachten²⁶⁾. Das Wort Lenins, daß die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär seien²⁷⁾, galt nach wie vor als ideologische Anweisung für das politische Handeln.

Die bereits erwähnte Diskussion um einen deutschen Wehrbeitrag, die deutliche Tendenz, die Bundesrepublik enger an den Westen zu binden und der mit der Unterzeichnung des Nordatlantikpakt (4. April 1949), der Errichtung des Europarates (4. Mai 1949) sowie der Verkündung des Schuman-Plans (9. Mai 1950) klar zutage tretende Wille der Westmächte nach enger Kooperation auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet veranlaßte die Sowjetunion, ihrerseits ein strategisches Konzept für ihre Außenpolitik zu formulieren, mit der Zielsetzung, die genannte Entwicklung zu unterlaufen. Das schwächste Glied in der Kette der Westmächte sah sie in der Bundesrepublik, die aufgrund ihrer exponierten Position, vor allem aber wegen der ungelösten nationalen Frage das erfolgversprechendste Betätigungsfeld für die sowjetische Politik zu sein schien. Als Hebel dazu diente die Parole der deutschen Einheit für den innerdeutschen Gebrauch und die Warnung an die Adresse der westeuropäischen Staaten vor dem „revanchelüsternen deutschen Militarismus“. „Deutscher Militarismus“ und „deutsche Einheit“ waren diametral entgegengesetzte Begriffe des politischen Instrumentariums, mit dem die Sowjetunion ihre Ziele zu erreichen gedachte. „Remilitarisierung“ bedeutete Krieg, „Friedensvertrag und Wiedervereinigung“ bedeuteten Friede. In diesem Sinn äußerte sich Grotewohl am 8. Mai 1952: „Jeder Deutsche wird vor die Entscheidung gestellt, entweder Abschluß eines Friedensvertrages der vier Großmächte mit Deutschland — das ist der Friede; oder Adenauers Generalkriegsvertrag — das ist die Aufrichtung der Militärdiktatur in Westdeutschland und bedeutet erhöhte Kriegsgefahr, Bruderkrieg und einen dritten Weltkrieg.“²⁸⁾

c) Westliche Integrationspolitik und sowjetische Verhandlungsbereitschaft

In dem Maße, in dem die westlichen Bemühungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag schärfere Konturen gewannen, intensivierte die Sowjetunion ihre (verbale) Wiedervereinigungspolitik. Zwischen den Erfolgen und Mißerfolgen der westlichen Integrationspolitik und der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft bestand eine Wechselbeziehung²⁹⁾. Dies läßt sich für die Zeit vor wie nach der Märznote unschwer nachweisen.

Nachdem die französische Nationalversammlung am 25. Oktober 1950 den Pleven-Plan mit großer Mehrheit angenommen hatte, schlug die Sowjetregierung am 3. November vor, der Rat der Außenminister solle über die Durchführung der Entmilitarisierung Deutschlands beraten³⁰⁾. Das Kommuniqué der New Yorker Außenministerkonferenz (12. bis 18. September 1950) verwies nicht nur darauf, daß die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages im Rahmen einer internationalen Streitmacht untersucht werde, es unterstrich auch ausdrücklich, daß die Beschlüsse der Konferenz einen wesentlichen Schritt vorwärts zur Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft Westeuropas darstellten³¹⁾. Nur vier Wochen später erhoben die Teilnehmer der Prager Ostblockkonferenz (20. bis 21. Oktober 1950) die folgenden Forderungen: Keine Remilitarisierung und Einbeziehung Deutschlands „in irgendwelche Aggressionspläne“; ungehinderte Friedenswirtschaft; Abschluß eines Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres und Wiederherstellung der deutschen Einheit; Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates³²⁾.

Auf der innerdeutschen Ebene wiederholte dann Grotewohl diese Vorschläge in seinem Schreiben an Adenauer vom 30. November 1950³³⁾. Unmittelbar auf die Washingtoner Konferenz der drei Westmächte (10. bis 14. September 1951), die die endgültige Entschei-

²⁵⁾ Tägliche Rundschau vom 15. März 1952, S. 3 (Hervorh. d. Verf.).

²⁶⁾ Vgl. Klaus Törnudd, Soviet attitudes towards non-military regional co-operation, Helsingfors 1961; Gerda Zellentin, Die Kommunisten und die Einigung Europas, Frankfurt—Bonn 1964.

²⁷⁾ Zellentin, a. a. O., S. 13.

²⁸⁾ Tägliche Rundschau vom 8. Mai 1952, S. 2.

²⁹⁾ Vgl. Herman Achminow, Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53, in: Osteuropa, 14. Jg. 1964, H. 4, S. 255.

³⁰⁾ Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, a. a. O., S. 253 f.

³¹⁾ Archiv der Gegenwart 1950, S. 2587 C.

³²⁾ Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, a. a. O., S. 243—253.

³³⁾ Die Bemühungen der Bundesrepublik, a. a. O., S. 21 f.

ng traf, die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner in eine europäische Gemeinschaft einzugliedern, und ein formelles Inkrimin zwischen Deutschland- und EVG-Vertrag festlegte³⁴), erfolgte ein erneuter Vorstoß des Ministerpräsidenten der DDR und der Volkskammer am 15. September. Unter der Devise „Deutsche an einen Tisch!“ wurde die Bildung einer Gesamtdeutschen Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Festlegung freier Wahlen für eine Nationalversammlung angeregt³⁵). Es folgte die Märznote mit ihrem Höchstangebot, mit dem sich die Sowjetunion zum erstenmal selbst einhaltete, als die Verträge im Frühjahr 1952 unterschriftsfertig waren. Wie Gerhard Wettig ausführte, war anscheinend bereits im Herbst 1951 in Moskau ein spektakulärer Wiedervereinigungsvorschlag erwogen worden, der vermutlich verschoben worden war, als die EVG-Verhandlungskrise vom Winter 1951/52 zunächst keine Fortschritte in der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages erwarten ließ³⁶). Mit der „positiven“ Periode vom März bis Juli 1953, in der die Sowjetregierung ihre Koexistenzbereitschaft beteuerte und auch unter Beweis zu stellen versuchte (Waffenstillstand in Korea, Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel sowie Jugoslawien, kleinere Zugeständnisse in Österreich), korrespondierte der Beginn der Ratifizierung des EVG-Vertrages in den einzelnen Parlamenten.

Vom August 1953 bis Juli/August 1954 blieb die Sowjetunion in allen entscheidenden Fragen unnachgiebig. In dieser Zeit wurden Robert Schuman in Frankreich und Alcide De Gasperi in Italien gestürzt; in der Bundesrepublik stand die Wahl zum zweiten Bundestag bevor; die europäische Einigung schien nicht voranzukommen. Im Juli und August machte die Sowjetregierung wiederum Vorschläge zur Schaffung eines europäischen Sicherheitspaktes und zur Deutschlandfrage, als die Ratifizierungsdebatte in der französischen Nationalversammlung in ihr entscheidendes Stadium trat³⁷). Am Tag der Unterzeichnung der Pariser Verträge (23. Oktober 1954) erklärte sich die sowjetische Regierung bereit, den Eden-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen zu erörtern, den sie noch auf der Berliner Konferenz des gleichen Jahres abgelehnt hatte³⁸). Während der Ratifizierungsperiode der Pariser Verträge erlebte das im Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag geschilderte sowjetische Vorgehen eine Neuauflage. So bot die Sowjetregierung am 15. Januar 1955 nicht nur freie Wahlen für Deutschland an,

sondern erklärte sich auch bereit, eine entsprechende internationale Aufsicht zu akzeptieren³⁹).

Die Evidenz eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen der Ab- und Zunahme der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft in der Deutschlandfrage und dem Mißerfolg und Erfolg im Prozeß der europäischen Einigung kann nicht bestritten werden. Unter diesem Aspekt erscheint dann die Märznote nicht als ein einmaliges, völlig aus der Linie sowjetischer Außenpolitik herausfallendes Ereignis, sondern vielmehr als eine besondere Spielart eben dieser Politik, eine Variante, die in Inhalt und beabsichtigter Wirkung der besonderen Situation im März 1952 entsprach.

Betrachten wir die sowjetische Deutschlandpolitik seit 1950, vor allem wie sie sich im Gewande der Initiativen der SED gestaltete, zusammen mit der seit Anfang des Jahres 1952 die DDR-Presse beherrschenden, groß angelegten Propagandaaktion für einen Friedensvertrag mit Deutschland⁴⁰), so kommen

³⁴) Archiv der Gegenwart 1951, S. 3114 A.

³⁵) Tägliche Rundschau vom 16. September 1951, S. 1 u. 3; Die Bemühungen der Bundesrepublik, a. a. O., S. 35 ff. — Grotewohl hatte diesen Appell in großer Hast auf sowjetische Veranlassung wenige Tage vor dem 15. September ausgearbeitet; vgl. dazu: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953 bis 1955, Stuttgart 1966, S. 55.

³⁶) Wettig, a. a. O., S. 497.

³⁷) Achminow, a. a. O., S. 255 f.

³⁸) Jäckel, a. a. O., S. 83—86.

³⁹) Die Bemühungen der Bundesrepublik (Neue Folge 1955), a. a. O., S. 183—186.

⁴⁰) Man vergleiche einmal die jeweiligen Hauptschlagzeilen auf der Titelseite der „Täglichen Rundschau“ in der Zeit vom 12. Februar bis 12. März 1952: „Gemeinsam gegen die Gewaltpolitik von Bonn“ (12. 2.) — „Alles für die Verständigung — alles für den Frieden“ (13. 2.) — „Regierung der DDR an die vier Großmächte“ (14. 2.) — „Friedensvertrag — die Forderung aller Deutschen“ (15. 2.) — „Ganz Deutschland stimmt der Friedensinitiative der Regierung der DDR zu“ (16. 2.) — „Friedensschritt der Regierung der DDR wird in ganz Deutschland unterstützt“ (17. 2.) — „Das Volk fordert den Friedensvertrag“ (19. 2.) — „Friedensvertrag — der Wille aller Deutschen“ (20. 2.) — „Regierung der UdSSR antwortet der Regierung der DDR“ (21. 2.) — „Freudige Zustimmung zur sowjetischen Antwort“ (22. 2.) — „Ein sicherer Weg zur friedlichen Entwicklung“ (23. 2.) — „Ost und West einig — Friedensvertrag“ (24. 2.) — „Friedensvertrag bannt Gefahren der Remilitarisierung“ (25. 2.) — „Das deutsche Volk fordert einmütig Friedensvertrag“ (28. 2.) — „Die Regierung der DDR dankt der Regierung der UdSSR“ (29. 2.) — „Ein Ruf geht durch Deutschland: Einheit und Friedensvertrag“ (1. 3.) — „Regierung der DDR fordert offene Antwort von Bonn“ (4. 3.) — „Schluß mit Bonns Ausweichmanövern!“ (5. 3.) — „Der Wille des deutschen Volkes ist klar!“ (6. 3.) — „Das Volk ist stärker als Bonn“ (7. 3.) — „Neue Manöver Adenauers“ (8. 3.) — „Bonn darf sich nicht drücken“ (9. 3.).

wir zu der Feststellung, daß die Sowjetnote nicht plötzlich, sondern wie einen Höhepunkt setzenden, von stärker werdenden Trommelwirbeln angekündigter Paukenschlag kam.

Es wäre natürlich ein Fehlschluß, wollte man bereits aus der Tatsache des in dem hier überblickten Zeitraum konstant verfolgten Zieles der sowjetischen Außenpolitik — nämlich einen Machtzuwachs des Westens durch die Eingliederung der Bundesrepublik zu verhindern — folgern, die Märznote sei bedeutungslos und ohne echte Chance für eine Regelung der deutschen Frage gewesen. Es ist durchaus denkbar, daß bei gleichem Ziel die dafür eingesetzten Mittel bzw. die Kompromißbereitschaft in der Deutschlandfrage unterschiedlich sein konnten. Boris Meissner hebt in diesem Sinn die interne Machtverschiebung im obersten Führungskreis der Sowjetunion noch zu Stalins Zeit hervor: Vom Herbst 1951 bis Frühjahr 1952 stützte sich Stalin vor allem auf Berija und Malenkov; seit April 1952 war eine Schwächung der Stellung Berijas festzustellen, die eine unmittelbare Stärkung Chruschtschows sowie der mit ihm verbundenen Richtung zur Folge hatte und zu einer Verhärtung der sowjetischen Deutschlandpolitik führte⁴¹⁾. Von einer unveränderbaren Fixierung der Beurteilung der deutschen Frage im Koordinatensystem der sowjetischen Interessen kann nicht ausgegangen werden. Allerdings ergibt sich aus der genannten Feststellung Meissners und seiner Deutung, die Verhärtung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage seit dem Frühjahr 1952 sei hauptsächlich durch die Machtverschiebungen im Kreml und nicht durch die Enttäuschung Stalins über die Unterzeichnung des Deutsch-

land- und des EVG-Vertrages bedingt gewesen⁴²⁾, daß man keineswegs von einer *einmaligen* Chance sprechen kann. Der bereits einsetzende härtere Kurs hätte ihr ja den Boden entzogen. Andererseits schloß diese innenpolitisch bedingte Variabilität keineswegs einen späteren erneuten Wechsel der politischen Linie aus, wie dies dann auch in der Tat unmittelbar nach Stalins Tod geschah.

Für unsere Analyse der Märznote muß folgendes festgehalten werden: Unter Berücksichtigung der theoretischen Möglichkeit, daß Stalin zum damaligen Zeitpunkt geneigt war, die nationalen deutschen Interessen stärker zu berücksichtigen — über die damit verbundene Frage der Ernsthaftigkeit seines Angebotes wird weiter unten zu sprechen sein —, ergibt sich aus der in diesem Kapitel skizzierten Strategie der sowjetischen Außenpolitik, daß kein verantwortlicher Politiker ohne weiteres jene Offerte für bare Münze nehmen konnte und durfte, weil der instrumentale Charakter der sowjetischen Deutschlandinitiativen immer wieder deutlich hervorgetreten war. Das im Gefolge der Ost-West-Auseinandersetzung entstandene Mißtrauen (auf beiden Seiten) konnte nicht durch einen aufsehenerregenden diplomatischen Schritt beseitigt werden. Der Politiker muß sich bei einem solchen Ereignis an Indizien halten und seiner Verantwortung gemäß entscheiden und handeln, ohne absolut sichere Kenntnis von den Absichten der Gegenseite zu haben. Was der Historiker später einmal unter günstigen Umständen als unveränderbare Vergangenheit zu rekonstruieren vermag, bietet sich dem Politiker als gestaltbare, aber darum auch ungewisse und risikoreiche Zukunft dar.

5. Die Neutralisierung Deutschlands

Der entscheidende Gedanke des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes war die Herauslösung der Bundesrepublik aus jeglichem Bündniszusammenhang mit dem Westen und ihre bewaffnete Neutralität. Zwei Fragen müssen dabei geklärt werden:

1. Wie ist das Angebot nationaler Streitkräfte zu verstehen?
2. Lag eine Neutralisierung Deutschlands damals im Bereich der Möglichkeiten?

a) Nationale Streitkräfte und deutsche Neutralität in kommunistischer Sicht

Das Zugeständnis nationaler Streitkräfte bedeutete eine besonders auffallende Wende in der sowjetischen Konzeption, nachdem zuvor

die völlige Entmilitarisierung der Bundesrepublik ständig gefordert und die DDR immer als beispielhaft im Sinne des Potsdamer Abkommens dargestellt wurde. Die plötzliche Rehabilitierung des „deutschen Soldaten“ im Verein mit dem Vorschlag nach nationalen Streitkräften für Deutschland war ein Appell an den deutschen Nationalismus, auf dessen Ansprechbarkeit und Kraft Stalin baute.

Nationale Streitkräfte wurden als Attribut echter staatlicher Souveränität beschrieben und damit auch gerechtfertigt. Damit nicht zu

⁴¹⁾ Boris Meissner, Die Sowjetunion und Deutschland 1941 bis 1967, in: Europa-Archiv, 22. Jg. 1967, F. 14, S. 522 f.

⁴²⁾ Ebd., S. 523.

vereinbaren schienen allerdings die mit un-
verminderter Intensität fortgesetzten An-
griffe gegen deutsche Streitkräfte und Solda-
ten, die in einer Europaarmee eingegliedert
wären. Die „Prawda“ äußerte sich am 12.
März 1952 in einem Leitartikel dazu in der
Weise: „Die Erhaltung der Spaltung Deutsch-
lands dient lediglich den Friedensfeinden,
denn sie schafft eine günstige Grundlage für
die Wiedergeburt des deutschen Militarismus
und für neue Revanche- und Aggressionsver-
suche von seiner Seite. Die Tatsachen zeigen,
daß in den Westzonen Deutschlands die revan-
chelüsternden militaristischen Kräfte erneut ihr
Haupt heben. Hier betätigen sich schon wieder
die kriegslüsternden Ruhrmagnaten, diese un-
wandelbaren Inspiratoren und Organisatoren
der deutschen Aggression. Hier sind erneut
die Generale der ehemaligen Hitlerarmee auf
der Bildfläche aufgetaucht, die darauf rechnen,
unter der Flagge einer Teilnahme West-
deutschlands an der sogenannten ‚Europa-
armee‘ die deutsch-faschistischen Streitkräfte
wiederherzustellen. Die Gefahr einer Wieder-
geburt des deutschen Militarismus, der zwei-
mal einen Weltkrieg entfesselt hat, ist nicht
beseitigt, da die entsprechenden Bestimmun-
gen der Potsdamer Konferenz immer noch nicht
erfüllt sind. *Der Friedensvertrag mit Deutsch-
land muß gewährleisten, daß jede Möglichkeit
für die Wiedergeburt des deutschen Militarismus
und der deutschen Aggression beseitigt
wird.*“⁴³⁾

Dieser scheinbare Widerspruch findet seine Er-
klärung, wenn wir einige authentische Inter-
pretationen von kommunistischer Seite heranzie-
hen. Nach den Ausführungen des Außen-
ministers der DDR, Georg Dertinger, bedeutete
die Aufstellung einer nationalen deutschen
Armee keineswegs eine Gefahr für die Nach-
barn Deutschlands, sondern im Gegenteil eine
zusätzliche Garantie. Ein „demokratisches“
Deutschland, in dem die Wurzeln jedes „Impe-
rialismus und Revisionismus“ ausgerottet
sind, lasse sich nicht mehr für kriegerische
Zwecke gegen andere Mächte mißbrauchen:

„Man fragt, wie eine solche Bereitschaft in Ein-
klang zu bringen sei mit der Kritik an den
westdeutschen Remilitarisierungsabsichten.
Auch hier wird bewußt verschwiegen, daß die
Bereitschaft für die Errichtung nationaler
Streitkräfte mit der Entwicklung und Sicherung
einer demokratischen und friedliebenden Ord-
nung korrespondiert, da *die innere Verfassung
dieses neuen Deutschlands alle Kräfte eines
Revisionismus, Chauvinismus, Imperialismus
und Neofaschismus in den Wurzeln ausgerottet
haben wird.* Es liegt auf der Hand, daß es ein
wesentlicher Unterschied ist, ob eine Militär-

macht einem friedliebendem Volke oder einer
imperialistischen und faschistischen Staats-
führung anvertraut ist ... Wo Demokraten
sind, kann kein Unfriede herrschen, wo Mili-
taristen und Chauvinisten am Werke sind,
gibt es keine Konstruktion, die die Anwen-
dung der Gewalt auf die Dauer verhindern
könnte.“⁴⁴⁾

Im Prager Rundfunk gab der tschechische Kom-
mentator Veselý folgende Erklärung: „Die
Sowjetregierung schlägt ... vor, Deutschland
eine Verteidigungsarmee zu erlauben. Wel-
cher Unterschied ist zwischen einer Verteidi-
gungsarmee und einer Angriffsarmee? Eine
*Angriffsarmee ist eine Armee, die den Impe-
rialisten dient, eine Armee, die für Eroberungs-
zwecke aufgestellt wurde. Eine Vertei-
digungsarmee dagegen ist eine Armee, die
dem Volke dient und die das Vaterland gegen
Angreifer verteidigt. Mit anderen Worten, wie
es unser Verteidigungsminister gesagt hat,
Waffen in den Händen der imperialistischen
Ausbeuter bedeuten einen Krieg, Tod und
Verderben. Waffen in den Händen der *Frie-
denskämpfer* machen eine Kriegführung un-
möglich und bedeuten die wirkliche Waffen-
ruhe.*“⁴⁵⁾

Getreu der Leninschen Feststellung, daß der
moderne Militarismus das Resultat des Kapi-
talismus ist, hob auch der damalige stellver-
tretende Ministerpräsident der DDR, Walter
Ulbricht, hervor, daß Militär nicht einfach
Militär sei, sondern daß der Charakter des
Staates den Charakter der Armee bestimme:
„Militaristisch sind jene Kräfte, die im Dienste
der Rüstungsmillionäre, Bankherren und Groß-
agrarien für die Zwecke der Unterdrückung des
eigenen Volkes und der Durchführung aggressiver
Ziele gegen andere Völker organisiert
werden. Die Besonderheit des Militarismus in
Westdeutschland besteht darin, daß er das
werkstätige Volk Westdeutschlands unter die
Knute der amerikanischen und englischen
Okkupanten pressen will. Der westdeutsche
Militarismus ist der Todfeind der nationalen
Interessen des deutschen Volkes, denn er steht
im Dienste der Machthaber der USA, die West-
deutschland in ihr Kriegsaufmarschgebiet ver-
wandeln und die westdeutschen Söldner als
Kanonenfutter benutzen wollen. Militär ist
also nicht einfach Militär. *Entscheidend ist*

⁴³⁾ Zit. nach Tägliche Rundschau vom 13. März 1952,
S. 1 (Hervorh. d. Verf.).

⁴⁴⁾ Georg Dertinger, Demokratischer, nicht imperia-
listischer Frieden!, in: Tägliche Rundschau vom
9. April 1952, S. 3 (Hervorh. d. Verf.).

⁴⁵⁾ Kommentar von V. Veselý in Radio Prag am
1. 4. 1952 um 19.15 Uhr, zit. nach Gerhard Wettig,
Politik im Rampenlicht, Frankfurt 1967, S. 177
(Hervorh. d. Verf.).

das Wesen der Staatsmacht, ob das Volk bestimmt, oder, wie in Westdeutschland, die Rüstungsmillionäre und Wehrwirtschaftsführer Hitlers. Von großer Bedeutung ist auch, wer die bewaffneten Kräfte führt. Sind es, wie in Westdeutschland, die alten Militaristen, oder sind es in einem künftigen einigen demokratischen Deutschland die besten Söhne des werktätigen Volkes, die als Offiziere der nationalen Armee ihre Heimat schützen. Von großer Bedeutung ist es, mit wem der Staat verbunden ist. *Gehört er dem großen Weltfriedenslager an oder gehört er zur Staaten-Gruppe des Atlantikpaktes?*" ⁴⁶⁾

Bei diesen Bemühungen, eine dialektische Verbindung zwischen der Werbung für nationale deutsche Streitkräfte und der Agitation gegen eine Europaarmee mit deutschen Kontingenten herzustellen, offenbart sich die diesem Vorschlag zugrunde liegende Zielvorstellung: Nationale Streitkräfte werden deshalb ungefährlich sein, weil sie fest mit dem „Weltfriedenslager“ verbunden und in einem Staat aufgestellt sind, in dem das Volk und nicht die Rüstungsmillionäre entscheiden und in dem alle üblen, sich aus dem Kapitalismus ergebenden Kräfte, vom Revisionismus bis zum Neofaschismus, beseitigt sein werden. Diese Verteidigungsarmee in den Händen der „Friedenskämpfer“ wird dann die Wiedergeburt des deutschen Militarismus unmöglich machen. Zum „Weltfriedenslager“ gehörten aber nach sowjetischer Lesart nur die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. „Friedenskämpfer“ waren all die, die im Sinne der kommunistischen Ideologie handelten.

Die Neutralität Deutschlands sollte demnach eine prosowjetische Neutralität sein und seine innere Verfassung sollte der der DDR entsprechen, denn dort allein war die Regierung vom Vertrauen des Volkes (im Unterschied zur Bundesrepublik) getragen, wie Grotewohl an anderer Stelle ausführte ⁴⁷⁾. Es handelt sich hier also nicht um eine Vermutung unsererseits, sondern um eine unzweideutige Aussage kommunistischer Interpreten, die das Recht der Authentizität für sich in Anspruch nehmen können.

Zu dem gleichen Ergebnis kam auch der damalige jugoslawische Außenminister Kardelj auf dem VI. Parteikongreß der jugoslawischen KP im November 1952: „Die zweitwichtigste Quelle der heutigen Spannung ist die Deutschlandfrage. Auch hier tritt die Sowjetpolitik in einer heuchlerischen Rolle auf, wobei sie die westliche Welt gerade mit den Losungen in Furcht versetzt, deren Verwirklichung sie selbst am wenigsten zu gestatten bereit wäre. Die Sowjetpolitik tritt mit Losungen von einer Einigung

Deutschlands auf. Die Form jedoch, die sie für eine Einigung Deutschlands vorschlägt, zeigt deutlich, daß diese Einigung entweder ganz Deutschland unter den Einfluß der Sowjetregierung bringen soll, oder daß die Teilung endgültig bleibt. Da die sowjetischen Machthaber immerhin so klug sind, einzusehen, daß sie in der heutigen Phase nicht erwarten können, sich ganz Deutschland einstecken zu dürfen, geht ihre ganze Politik darauf aus, die endgültige Teilung Deutschlands festzulegen. Dies ist natürlich innerhalb Deutschlands und auch im Ausland unpopulär. Daher schreit die Sowjetunion der ganzen Welt die Ohren voll von der Notwendigkeit einer Einigung Deutschlands und tut praktisch alles nur Mögliche, damit es nicht zu dieser Einigung kommt. ... Ihre zweite Parole ist ein neutrales, unbewaffnetes Deutschland. Vor allem muß betont werden, daß ein neutrales Deutschland ein praktisch undurchführbarer Gedanke ist. Der grundsätzliche Gegensatz in der heutigen Welt duldet im Herzen Europas, also in Deutschland, kein Vakuum, kein Niemandland. ...

⁴⁶⁾ Neues Deutschland vom 4. Mai 1952; vgl. auch Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1958—1960, S. 333 f. (Hervorh. d. Verf.).

⁴⁷⁾ Vgl. Grotewohls Regierungserklärung vom 14. März, in: Tägliche Rundschau vom 15. März 1952, S. 3:

„Die in dem Vorschlag der Sowjetregierung enthaltenen Forderungen auf die demokratische Gestaltung des einheitlichen Deutschland entsprechen nicht nur den Bedingungen des Potsdamer Abkommens, sondern sind selbstverständliche Forderungen jedes demokratisch empfindenden Menschen und jedes demokratischen Staates. Wenn die Gegner des Friedens und der Einheit Deutschlands immer wieder die Lüge kolportieren, in der Deutschen Demokratischen Republik gäbe es keine demokratische Freiheit, nur der Westen habe Freiheit und Demokratie gepachtet, so genügt eine einfache Gegenüberstellung der Tatsachen, um den wahren Sachverhalt klarzustellen.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem Volke die Möglichkeit gegeben, über die lebenswichtige Frage der Remilitarisierung frei abzustimmen, während in Westdeutschland die Volksbefragung rechtswidrig verboten wurde.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Regierung, die vom Vertrauen aller Volkskreise getragen ist, während in Westdeutschland ein Kanzler unter Mißachtung des Volkes und des Parlaments schicksalsschwere Entscheidungen trifft, der seine Legitimation nur aus seiner eigenen Stimme ableitet. In der Deutschen Demokratischen Republik genießt jeder Bürger ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die allgemeinen und gleichen demokratischen Rechte und Freiheiten, nur Feinde der Demokratie und des Friedens, Agenten und Saboteure werden in ihrer Freiheit beschränkt. In Westdeutschland hingegen genießen faschistische Kriegsverbrecher und Antisemiten alle Freiheit und können neue faschistische Parteien bilden, während Friedenskämpfer verfolgt und demokratische Organisationen unterdrückt werden.“

Außerdem ist Deutschland keine Schweiz. Es ist ein großes Volk im Herzen Europas mit einem ungeheuren Wirtschaftspotential, das nicht umhin kann, in der internationalen politischen Arena eine selbständige Rolle zu spielen. Ein solches Deutschland aber stünde den sowjetischen hegemonialen Absichten als Hindernis im Wege, das weiß man in Moskau sehr gut, doch ebensowenig denkt man dort daran, ein demokratisches, neutrales Deutschland auf dem Wege der tatsächlichen demokratischen Wiedervereinigung zu schaffen. — Zwar spricht man von einem solchen Deutschland, doch geschieht dies, weil man in Moskau weiß, daß die westeuropäischen Länder diese Lösung aus dem einfachen Grunde nicht akzeptieren, weil sie kein Vertrauen in eine solche ‚Neutralität‘ haben.“⁴⁸⁾

b) Charakter eines neutralen Deutschland in kommunistischer Sicht

Die Formel von einem zu schaffenden einheitlichen Deutschland als einem „unabhängigen, demokratischen, friedliebenden Staat“ fügt sich genau in die erwähnte Zielvorstellung der Sowjetregierung ein. Mit dieser Terminologie wurden und werden im kommunistischen Machtbereich nur Staaten mit sozialistischer Gesellschaftsordnung sowjetischer Prägung bezeichnet. In einem Leitartikel der „Prawda“ vom 29. Mai 1952 ist in diesem Sinn die Rede von der DDR, die sich zu einem „einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staat“⁴⁹⁾ entwickle.

Der genannte tschechoslowakische Kommentator bemerkte, die Sowjetunion habe Interesse an der Demokratisierung Deutschlands, was sie durch ihre Politik in Ostdeutschland bewiesen habe⁵⁰⁾. An einer anderen Stelle verdeutlichte er diesen Gedanken und damit den spezifischen Inhalt der oben zitierten Formel: „Die Situation würde ganz anders aussehen, wenn in ganz Deutschland ein antifaschistisches und antiimperialistisches Regime wäre, wie es in der DDR der Fall ist. . . . Die Erfahrungen mit dem Unterschiede in der Entwicklung in Westdeutschland und Ostdeutschland seit 1945 zeigen, daß der deutsche Faschist und der deutsche Monopolist für uns Feinde sind, wohingegen der deutsche Arbeiter, der deutsche Friedenskämpfer unser Freund ist. Damit auch in Westdeutschland dem Arbeiter es ermöglicht wird, mit dem deutschen Faschisten und Monopolisten abzurechnen, um die Sache des Friedens in die eigene Hand nehmen zu können, ist es erforderlich, daß die Amerikaner Westdeutschland verlassen, die hier die reaktionären Elemente künstlich an der Macht halten. Das wäre

eine unumgängliche Folge des Friedensvertrages gemäß des Vorschlages der Sowjetunion, demzufolge nach der Vereinigung Deutschland die Möglichkeit hat, sich als unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat zu entwickeln.“⁵¹⁾

Walter Ulbricht machte in anderem Zusammenhang detaillierte Angaben darüber, wie die politische Infrastruktur eines zukünftigen Gesamtdeutschland auszusehen habe. Seine Äußerungen datieren zwar vom 17. September 1953, aber es besteht kein Grund für die Annahme, daß die hier vorgetragenen, die Vorstellungen der SED sehr präzise und unzweideutig wiedergebenden Ausführungen im Jahre 1952 noch keine Gültigkeit gehabt hätten: „Deutschland muß ein einheitlicher, friedliebender, demokratischer, unabhängiger Staat sein. Im Interesse der Erhaltung des Friedens ist es notwendig, die amerikanischen Stützpunkte in Westdeutschland zu liquidieren und das Land an die Bauern zurückzugeben. Im Interesse der Sicherung der friedlichen Entwicklung werden die Bergwerke, die Hüttenwerke und großen Chemiebetriebe, die im Besitze der Kriegstreiber sind, entschädigungslos in die Hände des Volkes übernommen. Im Interesse der Arbeiterschaft muß das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz außer Kraft gesetzt werden. Die Gewerkschaften sollen volle Freiheit ihrer Betätigung erhalten. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten wird das volle Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und auf allen Gebieten der Wirtschaft garantiert. Das Recht auf Arbeit wird verwirklicht. Durch den Abschluß von Außenhandelsverträgen wird die Produktion für den friedlichen Bedarf erhöht und die Arbeitslosigkeit beseitigt. . . . Die Steuergesetzgebung wird nach sozialen Gesichtspunkten geändert. Im Interesse der Bauern ist in den Dörfern Westdeutschlands die demokratische Entwicklung zu sichern. Eine gerechte Bodenreform ist durchzuführen. Der Boden der Großagrарier und Gutsbesitzer über 100 Hektar ist den Umsiedlern sowie den Klein- und Mittelbauern kostenlos zu übergeben. Die Lebensbedingungen der Landarbeiter sind entsprechend den Bestimmungen des Landarbeiterschutzes in der DDR zu verbessern. Für die Kleinbauern sind die Steuern und die Pachtzinsen herabzu-

⁴⁸⁾ Zit. nach Hans Hartl/Werner Marx, Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard 1967, S. 305 f.

⁴⁹⁾ Prawda vom 29. Mai 1952, S. 1, zit. nach The Current Digest of the Soviet Press, Vol. IV No. 18, 1952, S. 11.

⁵⁰⁾ Zit. nach Wettig, Politik im Rampenlicht, a. a. O., S. 160.

⁵¹⁾ Ebd., S. 159 (Hervorh. d. Verf.).

setzen. Aus dem Staatsapparat sind die Kriegsverbrecher und Kriegstreiber und früheren Mitglieder der SS zu entfernen. Die Gleichberechtigung der Frau im Familienrecht, im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben wird gesetzlich garantiert. Frauen erhalten für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie die Männer. Zur großzügigen Förderung der Jugend im Beruf, beim Studium, in der Ferien- und Freizeitgestaltung und im Sport wird ein Gesetz zur Förderung der Jugend geschaffen werden, das der gesamten deutschen Jugend die vollen demokratischen Rechte garantiert. Wir schlagen vor, daß in der Arbeiterschaft in Westdeutschland und in den Gewerkschaften diese Vorschläge für die Wiedervereinigung zur Aussprache gestellt werden.“⁵²⁾

Die Sowjetunion hätte nur einer deutschen Neutralität zugestimmt, die einer Ausdehnung ihres Einflusbereiches gleichgekommen und folglich keine Neutralität im objektiven Wortsinn gewesen wäre. Die immer wieder beschworene „völlige Harmonie“ der Interessen des deutschen und sowjetischen Volkes⁵³⁾ und die Versicherung der „unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion“⁵⁴⁾ können diese Schlußfolgerungen nur noch unterstreichen. Auch der Hinweis auf den Rapallo-Vertrag, dessen Unterzeichnung sich am 16. April 1922 zum dreißigsten Male jährte, sollte beweisen, daß gleichlaufende Interessen beider Staaten schon eine Tradition hatten. Die Feststellung, damals habe die Vertretung Sowjetrußlands mit den Vertretern des besiegten Deutschland auf dem Boden der Gleichberechtigung und im Geiste der Achtung der gegenseitigen Interessen verhandelt⁵⁵⁾, suggerierte die Möglichkeit eines ähnlichen Übereinkommens auch für 1952, während doch in Wirklichkeit Stellung und Gewicht der Sowjetunion nicht mehr mit dem jungen, geschwächten Staat des Jahres 1922 zu vergleichen waren und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westmächten sich grundlegend von dem der Weimarer Republik zu den anderen Versailler Vertragsmächten unterschied.

Ungeachtet dieser Tatsache meinte der Staatspräsident der DDR, Wilhelm Pieck: „Die Lehre der Vergangenheit, die Lehre von Rapallo besteht für uns heute darin, daß nur derjenige der Einheit Deutschlands dienen kann, der für die friedliche Lösung des deutschen Problems auf der Grundlage der Vorschläge der Sowjetunion kämpft. Nur derjenige dient der friedlichen Zukunft der deutschen Nation, der für die unverbrüchliche und dauernde Freundschaft mit der Sowjetunion eintritt, die dem deutschen Volke in schwerster Zeit mit dem

Abschluß des Rapallovertrages den geschichtlichen Beweis für ihre konsequente Friedenspolitik und uneigennützig Freundschaft gegeben hat.“⁵⁶⁾

c) Die Brückenfunktion Deutschlands und die politischen Realitäten

Die vorangehenden Erörterungen über die kommunistische Konzeption eines neutralen Deutschland heben den unterschiedlichen Frequenzbereich politischer Argumentation zwischen Ost und West hervor. Formal gleiche Schlüsselbegriffe divergieren grundlegend in ihrem konkreten Inhalt, je nachdem im Dienste welchen Menschenbildes und welcher Gesellschaftsordnung sie stehen. Aber abgesehen von diesen nachweisbaren Unterschieden in der Bedeutung der politischen Terminologie, die Verwirrung stiftet (und stiften soll) und daher zwangsläufig eine philologische Inhaltsbestimmung zum Gegenstand politischer Verhandlungen macht, stellt sich auch die Frage, ob die Neutralisierung Deutschlands eine reale Möglichkeit für einen Ausgleich zwischen den Großmächten war.

⁵²⁾ Archiv der Gegenwart 1953, S. 4192 B (Hervorh. d. Verf.).

⁵³⁾ Otto Grotewohl, Ewige Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion!, in: Tägliche Rundschau vom 8. November 1952, S. 5:

„Wir haben einen großen mächtigen Freund, die Sowjetunion. Wir stehen in dem Kampf unserer Nation nicht allein. Es gibt keinen Interessengegensatz zwischen dem deutschen Volk und dem sowjetischen Volk... Die unzerstörbare Festigkeit der deutsch-sowjetischen Freundschaft beruht also auf der Übereinstimmung in den Grundfragen der Politik beider Völker. Es ist eine Einsicht von großer politischer Wirkung, die unser Volk in immer stärkerem Umfang ergreift, daß nämlich unser Kampf um die Wahrung der Interessen des deutschen Volkes auch den Interessen der Sowjetunion entspricht, wie umgekehrt der Kampf der Sowjetunion um die Wahrung ihrer Interessen auch den Interessen des deutschen Volkes entspricht.“

⁵⁴⁾ Georg Dertinger, Mit unserer Politik des Friedens vertreten wir die patriotische Sache des ganzen deutschen Volkes, in: Tägliche Rundschau vom 10. Mai 1952, S. 3:

„Es wird unsere Pflicht und Aufgabe sein, jenen Augenblick zu erkämpfen, da ein ungeteiltes, demokratisches, friedliebendes Deutschland sich zur unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion bekennt. Da ein ungeteiltes, demokratisches, friedliebendes Deutschland in Freundschaft mit unseren polnischen und tschechoslowakischen Nachbarvölkern, mit allen Volksdemokratien, mit allen friedliebenden Völkern verbunden ist. Da ein ungeteiltes, demokratisches, friedliebendes Deutschland als vollwertiges Glied seine Aufgabe im Weltfriedenslager übernimmt.“

⁵⁵⁾ Anton Ackermann, Rapallo oder Locarno?, in: Tägliche Rundschau vom 16. April 1952, S. 3.

⁵⁶⁾ Wilhelm Pieck, Der Rapallovertrag und seine nationale Bedeutung für das deutsche Volk, in: Tägliche Rundschau vom 17. April 1952, S. 3.

Herbert v. Borch schrieb 1952, Deutschland müsse sich des Gewichts der im Mai unterzeichneten Verträge bedienen, um Ost und West zu einem Ausgleich zu bewegen. Nachdem sie ihre revolutionierende Wirkung für das mit der Invasion Südkoreas aufs tiefste gestörte Weltgleichgewicht geleistet hätten, sollten sie in ihrer bedeutendsten Funktion fortwirken, nämlich einen Friedensschluß langsam heranreifen zu lassen und die Aushandlung der deutschen Einheit unter der zerfallenen Siegerkoalition zu sichern. Die Bundesrepublik sollte durch politische Imagination das Zustandekommen und den Erfolg von Viermächtebesprechungen fördern⁵⁷⁾. Noch schärfer wurde dieser Gedanke von Paul Sethe formuliert, der die Hauptaufgabe einer unabhängigen Politik Gesamtdeutschlands in der Vermittlung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sah. Auf dieses Ziel hätte seiner Meinung nach die Bundesrepublik im Hinblick auf die Märznote hinarbeiten sollen, um eine Stellung zwischen den Militärblöcken zu erringen und auf jeden Fall von einseitiger Bindung frei zu sein⁵⁸⁾.

Die Auffassung von der möglichen Vermittlerrolle eines neutralen Deutschlands zum damaligen Zeitpunkt geht an den Realitäten vorbei. Zwischen Regierung und Opposition bestand eine weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Neutralisierung Deutschlands keine Lösung der anstehenden Probleme bringen konnte. Kurt Schumacher bezeichnete in einer Presseerklärung vom 14. Februar 1951 die übliche Diskussion über eine deutsche Neutralisierung als einen nicht unwichtigen Bestandteil der politischen und psychologischen Taktik der Sowjetunion mit dem Ziel der Schwächung und Lähmung der demokratischen Kräfte in Westdeutschland. Denn für die Neutralisierung eines geeinten Deutschlands fehlten die tatsächlichen Voraussetzungen. Jeder dahin zielende Versuch sei praktisch dem Mißbrauch durch den Kommunismus ausgesetzt. Die politische Neutralisierung eines geeinten Deutschlands, die auf eine von den Angelsachsen und den Sowjetrussen in ihrem eigenen Interesse gewollten Übereinkunft beruhe, sei ein Faktor, den zu schaffen oder den zu verhüten nicht in der Macht der Deutschen stehe. Eine solche Neutralisierung würde für das deutsche Volk den stärksten Zwang zur höchsten Wachsamkeit und Anpassung seiner demokratischen Kräfte bedeuten⁵⁹⁾.

Unter dem Eindruck der zweiten Sowjetnote modifizierte Schumacher seine Haltung in der Weise, als er Adenauer aufforderte, seinen Einfluß bei den Westmächten geltend zu machen, damit diese Frage auf einer Viermächte-

konferenz untersucht würde⁶⁰⁾. Daß er damit die Neutralisierungsvorstellungen der Sowjetunion billigte, hieße seinen Brief falsch zu verstehen; er schob diesen Punkt zunächst einmal in den Hintergrund, weil ihm die Wahlen als Primärziel weit wichtiger erschienen.

Der zur damaligen Zeit nicht selten anzutreffende Neutralismus vieler Deutscher entsprang nicht nur dem verständlichen Wunsch, von den Stürmen der politischen Auseinandersetzungen in der Welt verschont zu bleiben, er hatte auch einen Aspekt, den man als die Negativform eines imperialistischen Nationalismus bezeichnen könnte. Diese „Allesoder-Nichts-Haltung“ führte zu der Alternative: wenn Deutschland über die anderen Völker nicht herrschen kann, dann solle es sich ganz auf sich selbst zurückziehen. Die Ablehnung politischer Partnerschaft und der Bereitschaft, mit den anderen Mächten in ein Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit zu treten, wurde dann mit der vagen Hoffnung auf Wiedervereinigung erklärt und gerechtfertigt.

d) Das Interesse der Westmächte

Neben diesem innenpolitischen Aspekt muß jedoch vor allem der größere Zusammenhang der Macht- und Sicherheitsinteressen der beiden Großmächte bedacht werden. Wie wir bereits gezeigt haben, kam für die Sowjetunion keine Lösung in Frage, die einem zukünftigen Gesamtdeutschland freie Disposition über seine politische Orientierung gelassen hätte. Neutralität war als spezifische, sich dem sowjetischen Einfluß öffnende Neutralität zu verstehen.

Aber auch die Westmächte waren nicht bereit, das Risiko eines neutralen Deutschland einzugehen, das nach Abzug aller Besatzungstruppen leicht dem sowjetischen Einfluß erlegen wäre und damit das Mächtegleichgewicht wiederum zuungunsten des Westens verändert hätte. Andererseits hätte eine eigene nationale Streitmacht der Deutschen vor allem in Frankreich starke Befürchtungen hervorgerufen. Gerade dort war der „Rapallo-Komplex“ keineswegs völlig überwunden. Es stand für alle französischen Parteien fest, daß Deutschland keine nationalen Streitkräfte mehr bekommen dürfe. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Märznote äußerte sich der ständige Vertreter Frankreichs bei der NATO zu diesem Problem: „Ein demokratisches Deutsch-

⁵⁷⁾ Außenpolitik, 3. Jg. 1952, H. 7, S. 409 ff.

⁵⁸⁾ Paul Sethe, Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt 1956, S. 40—51.

⁵⁹⁾ Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 82 f.

⁶⁰⁾ Ebd., S. 84 ff.

land würde in dem Augenblick zu bestehen aufhören, in dem es wieder von einer nationalen Armee beherrscht wird. Deshalb waren wir durch die letzten sowjetischen Vorschläge so außerordentlich überrascht, weil diese im Endergebnis zum Wiedererstehen einer deutschen Nationalarmee und zur Rehabilitierung der Nazigenerale und damit zur Wiedergeburt des alten Militarismus führen müßten.“⁶²⁾ Der französische Außenminister Robert Schuman erklärte unzweideutig, daß Frankreich keine deutsche Armee wolle, besonders dann nicht, wenn Deutschland von den Besatzungstruppen geräumt werden müsse. Wenn Deutschland kein Bündnis eingehen dürfe, brauche es eine noch stärkere Armee. Dann habe man ein neutrales, aber stark bewaffnetes Deutschland. Wolle man für die Aufrüstung Deutschlands Begrenzungen festlegen, dann erhebe sich die Frage, welche Sanktionen bei einer Vertragsverletzung ergriffen werden sollten. Frankreich habe mit Sanktionen seine Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg gemacht und ein solches System als eine gefährliche Illusion aufgeben müssen. Es habe stets den Grundsatz verfolgt, Deutschland nicht sich selbst zu überlassen, denn wenn es das Recht erhalte, Bündnisse einzugehen und seine Verbündeten auszusuchen, würde es zum Gebieter Europas werden⁶³⁾.

Es wäre nicht realistisch gewesen, den Westmächten nahezu legen, in Verhandlungen mit der Sowjetunion eine bindungslose Unabhängigkeit, „das Arkanum unserer klassischen Politik und Verheißung für unsere Wirtschaft“⁶⁴⁾, anzustreben, denn sie hätten es abgelehnt, ihre eigenen Interessen zu übergehen. Raymond Aron hat es damals so ausgedrückt: „In der Welt, wie sie existiert, würde man den deutschen Demokraten das Recht, Selbstmord zu begehen oder aber, um eine zynischere Formel zu wählen, das Recht, das Lager zu wechseln, nicht zuerkennen.“⁶⁵⁾

Dem immer wieder erhobenen Vorwurf gegen den blassen Realismus, der sich keine Mühe mache, über das Bestehende hinaus zu gelangen, der keine mit undogmatischem Handeln versehene Phantasie einsetze, um das Unmögliche weniger unerreichbar zu machen, muß entgegengehalten werden, daß Politik nicht nur der Leidenschaft, sondern auch des Augenmaßes im Sinne Max Webers bedarf. Beide Postulate müssen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. In der damaligen Situation war es angebracht, sehr viel Augenmaß zu haben — und hierin trafen sich wieder alle verantwortlichen Politiker in Regierung und Opposition, trotz ihrer unterschiedlichen Reaktion auf die Märznote —,

denn die Ungewißheit des möglichen Gewinnes war allen wohl bewußt.

Auch der amerikanische Publizist Walter Lippmann konnte für sich dieses Augenmaß in Anspruch nehmen. Zum einen sah er die Gefahr, daß die amerikanische Politik der Atlantischen Allianz dem nationalen Interesse Deutschlands zuwiderlaufen könnte, daß die Maßnahmen für die Verteidigung Westeuropas nicht die Teilung Deutschlands überwinden, sondern gerade aus deren Andauern funktionieren würden. Zum anderen erkannte er aber auch, daß in der sowjetischen Offerte die Gefahr enthalten war, daß das weitere Schicksal der deutschen Wiedervereinigung ganz an die Sowjetregierung übertragen würde, und daß sich die deutsche Politik aus dieser Erkenntnis heraus zur Neuorientierung gezwungen sähe und es auch tun würde. Einzig ein französisch-deutsch-polnisches Einvernehmen schien ihm eine Lösung dieses Dilemmas. Nur ein solches Konzept erachtete er als geeignete Voraussetzung dafür, daß nach dem Rückzug aller Besatzungstruppen ein wiedervereinigtes Deutschland nicht das Gleichgewicht in Europa bestimmen könnte und somit für eine der beiden Großmächte zum strategischen Vorteil würde. Allerdings war sich Lippmann wohl bewußt, daß diese Bedingungen für eine echte Lösung schwer zu erreichen waren und darüber hinaus viel Zeit benötigten⁶⁶⁾.

Solche differenzierenden Überlegungen, die die deutsche Frage in einen gesamteuropäischen, allen Interessen Rechnung tragenden Zusammenhang brachten, setzten auf beiden Seiten die Bereitschaft voraus, ganz neue Wege einzuschlagen, für die die damalige Zeit offensichtlich noch nicht reif war. Wie oben dargelegt wurde, hatte die Sowjetunion weit kurzfristige Ziele; auch die Westmächte räumten der Konsolidierung ihrer Positionen Prioritätsrechte ein, die wiederum die zunehmende Selbstbestimmung der Bundesrepublik ermöglichten. Der Ost-West-Gegensatz und das daraus resultierende tiefgreifende Mißtrauen überschatteten in der politischen Praxis

⁶²⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. März 1952, S. 1.

⁶³⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. März 1952, S. 1.

⁶⁴⁾ Ludwig Dehio, Deutsche Politik an der Wegegabel, in: Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949—1963, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Otto Stenzl, München 1964, S. 114.

⁶⁵⁾ Raymond Aron, Französische Gedanken über die deutsche Einheit, in: Außenpolitik, 3. Jg. 1952, H. 9, S. 577.

⁶⁶⁾ Walter Lippmann, Amerikanische Gedanken zur deutschen Einheit, in: Außenpolitik, 3. Jg. 1952, H. 12, S. 775—783.

jener Jahre alle solchen Überlegungen, wie sie etwa Lippmann vorbrachte.

Die Westmächte bestanden auf dem Recht eines einheitlichen Deutschlands, Bündnisse einzugehen, und zwar in der Gewißheit, daß dies eine prowestliche Orientierung zur Folge hätte. Die Sowjetunion forderte den Abzug aller Besatzungstruppen und die Neutralisierung Deutschlands durch einen Friedensvertrag, der für eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung verpflichtend gewesen wäre, wiederum in der Gewißheit, daß dies eine pro-sowjetische Orientierung einleiten würde. In Anbetracht der im damaligen internationalen System vorherrschenden Machtstruktur konnte die primäre Absicht beider Seiten, ein vereintes Deutschland in den eigenen Einflußbereich zu ziehen, von beiden Seiten wiederum erfolgreich verhindert werden: „Die Machtrealitäten erlaubten keiner der beiden Seiten über ihre Interpretation dessen hinauszugehen, was eine gerechte Lösung des deutschen Problems sei.“⁶⁷⁾ Es war dies für Deutschland eine antinomische, wenn auch nicht unverschuldete Situation.

Das Ergebnis dieser Überlegungen bestätigt die Beurteilung von Hans Buchheim, der schreibt: „Ein Land vermag prinzipielle politische Neutralität nur dann auf die Dauer zu bewahren, wenn es entweder einen so großen Machtfaktor bildet, daß es ihm gleich sein kann, ob die anderen ihm vertrauen, oder

aber wenn es das unbedingte Vertrauen der Weltöffentlichkeit besitzt, wie etwa die Schweiz. In jedem anderen Fall läuft der Versuch, prinzipiell neutral zu sein, letzten Endes doch darauf hinaus, daß man dem Einfluß einer anderen Macht erliegt. Daher wäre, ganz gleich, was die Deutschen selbst gewollt hätten, eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands für die Westmächte unannehmbar gewesen. Denn entweder wäre dieses Deutschland ziemlich schwach geblieben, dann wäre es dem Druck der Sowjetunion ausgeliefert gewesen, zumal die sowjetische Regierung das Neutralitätsangebot bereits so formuliert hatte, daß es auf eine Einbeziehung Gesamtdeutschlands in ihren Einflußbereich hinauslaufen mußte, oder aber dieses Deutschland wäre sehr stark geworden, dann hätten sich die Alliierten fragen müssen, wozu sie eigentlich den Zweiten Weltkrieg geführt haben, wenn am Ende wieder ein starkes und tatsächlich völlig unabhängiges Deutschland gestanden hätte, dem sie nach wie vor mißtrauten, das aber erneut nationalsozialistische Machtpolitik hätte treiben können. Die gleiche Überlegung galt, soweit es um wirkliche Neutralität ging, auch für die Russen. Chruschtschow hat später einmal gesagt, die Sowjetunion werde zwar immer stark genug sein, die Einhaltung des österreichischen Staatsvertrags zu erzwingen, ein wiedervereinigtes Deutschland dagegen könne man nicht ‚mit einem Stück Papier‘ binden.“⁶⁸⁾

6. Freie Wahlen

a) Kritik am westlichen Beharren auf freien Wahlen

Die Frage der freien Wahlen in Gesamtdeutschland, die in der Märznote noch nicht ausdrücklich erwähnt wurde, stand im Mittelpunkt des sich anschließenden Notenaustausches zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Das Beharren des Westens auf freien Wahlen als erster Schritt zur Wiedervereinigung, der vor Beginn der Friedensvertragskonferenz zu erfolgen hätte, sowie die Forderungen nach einem unabhängigen Überwachungs-gremium dieser Wahlen trafen später auf harte Kritik. Gustav Heinemann erklärte in der schon erwähnten Bundestagsdebatte, daß die Parole „zuerst freie Wahlen“ genau den Weg zu diesen Wahlen verschließen mußte. Paul Sethe bezeichnete diese Losung als unpolitisch, da sie völlig das Wesen jeder diplomatischen Verhandlung verkenne, die darauf hinziele, den Partner nicht bloßzustellen, sondern zu einem Einverständnis zu bewegen und zu

einer Unterschrift zu bringen. Seiner Meinung nach hätte das Sicherheitsinteresse der Sowjetunion weit stärker berücksichtigt werden sollen. Aus diesem Grund hätte mit der Sowjetunion zuerst über den Preis verhandelt werden müssen, den sie für die Aufgabe ihres deutschen Herrschaftsbereiches forderte oder bekommen sollte. Nachdem man sich über diese Frage geeinigt hätte, hätte das Gespräch über freie Wahlen beginnen sollen⁶⁹⁾. In jüngster Zeit hat Klaus Erdmenger die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1955 einer sehr kritischen Betrachtung unterworfen. Er kommt zu dem Ergebnis, die Politik der Bundesregierung hinsichtlich der deutschen Wieder-

⁶⁷⁾ Wolfram F. Hanrieder: West German foreign policy 1949—1963. International pressure and domestic response, Stanford 1967, S. 68.

⁶⁸⁾ Hans Buchheim, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 1969, S. 18.

⁶⁹⁾ Sethe, a. a. O., S. 62—66.

vereinigung und bezüglich der Sowjetunion habe ein Gefüge von Vorweg-Entscheidungen und einen Katalog moralisch-legalistischer Forderungen dargestellt. Das verbal dominierende Ziel der deutschen Politik sei von einem großen Wall von Bedingungen, maximalen Forderungen und Verfahrensmodalitäten umgeben gewesen. Sowjetische Vorstöße in der Deutschlandfrage hätten zumeist gar nicht das Zentrum der deutschen Wünsche getroffen, sondern sich im „Vorfeld“ festgefahren, etwa bei der Frage der freien Wahlen⁷⁰⁾.

Die hier geäußerte Kritik läßt sich auf folgende Formel bringen: Das Verlangen nach freien Wahlen als Voraussetzung von Verhandlungen war die Trumpfkarte des Westens, um die Sowjetunion in die Defensive zu drängen und zur gleichen Zeit die eigenen Pläne ungestört zu vollenden.

b) Einheit und Freiheit

Man wird Sethe Recht geben, wenn er davon spricht, daß sich die Kunst der Diplomatie dadurch auszeichnet, sich in die Vorstellungswelt anderer Mächte hineinzusetzen, um auf diesem Wege die eigenen Interessen um so sicherer zu realisieren. Aber dies gilt für alle Parteien. In der damaligen Situation wollte vor allem die Sowjetunion „etwas“ und machte ein entsprechendes Angebot, das aber eben bei dieser für Deutschland wesentlichen Frage kein Entgegenkommen zeigte. Wäre die oft angeführte Sicherheitsangst der Sowjetregierung wirklich so groß gewesen, daß sie ernsthaft bereit gewesen wäre, auf ihren deutschen Herrschaftsbereich zu verzichten, um dadurch die westlichen Verteidigungsanstrengungen als überflüssig zu enthüllen, so hätte es an ihr gelegen, durch eine intensive diplomatische Tätigkeit hier Klarheit zu schaffen.

Es ist keineswegs einzusehen, warum ein Staat wie die Sowjetunion eine wichtige strategische Position mit der Überlegung aufgeben sollte, daß dies ihrer Sicherheit diene. Eine rein deutsche Armee konnte objektiv gesehen für die Sowjetunion nicht weniger beunruhigend sein als die in einem übernationalen Rahmen eingebundenen deutschen Kontingente, es sei denn, sie wünschte ihren Einfluß in Deutschland ständig geltend zu machen — und dies war, wie wir gezeigt haben, tatsächlich ihre Absicht.

Sethe nennt an einer anderen Stelle den 12. August 1953, den Tag der ersten russischen Wasserstoffbombenexplosion, als die Wende in der Geschichte der jüngsten Ent-

wicklung der Wiedervereinigung. Seither sei die Sowjetunion nicht mehr bereit gewesen, den Preis für die Befriedigung ihres Sicherheitsverlangens zu zahlen, weil sich ihr Selbstbewußtsein gestärkt hätte⁷¹⁾. Im Zusammenhang mit seiner Argumentation, die Frage der freien Wahlen hätte den Abschluß der Verhandlungen sein sollen, taucht hier ein Widerspruch auf. Die Entwicklung zur Wasserstoffbombe war bereits ein Jahr zuvor weit fortgeschritten, der erfolgreiche Test war nur eine Frage der Zeit. Wäre der Westen so verfahren, wie dies von Sethe vorgeschlagen wurde, so wären im Verlauf der Verhandlungen wichtige Entscheidungen über die zukünftige Gestalt Gesamtdeutschlands getroffen worden, die Sowjets hätten die Herauslösung der Bundesrepublik aus dem Westbündnis als Voraussetzung weiterer Verhandlungen verlangt, sie hätten ihren Einfluß in einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung gesichert und zugleich die westeuropäische Integration unterbunden. Wenn dann schließlich die Frage der freien Wahlen auf die Tagesordnung gekommen wäre, hätte das (nach Sethe) gestärkte sowjetische Selbstbewußtsein diesen Preis verweigert. Es lag daher kaum im Interesse der Westmächte, aber auch nicht der Bundesrepublik, diese Frage zunächst in der Schwebe zu lassen.

Das Problem der freien Wahlen ist nicht im Vorfeld politischer Entscheidungen angesiedelt, wie Erdmenger meint, es ist nicht nach der jeweiligen taktischen Erfordernis auswechselbar, sondern es berührt das politische Selbstverständnis des deutschen Volkes. Wäre es nicht umgekehrt eine Zumutung gewesen, „auf eine frei gewählte, mithin auch frei wählbare und somit politische Freiheit belassende Regierung verzichten zu sollen — es sei denn, wir hätten noch immer nicht gelernt, die politische Freiheit höher einzuschätzen als die nationalstaatliche Einheit“⁷²⁾. Die sehr einprägsamen Worte Friedrich Theodor Visschers, Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirchenversammlung des Jahres 1848/49, konnten im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr gelten, das Erfahrungen vermittelt hat, die im 19. Jahrhundert unbekannt waren: „Vorerst gilt es, mit Bewußtsein auf einen Teil der Freiheit zu verzichten, um die Einheit zu erhalten; danach soll man durch einen ausdauernden geistigen Kampf die Freiheit zur Reife bringen. Der Freiheitspartei die Zu-

⁷⁰⁾ Klaus Erdmenger, Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949—1955, Freiburg 1967, S. 151.

⁷¹⁾ Sethe, a. a. O., S. 82.

⁷²⁾ Buchheim, a. a. O., S. 19.

kunft, der Einheitspartei die Gegenwart!"⁷³⁾ In dieser Situation war die deutsche Außenpolitik, um mit Ludwig Dehio zu sprechen, an einer „Wegegabel“ angelangt; die Gefahr, „es könne die Einheit ein Vorfahrtsrecht beanspruchen vor der Freiheit“⁷⁴⁾, wird von den meisten Kritikern einfach übergangen. Ein Verzicht auf freie Wahlen wäre der Selbstentäußerung des demokratischen Gemeinwesens der Bundesrepublik gleichgekommen. Hier handelt es sich nicht um moralisch-ideologische Postulate, sondern einfach um eine Grundkategorie, die man nicht ungestraft verletzen kann. Entweder sieht man in freien Wahlen den originär politischen Entscheidungsvorgang, der alle nachfolgenden Entscheidungen legitimiert und auf den alle Entscheidungen sich letzten Endes wieder ausrichten, oder man sieht ihn eben nicht darin.

c) Das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik

Daß man die Notwendigkeit freier Wahlen nicht von spezifischen Situationen abhängig machen konnte, darüber waren sich damals alle demokratischen Parteien einig. Der von der Regierung der DDR am 30. November 1950 vorgeschlagene „Gesamtdeutsche Rat“⁷⁵⁾ zur Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung und zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen Wahl wurde von Herbert Wehner als das Kernstück der kommunistischen Taktik jener Zeit bezeichnet. Dieser Gesamtdeutsche Rat sollte mit den Mitteln der sogenannten Einheitsfront von unten zustande gebracht werden, um an Stelle der gewählten Volksvertretungen und der von ihnen gebildeten und kontrollierten Regierungen die Macht auszuüben⁷⁶⁾. Kurt Schumacher nannte ihn die „nationale Methode zur Erkämpfung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“⁷⁷⁾. An anderer Stelle sagte er, der Brief sei eine Einladung an das deutsche Volk, gegen die westlichen Alliierten Front zu machen, sich nicht zu deutschen Interessen zu bekennen, sondern Bestandteil der russischen Außenpolitik zu werden. Was von der Sowjetpropaganda als deutsche Einheit verkauft werde, sei weder deutsch noch Einheit, von Freiheit ganz zu schweigen. Es sei die äußerliche Zusammenfassung des ganzen Deutschlands zu einer russischen Provinz mit deutschen Bewohnern. Eine deutsche Einheit sei nur dann möglich, wenn man die Freiheit des Westens auch dem Osten gebe⁷⁸⁾.

Die von Otto Grotewohl am 15. September 1951 der Bundesregierung vorgeschlagene „Gesamtdeutsche Beratung der Vertreter Ost- und Westdeutschlands“ zur Durchführung

freier Wahlen nannte Kurt Schumacher eine neue Variante der seit Beginn des Jahres vorgenommenen Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik. Das Ziel des erstrebten Friedensvertrages sei die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Friedensgrenze. Um nicht in den Verdacht zu geraten, als seien die alliierten Bestrebungen zur westeuropäischen Integration wichtiger als die deutsche Einheit, dürfe man an der neuen Situation nicht einfach vorbeigehen, sondern müsse der anderen Seite klar sagen, was man unter Freiheit für Deutschland verstehe. Das ostdeutsche Angebot sei solange ohne Bedeutung, als die Sowjetunion sich nicht bereit erklärt habe, die Freiheit der Wahlen anzuerkennen. Freie Wahlen erforderten, daß praktisch die Freiheit der politischen Parteien und der Presse schon vorher ohne Risiko gegeben sein müsse, einschließlich der absoluten Verfügungsfreiheit einer dafür eingesetzten internationalen Organisation, am besten der UNO⁷⁹⁾.

Bereits zuvor hatte der Bundestag am 9. März 1951 in einer EntschlieÙung, der nur die KPD und Vertreter rechtsradikaler Splittergruppen nicht zustimmten, freie Wahlen als Ausgangspunkt einer Wiedervereinigung bezeichnet und unmißverständlich den Charakter des erstrebten Gesamtdeutschlands definiert: „Grundlage dieser Einheit ist der Aufbau des Rechtsstaates in freier Selbstbestimmung, der jedem Einwohner Deutschlands die volle persönliche staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit sichert. Wir wollen, daß ganz Deutschland ein Rechtsstaat ist, in dem freie Menschen ohne Furcht in Verantwortlichkeit füreinander leben, kein Zwangsstaat einer herrschenden Partei mit ihrem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Terror.“⁸⁰⁾ Auch im Hinblick auf die Märznote wurde von sozialdemokratischer

⁷³⁾ Zit. nach Heinz J. Varain: 1949—1919—1949. Zur Verfassungsgeschichte Deutschlands. Informationen zur politischen Bildung, Folge 133, März/April 1969, S. 8.

⁷⁴⁾ Dehio, a. a. O., S. 110.

⁷⁵⁾ Vgl. Jürgen Weber, Die sowjetische Nachkriegspolitik als Ursache der westlichen Neuorientierung. Kommunistische Beeinflussungsversuche der westlichen Deutschlandpolitik 1950/51, in: Politische Studien, 20. Jg. 1969, H. 185, S. 269—285.

⁷⁶⁾ Verhandlungen des deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 9, Bonn 1951, S. 6703.

⁷⁷⁾ Ebd., Bd. 6, S. 4765.

⁷⁸⁾ Archiv der Gegenwart 1951, S. 2785 C.

⁷⁹⁾ Ebd., S. 3123.

⁸⁰⁾ Die Bemühungen der Bundesrepublik, a. a. O., S. 32.

Seite darauf hingewiesen, die Westmächte sollten in den kommenden Verhandlungen mit den Sowjets auf der Verwirklichung gesamtdeutscher freier Wahlen unter internationaler Kontrolle bestehen⁸¹). Nachdem die Sowjetunion in ihrer zweiten Note solche Wahlen zur Erörterung zu stellen bereit war, veränderte sich die Haltung der SPD insofern, als sie auf sofortige Verhandlungen über Einzelheiten der mit den Wahlen zusammenhängenden Fragen drängte, während Adenauer zuerst ein festes partnerschaftliches Verhältnis mit den Westmächten durch die Unterzeichnung der beiden Verträge herstellen wollte, um so der Gefahr zu entgehen, zwischen die Stühle zu geraten⁸²). Es konnte allerdings kein Zweifel daran bestehen, daß die sozialdemokratische Partei ebenfalls auf freien Wahlen beharren wollte.

d) Die kommunistische Auffassung von freien Wahlen

In ihrer zweiten Note erachtete es die Sowjetregierung für notwendig, daß alle vier Regierungen „ohne Verzug die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen erörtern“. Freie gesamtdeutsche Wahlen wurden auch von den Westmächten gefordert, allerdings mit der Auflage, daß sie durch eine neutrale Beobachtergruppe der UNO gewährleistet würden, während die Sowjetregierung diese Aufgabe den vier Besatzungsmächten übertragen wollte. Ungeachtet dieser Divergenzen ergaben sich noch weitere Schwierigkeiten. Waren die Vorstellungen, die sich beide Seiten von freien Wahlen machten, identisch?

Anfang März 1951 erklärte der Leiter des Informationsamtes der DDR, Gerhard Eisler, seine Regierung sei der Ansicht, daß die Volkskammerwahlen vom 15. Oktober 1950 als freie, geheime und allgemeine Wahlen vorbildlich gewesen seien⁸³). Jene Wahl wurde jedoch auf der Grundlage einer Einheitsliste durchgeführt; wer die Wahlkabine benutzte, verriet sich als „Feind des Friedens“. Hier wurde bereits die spezifische kommunistische Kategorie der freien Wahlen deutlich, die wiederum das westliche Insistieren auf einem unabhängigen Gremium, das von beiden Seiten jederzeit angerufen werden könnte, verständlich macht. Wenn schon eine definitive Übereinstimmung nicht zu erzielen war, so sollte doch wenigstens eine Instanz von Fall zu Fall entscheiden können.

In der Märznote finden sich in diesem Zusammenhang zwei wichtige Punkte. Einerseits sollten den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein.

Sie sollten das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen. Andererseits wurden diese Rechte durch folgenden Satz eingeschränkt: „Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.“ Damit gedachte sich die Sowjetunion eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um jederzeit in die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingreifen zu können, wenn sie dies für nötig hielt. An freien Wahlen konnten also nur solche Organisationen teilnehmen, die „friedliebend und demokratisch“ waren. Im Wahlgesetzentwurf der Volkskammer vom 9. Januar 1952 lautete der entsprechende Punkt: „Alle demokratischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen haben die gleiche Freiheit für ihre Betätigung. Sie haben das Recht der Aufstellung von Kandidaten für die Nationalversammlung und die volle Freiheit der Wahl-agitation.“⁸⁴) Es war also eine Interpretationsfrage, welche Organisationen den geforderten Voraussetzungen entsprechen und welche nicht.

Betrachtet man wiederum die Regierungserklärung Grotewohls vom 14. März 1952, so bekommt jener Satz ein deutliches Relief. Da Grotewohl zufolge die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militärdiktatur war, ergab sich daraus die Notwendigkeit, gewisse Veränderungen durchzuführen, damit die freie Tätigkeit der demokratischen Parteien wirklich gewährleistet würde, so wie dies seiner Darstellung entsprechend in der DDR der Fall sei: „Es ist doch für uns alle klar, daß der Militarismus und der Revanchegeist, der in Westdeutschland sein Haupt erhebt, sich jetzt schon wieder auf dem Wege des Angriffs auf die demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes befindet. Die verfassungsfeindlichen Handlungen des Bonner Kanzlers Adenauer, der hinter dem Rücken des deutschen Volkes mit den Oberkommissaren Verhandlungen über den Abschluß eines versklavenden und kriegerischen Generalvertrages führt, die Verfolgungen der Anhänger des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland zeugen von der Entwicklung zu einer offenen Militärdiktatur. Das zeigt uns aber auch, wie notwendig die Errichtung eines wirklich friedliebenden Deutsch-

⁸¹) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1952, S. 1.

⁸²) Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 84–87.

⁸³) Europa-Archiv 1951 (1.), S. 3871; vgl. Adenauer, a. a. O., S. 28–31.

⁸⁴) Die Bemühungen der Bundesrepublik, a. a. O., S. 63.

land ist, in dem allen deutschen Bürgern demokratische Freiheiten und die Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rassen, des Geschlechts oder der Religion gewährleistet sind und in dem die freie Tätigkeit der demokratischen Parteien und Organisationen sowie die Presse- und Verlagsfreiheit gesichert sein muß. Von selbst versteht sich, daß ferner Maßnahmen getroffen werden müssen, die die Tätigkeit von Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, ausschalten.“⁸⁵⁾

Die Alternativmöglichkeiten sahen demnach folgendermaßen aus: Entweder gingen die Westmächte von ihrer Forderung nach einer unabhängigen Kontrollinstanz für die Wahlen nicht ab, dann bedeutete dies, daß die Sowjetregierung die angebotenen freien Wahlen nicht stattfinden lassen würde, denn sie konnte eine Desavouierung ihrer bisherigen Politik in der DDR durch deren Bürger vor den Augen der Welt nicht hinnehmen, oder die Westmächte akzeptierten eine Viermächtekontrolle, dann hätte die Sowjetregierung zumindest für ihre eigene Zone bestimmt, welche Parteien zugelassen würden und wie ihre Zusammensetzung auszusehen hätte; es hätte sich die Farce einer freien Wahl abgespielt. Die Zwischenlösungen und schillernden Übergänge, die sonst gerade das Wesen der Diplomatie ausmachen, konnten hier nicht zur Wirkung gebracht werden, da sich in der Wahlfrage die nicht überbrückbaren Gegensätze zwischen den beiden Lagern kristallisierten. Eine Lösung konnte es nur geben, wenn eine der beiden Großmächte auf die eigenen Forderungen verzichtet hätte. Wir haben gezeigt, daß dies nicht der Fall war.

Es besteht kein Grund anzunehmen, daß sich die kommunistische Vorstellung von freien Wahlen in dem hier überblickten Zeitraum verändert hätte. Die Ausführungen Grotewohls sprechen bereits eine beredte Sprache. Sollten auch angesichts dieser Erklärung noch Zweifel bestehen, dann ist ein Artikel des Kultusministers der DDR, Johannes R. Becher, vom 15. Februar 1954 geeignet, sie gänzlich zu zerstreuen. Er nannte die Wahlen in Westdeutschland „Wahlen besonderer Art“, die man nicht als frei bezeichnen könne, da sich die Wahlmaschinerie, der umfangreiche, vielschichtige Propagandaapparat, im Besitz der herrschenden Klasse befinde: „Selbstredend kann unter solchen Umständen in Westdeutschland von freien Wahlen nicht die Rede sein, solange nicht alle diejenigen Kräfte von der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen ausgeschaltet sind, die keineswegs ein Interesse daran haben, daß die wirk-

liche^{85a)} Volksmeinung durch die Wahlen zum Ausdruck kommt, sondern nur das eine Interesse, daß durch diese Wahlen ihre Herrschaft ein scheinbar demokratisches Gepräge erhält. Der demagogische Charakter der westdeutschen Wahlen ist für jeden, der hinter die Kulissen sieht, offenbar.“ Becher fordert demgegenüber „wirklich“ freie Wahlen, bei denen alle die genannten kapitalistischen Bestandteile fehlen oder, wie er es ausdrückt, bei denen „alle solche eine freie Volksentscheidung störenden Elemente ausgeschaltet werden“. Dafür sollten die „wirklich demokratischen Organisationen“ für die Wahlen verantwortlich sein. „In der Deutschen Demokratischen Republik können wir von derartigen Entstellungen der freien Meinungsäußerung anlässlich von Wahlen nicht sprechen. Durch die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Entmachtung der Kriegsverbrecher und des Monopolkapitals ist die Grundlage zu wirklich freien Wahlen geschaffen. Wir stehen nicht an, uns mit solchen wahrhaft freien Wahlen für Gesamtdeutschland einverstanden zu erklären. Wenn die Garantie gegeben ist, daß das deutsche Volk wirklich so wählt, wie es seinen Interessen entspricht, wenn die deutschen Menschen wahrhaft frei wählen, dann kann es keinem, der sein deutsches Vaterland von ganzem Herzen liebt, um das Wahlergebnis bange sein. Diese Wahlen allerdings werden anders ausfallen, ganz anders als diejenigen, die Herr Adenauer und der deutsche Imperialismus für wünschenswert halten.“⁸⁶⁾

Im Lichte solcher Erläuterungen verlieren die im ersten Teil dieses Kapitels angeführten Argumente, wonach das westliche Beharren auf freien Wahlen falsch gewesen sei, viel von ihrer Wirklichkeitsbezogenheit. Freie Wahlen, so wie sie in einem demokratischen Staatswesen üblich sind, hätten zum damaligen Zeitpunkt auf jeden Fall das Ende der kommunistischen Herrschaft in der DDR bedeutet — und das auf eine besonders aufsehenerregende Weise. Auch wenn die Wahlen erst am Ende der Verhandlungen gestanden hätten, nach der Festlegung des zukünftigen Status Deutschlands, hätte sich die Sowjetunion den Prestigeverlust durch ein freies Votum nicht leisten können. Es ist vorstellbar, daß eine Großmacht aus freien Stücken auf eine bisher verteidigte Position verzichtet und sich zurückzieht, es entspricht jedoch keineswegs den Gepflogenheiten von Großmächten, sich die politische Niederlage durch Wahlzet-

⁸⁵⁾ Tägliche Rundschau vom 15. März 1952, S. 3.

^{85a)} Hervorh. d. Verf.

⁸⁶⁾ Wie freie Wahlen aussehen müssen, in: Tägliche Rundschau vom 15. Februar 1954, S. 1.

tel in aller Öffentlichkeit bestätigen zu lassen. Diese Überlegungen, aber vor allem auch die zitierten authentischen Interpretationen kommunistischer Politiker unterstreichen die damals gegebene Unmöglichkeit, freie Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen. Von

freien Wahlen aber Abstand nehmen, das heißt der Verzicht auf die Freiheit um der Einheit willen, das konnte aus dem politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik und ihrer demokratischen Parteien nicht zur Diskussion stehen.

7. Die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebotes

Weder die Frage der Neutralisierung Deutschlands noch die der freien Wahlen trafen in der Bundesrepublik auf grundsätzlich konträre Beurteilung. Der eigentliche Streitpunkt zwischen den Parteien lag darin, ob Stalins Angebot nicht doch eine Wiedervereinigungschance nach den Vorstellungen der deutschen Politiker enthielt.

a) Unterschiedliche Beurteilung

Während Gustav Heinemann die Märznote als eine ernst zu nehmende Verhandlungsgrundlage bezeichnete und hinzufügte, er glaube in politischen Dingen gar nichts, aber er sei bereit auszuprobieren⁸⁷⁾, meinte Adenauer, es sei nach wie vor Ziel der deutschen Politik, daß der Westen so stark werde, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen. „Ich bin fest davon überzeugt, und auch die letzte Note Sowjetrußlands ist wieder ein Beweis dafür, daß, wenn wir auf diesem Wege fortfahren, der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, zu dem Sowjetrußland sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt.“⁸⁸⁾ Vor allem der Satz: „Die Sowjetregierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen“, hat Heinemann zur Auffassung bewogen, daß direkte Verhandlungen sinnvoll wären. Dagegen sah Adenauer in der Note vor allem den Versuch, die beiden Vertragswerke zum Scheitern zu bringen, durch die er die Gleichberechtigung und Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen gedachte. Er fürchtete, die Hilfe der Westmächte aufs Spiel zu setzen, ohne die Russen für die deutsche Einheit zu gewinnen, wenn er in jenem Augenblick die Vertragsunterzeichnung zunächst einmal aufgeschoben hätte⁸⁹⁾.

Diese zum damaligen Zeitpunkt von Adenauer an den Tag gelegte mangelnde Bereitschaft, die Gegenseite, ihre Interessen und Schwächen abzutasten — die zentrale Aufgabe jeder Außenpolitik —, sei, so meint Karl Dietrich Bracher, Ausdruck einer negativen Abwehr schon im Vorfeld des Notenkrieges gewesen

und Beweis für eine Politik „der starken, starren Defensive“ und für „das unbewegliche, juristisch und institutionell verankerte Festhalten an einer einzigen Wiedervereinigungsstrategie, die doch gerade positive Stärke, Initiative, Befreiungsversuche mit politischen Mitteln verlangt hätte“^{89a)}.

Nachdem die Sowjetregierung in ihrer zweiten Note angeboten hatte, die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern und die Prüfung ihrer Voraussetzungen einer Viermächtekommission zu übertragen, kam die Sozialdemokratische Partei zu der Überzeugung, daß dieses Angebot aufgegriffen und auf seine Echtheit hin überprüft werden mußte. Kurt Schumacher schrieb am 22. April 1952 an Adenauer, es dürfe nichts unversucht bleiben, um festzustellen, ob die Sowjetnote eine Möglichkeit biete, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durchzuführen. Dazu seien Vier-Mächte-Verhandlungen notwendig. „Wenn sich dabei herausstellen sollte, daß auch nach den letzten Noten der Sowjetregierung nicht die Möglichkeit gegeben ist, durch eine Vier-Mächte-Übereinkunft die Voraussetzung für freie Wahlen in den vier Zonen und Berlin zu gewährleisten, dann wäre doch auf jeden Fall klargestellt, daß die Bundesrepublik keine Anstrengung gescheut hat, um eine sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands und Befriedung Europas auszunützen.“⁹⁰⁾

Nach Schumacher sollten die Kommunisten nicht mehr länger mit der Einheitsparole operieren können, sondern dazu gebracht werden, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Um dies zu erreichen, schien ihm eine Viermächtekommission (bei der allerdings gewährleistet sein

⁸⁷⁾ Die Welt vom 13. März 1952, S. 1.

⁸⁸⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. März 1952, S. 1.

⁸⁹⁾ Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 86—89.

^{89a)} Karl Dietrich Bracher, Weichenstellungen deutscher Politik in den Anfängen der Bundesrepublik (1949—1955), in: Die moderne Demokratie und ihr Recht. Festschrift für Gerhard Leibholz zum 65. Geburtstag, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Christopher Dawson, Willi Geiger, Rudolf Smend, Tübingen 1966, Bd. 1, S. 24.

⁹⁰⁾ Abgedr. bei Adenauer, a. a. O., S. 84 ff.

müßte, daß keine deutsche Partei benachteiligt oder bevorzugt werden könnte) akzeptabel. Der SPD-Vorsitzende stellte also keineswegs die Behauptung auf, daß das sowjetische Angebot eine wirkliche Wiedervereinigungschance biete, sondern er regte nur eine Prüfung an, um eindeutig feststellen zu können, was die Sowjetregierung wirklich wollte. Die Unterzeichnung der beiden Vertragswerke sollte daher solange zurückgestellt werden, bis absolute Gewißheit über die sowjetische Absicht bestünde.

„Die Wahrheit wirklich mit äußerster Klarheit festzustellen“⁹¹⁾, wie Paul Sethe damals schrieb, wurde daher als die wichtigste Aufgabe der Westmächte bezeichnet. „Man muß zugeben, daß die SPD offenbar die deutsche Mentalität gut kannte, denn die Tatsache, daß der mathematisch sichere Beweis des Desinteresses der Sowjetunion damals nicht erbracht wurde, hat dazu geführt, daß in diesem Volk, welches dazu neigt, immer gerade das Unwahrscheinliche für wahrscheinlich zu halten, nun der Mythos einer ‚verpaßten Gelegenheit‘ wuchert, der mutatis mutandis in manchen Zügen an die Dolchstoßlegende der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erinnert.“⁹²⁾

Adenauer sprach sich zwar auch für eine Prüfung durch Verhandlungen aus, aber nicht um den Preis eines Unterzeichnungsstopps der Verträge: „Ich jedenfalls werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um jede irgendwie vorhandene gesamtdeutsche Chance auszunutzen. Aber niemand kann von mir erwarten, daß die Bundesregierung heute auf ihre Europapolitik verzichtet, oder daß sie sich damit einverstanden erklärt, eine gesamtdeutsche Regierung vor ihrem Bestehen auf einen solchen Verzicht festzulegen.“⁹³⁾

b) Problematik von Verhandlungen in der damaligen Situation

Die ganze Diskussion läuft also auf die Frage hinaus, ob die Westmächte in Konsultation mit der Bundesrepublik zunächst einmal auf die Unterzeichnung der Verträge hätten verzichten sollen zugunsten von Verhandlungen mit der Sowjetunion. Dagegen muß aber sofort die nächste Frage gestellt werden, ob dies überhaupt eine politische Möglichkeit zu jener Zeit war, ob „die Wahrheit wirklich mit äußerster Klarheit festzustellen“ war?

Natürlich stößt eine theoretische Überlegung auf wenig Schwierigkeiten, die davon ausgeht, daß die Vertragsunterzeichnung einige Zeit hätte aufgeschoben werden müssen, während der die wahren Absichten der Sowjetunion in Viermächteverhandlungen hätten erkundet werden können. Die sowjetischen Poli-

tiker hätten sich damit unter dem Zwang befunden, eine deutliche Sprache zu sprechen. Hätte sich ihr Angebot als Bluff oder als unbefriedigend erwiesen, dann hätte man zwar einige Zeit verloren, aber dafür die Gewißheit eingehandelt, keine Chance versäumt zu haben. Die Verträge hätten dann immer noch, und jetzt mit gutem Gewissen, unterzeichnet werden können. Dies ist natürlich eine ganz und gar unpolitische Überlegung, die die spezifische Situation, in der jene Entscheidung zu treffen war, überhaupt nicht beachtet.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, im politischen Bereich gäbe es eine objektive Wahrheit, wie etwa in der Mathematik, die ungeachtet, ob man sie sucht oder nicht, existiert, die es also nur zu finden gilt, um völlige Gewißheit zu erlangen. So ergibt das Produkt zweier negativen Größen eine positive, ganz gleich, ob der mit dem Problem Beschäftigte darauf kommt oder nicht. In der Politik allerdings kann man nicht davon ausgehen, daß die Lösung eines Problems bereits a priori feststeht. Sie kann bereits schemenhaft vorgegeben sein, ihre greifbare Gestalt gewinnt sie jedoch erst im Verlaufe des politischen Prozesses unter dem Einfluß von jeweils ganz unterschiedlich wirksamen Faktoren, wie Interesse, Grundüberzeugung, Verhandlungsführung.

Auf unseren konkreten Fall bezogen soll dies besagen: Die objektive Wahrheit über Stalins Absicht konnte gar nicht gefunden werden. Vielmehr hätten Verhandlungen die Aufgabe gehabt, Stalin auf eine unzweideutige Aussage festzulegen, wie er es mit freien Wahlen im westlichen Sinn halte. Niemand aber, der in Verhandlungen vorgibt, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, welches er in Wahrheit gar nicht erstrebt, kann gezwungen werden, dies expressis verbis zu erklären. Die geforderte Aussage besteht aus einem Kern des unabänderlichen Willens und umstandsbezogener Erwägungen. Daraus ergibt sich, daß die sowjetischen Politiker auf jeden Fall versucht hätten, mit einer klaren Äußerung zu den vorgelegten Fragen möglichst lange hinter dem Berg zu halten, um ein Höchstmaß an Entgegenkommen durch den Verhandlungspartner zu erreichen. Nur so wäre ja für sie eine Konferenz sinnvoll gewesen. Die Konferenz hätte sich in die Länge gezogen, ganz nach sowjetischem Belieben; der westeuropäische Integrationsvorgang wäre in den Hintergrund des öffentlichen Interesses gerückt — er hätte Anziehungskraft und Anhänger verloren. Ein Nach-

⁹¹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1952, S. 1.

⁹²⁾ Buchheim, a. a. O., S. 19.

⁹³⁾ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26. April 1952, Nr. 47, S. 488.

lassen auf der Integrationsebene hätte jedoch sofort eine Schwächung auf der Wiedervereinigungsebene zur Folge gehabt, da die Sowjetunion dann schon einen Teil ihres Zieles erreicht hätte und demgemäß ihren eigenen Preis herabdrücken konnte. Die Möglichkeit, zur gleichen Zeit auf beiden Ebenen zu agieren, bestand nicht, weil die Sowjetunion ja gerade die Einbeziehung der Bundesrepublik in den Westen verhindern wollte, weil aber auch die Westmächte nicht bereit sein konnten, die Integration nur pro forma weiterzutreiben, um sie dann zur gegebenen Zeit wieder rückgängig zu machen.

c) Die Dimension des Risikos

Hinzu kommt noch ein weiterer Punkt. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Interesse der Westmächte eindeutig auf die Konsolidierung Westeuropas gerichtet war, nachdem sich eine Lösung der Deutschlandfrage in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als unmöglich erwiesen hatte. Wenn Adenauer versucht hätte, nach den langwierigen Verhandlungen mit den Westmächten plötzlich eine zweigleisige Politik zu treiben, so hätte dies sofort das immer noch latent vorhandene Mißtrauen geweckt. Die Westmächte waren entschlossen, Deutschland die Freiheit zur Schaukelpolitik nicht zuzugestehen. Wenn daher von einer bundesrepublikanischen „Politik der Einbahnstraße“⁹⁴⁾ gesprochen wird, so wird ein wesentlicher Gesichtspunkt außer acht gelassen, den der handelnde Politiker beachten muß. Es ist dies die Dimension des Risikos. Die Chance, durch das Beharren seitens der Bundesrepublik auf direkten Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion nähere Aufschlüsse über die sowjetischen Absichten zu erhalten und dadurch einen Schritt der Einheit näherzukommen, war unendlich geringer als das Risiko, auf diese Weise das bisher erworbene, gerade während der Vertragsverhandlungen gefestigte Vertrauenskapital wieder zu verlieren. Gleichheit und Souveränität, also die Freiheit, und die deutsche Einheit befanden sich alle im gleichen Risikobereich der deutschen Außenpolitik; weder die Freiheit noch die Einheit waren selbstverständlich. Unter dieser Konstellation war eine Politik nach Bismarck, nämlich „im geschichtlichen Wechsel der Lagen das staatliche Interesse in dienender Anpassung an die Bindungen der Stunde wahrzunehmen“⁹⁵⁾, völlig illusorisch. Es galt 1952, die sich bietenden Chancen gegeneinander abzuwägen und auf deren Verwirklichung hinzuwirken, die die größtmögliche Sicherung versprach. Das sowjetische Angebot enthielt diese

Sicherung nicht, wie wir anhand der Fragen der Neutralisierung und der freien Wahlen nachgewiesen haben.

Man könnte an dieser Stelle einwenden, daß die Westmächte 1959 im sogenannten Herter-Plan zwei der ehemaligen sowjetischen Forderungen aufnahmen (Einsetzung eines gemischten deutschen Ausschusses und einer Überwachungskommission entweder zusammengesetzt aus UN-Personal oder Vertretern der Vier Mächte zusätzlich deutscher Mitglieder) und von der zuvor immer vertretenen Priorität freier Wahlen Abstand nahmen⁹⁶⁾. Warum sollte 1952 nicht möglich gewesen sein, was 1959 erfolglos angeboten wurde? Die Antwort ergibt sich aus dem zuvor Gesagten. Die politische Situation war inzwischen völlig gewandelt. Die Souveränität und Gleichberechtigung der Bundesrepublik waren seit vier Jahren gesichert. Sie mußte bei den westlichen Staaten nicht mehr einen Wall von Mißtrauen abtragen, sie konnte von einer gefestigten Vertrauensbasis aus Politik treiben. Alle diese Faktoren waren 1952 nicht gegeben, sondern vielmehr Gegenstand mühsamer Anstrengungen seitens der Außenpolitik der Bundesrepublik.

d) Sowjetische Respektierung der nationalen Interessen Deutschlands?

War Stalins Angebot ernst gemeint? Boris Meissner bejaht diese Frage und sieht darin eine sowjetische Initiative, die in stärkerem Maße bereit war, nationalen deutschen Interessen Rechnung zu tragen und zu einem geregelten Verhältnis mit dem Westen zu gelangen. Für seine Auffassung macht er folgende Gründe geltend: Die Sowjetunion habe in jener Zeit die Schaffung einer neutralen Staatenzone beabsichtigt, die Ost und West trennen sollte. In seiner 1952 erschienenen Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ habe Stalin seine Überzeugung vom Wiederaufstieg Deutschlands und Japans und von der Unvermeidbarkeit von Konflikten und Auseinandersetzungen in der kapitalistischen Welt zum Ausdruck gebracht. Die Stärkung Deutschlands und Japans werde daher als im Interesse der Sowjetunion hingestellt, da sie die Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Lagers vergrößere. Stalin habe,

⁹⁴⁾ Erdmenger, a. a. O., S. 156.

⁹⁵⁾ Hans Herzfeld, Die moderne Welt 1789—1945, I. Teil: Die Epoche der bürgerlichen Nationalstaaten 1789—1890, Braunschweig 1964, S. 220.

⁹⁶⁾ Vgl. Heinrich v. Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands. Eine dokumentarische Diskussionsgrundlage, Bonn-Wien-Zürich 1964⁵, S. 141—144.

wie aus seinen Äußerungen in seinem letzten Regierungsjahr hervorgehe, die Möglichkeit einer langfristigen Koexistenz gesehen. Als weiteren Beweis führt Meissner die konstruktivere Deutschlandpolitik Berijas und Malenkows in der kurzen Zeit nach Stalins Tod bis zum Sturz Berijas an, die beide auch bereits in der Zeit vom Herbst 1951 bis Frühjahr 1952 betrieben hätten ⁹⁷⁾.

Die Behauptung von der stärkeren Berücksichtigung der nationalen deutschen Interessen durch Stalin in jener Zeit ist in mehrfacher Hinsicht anfechtbar. Zwar antwortete Stalin bei einem Interview am 31. März 1952 auf die Frage, ob er den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Vereinigung Deutschlands geeignet halte, daß er dieser Meinung sei ⁹⁸⁾. Damit ging er aber keineswegs über die bisher bekannte sowjetische Haltung hinaus. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde seit 1950 unverändert als sofort durchführbar dargestellt, wenn die Deutschen sich nur untereinander verständigen würden. Die Herstellung der Einheit wurde nie ohne die gleichzeitige Verankerung des sowjetischen Einflusses geplant und auch angeboten. Die Vokabel „Wiedervereinigung“ war nicht ohne weiteres der Anerkennung der legitimen nationalen Interessen Deutschlands gleichzusetzen, weil dazu unauflöslich das Moment der Freiheit gehört.

Die Märznote muß auch im Zusammenhang mit den der UNO vorgelegten sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vom 19. März 1952 gesehen werden, in denen das gleichzeitige Verbot der Atomwaffen und die proportionale Herabsetzung der konventionellen Streitkräfte um ein Drittel (im Laufe eines Jahres) gefordert wurden ⁹⁹⁾. Das Verlangen nach Abzug aller Besatzungstruppen, Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands lief unter diesem Gesichtspunkt gesehen eindeutig auf eine Schwächung der westlichen und eine Stärkung der sowjetischen Position hinaus, da die Machtstellung der Sowjetunion in Europa dann ohne Gegengewicht gewesen wäre und ihre innere Dynamik auf intensive Einflußnahme zumindest in Deutschland gedrängt hätte. Insofern könnte man annehmen, daß es der Sowjetunion mit ihrem Angebot ernst war — ernst von ihrem Standpunkt aus, den Aufbau und die Entwicklung eines Gesamtdeutschland maßgeblich zu gestalten. Daher kann wohl nicht von der Respektierung der nationalen deutschen Interessen gesprochen werden.

Die von Meissner angeführten diplomatischen Schritte der Sowjetunion gegenüber Norwegen, Italien, der Türkei, der Schweiz und Schweden ¹⁰⁰⁾ waren vor allem Ausdruck der

sowjetischen Bemühungen, ihre Einbeziehung in das westliche Bündnissystem zu verhindern oder auch ihre Anlehnung an den Westen abzuwenden, was sie auch im Hinblick auf die Bundesrepublik, hier aber mit viel größerem Nachdruck und Einsatz, erstrebte. Angenommen, die Sowjetregierung habe als Fernziel wirklich eine Neutralisierung aller dieser Staaten projektiert, was nicht zu beweisen ist, so muß wieder hervorgehoben werden, daß keine westliche Regierung ihre Politik auf dieser ungewissen Annahme aufbauen konnte. Der Unsicherheitsfaktor bei der Beurteilung der wirklichen sowjetischen Absichten mußte zur Vorsicht mahnen.

Wenn Stalin in seiner Schrift vom sicheren Wiederaufstieg Deutschlands sprach, so dachte er mit großer Wahrscheinlichkeit an Westdeutschland. Er schrieb: „Es fragt sich, welche Garantien es gibt, daß Deutschland und Japan nicht wieder auf die Beine kommen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht. Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt.“ ¹⁰¹⁾ Mit dem Begriff „Deutschland“ verband er die Vorstellung von der Bundesrepublik, die ja nach sowjetischer Version in amerikanischer Knechtschaft war; die DDR konnte logischerweise darin gar nicht eingeschlossen sein. Im Gegensatz zu Meissner und Achminow scheinen uns die Ausführungen Stalins dahin gehend interpretiert werden zu müssen, daß er die Bundesrepublik als einen Machtfaktor ansah, der bald an Bedeutung zunehmen und Gegensätze im westlichen Lager heraufbeschwören würde, die sich die Sowjetunion zu Diensten machen konnte. Gerhard Wettig ist der Auffassung, daß es kaum vorstellbar sei, daß sich Stalin von der vagen Hoffnung, eine sowjetische Verständigungsbereitschaft könne die Westmächte eines Tages wieder zu einem Krieg gegeneinander verführen, zur Aufgabe der sowjetischen Position in Deutschland veranlaßt gesehen haben sollte. Stalin habe in der Verschärfung der Spannungsmomente zwischen dem besetzten Westdeutschland und seinen Besatzungsmächten den Hebel gesucht, der die Bundesrepublik gegen den Westen aufstacheln und dann an

⁹⁷⁾ Meissner, a. a. O., S. 521 f.

⁹⁸⁾ Tägliche Rundschau vom 3. April 1952, S. 1.

⁹⁹⁾ Wilhelm Cornides, Die Westmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945—1955, Tübingen 1957, S. 253 f.

¹⁰⁰⁾ Boris Meissner, Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg, 1953, S. 289.

¹⁰¹⁾ Archiv der Gegenwart 1952, S. 3681 A.

die Seite der Sowjetunion hinüberdrängen würde ¹⁰²).

Es ist schließlich nicht einzusehen, wieso die unbestreitbar konstruktivere Deutschlandpolitik Berijas und Malenkows unmittelbar nach dem Tode Stalins — einer Phase, in der es, wie wir aus einer Rede Chruschtschows aus dem Jahre 1963 wissen ¹⁰³), wirklich eine kurzfristige Chance zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gegeben hatte, die jedoch in starkem Maße mit der Person Berijas verbunden war — in direkten Zusammenhang mit der sowjetischen Politik im Frühjahr 1952 gebracht werden kann. Während Stalin vor allem damit beschäftigt war, die Ingetrationsbestrebungen in Westeuropa mit allen diplomatischen und propagandistischen Mitteln zu unterlaufen, mußten seine Nachfolger 1953 ihre Hauptaufgabe darin sehen, ihre internen Schwierigkeiten zu meistern, die sich aus dem Kampf um die Machtpositionen ergaben, und zugleich durch eine neue Wirtschaftspolitik sich einen gewissen Rückhalt bei den Massen zu verschaffen. Die sowjetische Führung war daher an der Verminderung der weltpolitischen Spannungen sehr interessiert und trug dazu bei, daß am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstand geschlossen werden konnte. Auch in ihrer Deutschlandpolitik steuerte sie einen Kurs, der Entlastung zu bringen versprach; Berija befürwortete anscheinend ein radikales politisches Reformprogramm für die DDR ¹⁰⁴). Wenn auch die Akteure der sowjetischen Politik in beiden Fällen die gleichen waren, so waren doch ihre Hauptaufgaben und auch die Motive ihres Handelns unterschiedlich.

Im Frühjahr 1953 wollte die neue sowjetische Führung ernsthafte Verhandlungen mit dem Westen; sie manifestierte daher ihren Verständigungswillen unzweideutig. Malenkow sprach in seiner Regierungserklärung nicht nur davon, daß es zur Zeit keine Streitfrage oder ungelöste Frage gäbe, die nicht auf friedlichem Wege, auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarung gelöst werden könnte ¹⁰⁵), die Sowjetführung lieferte auch Beweise ihres Verständigungswillens: sie nahm einen britisch-sowjetischen Luftzwischenfall im Luftkorridor nach Berlin zum Anlaß, in versöhnlichem Ton eine Dreimächtekonferenz über Probleme der Luftsicherheit in Deutschland vorzuschlagen ¹⁰⁶); der Druck auf die Türkei hörte auf ¹⁰⁷); die diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien und Israel wurden wieder hergestellt ¹⁰⁸); schließlich ließ die Sowjetführung ihre Einwände gegen den neuen UN-Generalsekretär Hammarskjöld fallen ¹⁰⁹) und trug zum Waffenstillstand in Korea bei ¹¹⁰).

Diese diplomatischen Zeichen wurden von westlicher Seite sogleich verstanden. Der Präsident der Vereinten Staaten, Eisenhower, deutete an, daß er in der sowjetischen Haltung eine gewisse Lockerung zu bemerken glaubte ¹¹¹). Premierminister Churchill äußerte sich weit optimistischer. Er begrüßte die Reihe freundlicher Gesten der Sowjetunion und schlug eine alsbaldige Viererkonferenz ohne feste Tagesordnung vor, da ihm die Situation für eine allgemeine Entspannung besonders günstig erschien. Als konkreten Beitrag regte er die Schaffung eines Vertragssystems nach dem Vorbild des Locarnopaktes an ¹¹²). Daß auch damals keine Ergebnisse erzielt wurden, lag an dem Debakel der sowjetischen Liberalisierungsversuche, die in den Ereignissen des 17. Juni und in der Folge davon mit dem Sturz Berijas und der Entmachtung Malenkows endeten.

Wenn Klaus Erdmenger das Gefüge der Außenpolitik in der Bundesrepublik als so starr und ohne Möglichkeit der Korrektur bezeichnet, weil die Bundesregierung und Koalition einseitig auf die der Bundesrepublik förderliche westliche Integrationspolitik fixiert, die Opposition aber eindeutig nach rückwärts festgelegt gewesen sei ¹¹³), oder wenn er an anderer Stelle vom Pragmatismus nach Westen und politischer Eschatologie nach Osten spricht ¹¹⁴), so muß diese Aussage für

¹⁰²) Wettig, Entmilitarisierung, a. a. O., S. 521.

¹⁰³) Chruschtschow sagte am 8. März 1963: „Bereits in den ersten Tagen nach dem Tod Stalins begann Berija Schritte zu unternehmen, die die Arbeit der Partei desorganisierten und auf die Untergrabung der freundschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers gerichtet waren. Gemeinsam mit Malenkow schlugen sie beispielsweise provokatorisch vor, die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischen Staat zu liquidieren und empfahlen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf die Losung des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus zu verzichten. Das Zentralkomitee der Partei hat damals empört die verräterischen Vorschläge abgelehnt und den Provokateuren eine vernichtende Abfuhr erteilt.“ — Laut Prawda vom 10. März 1963, zit. nach Meissner, Die Sowjetunion und Deutschland, a. a. O., S. 522 f.; vgl. auch Walter Osten, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53, in: Osteuropa, 14. Jg. 1964, H. 1, S. 1—13; Harald Laeuen, Berijas Deutschlandpolitik, ebd., H. 4, S. 257 f.

¹⁰⁴) Zbigniew K. Brzezinski, Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt, Köln-Berlin 1962, S. 176—179.

¹⁰⁵) Archiv der Gegenwart 1953, S. 3909 A.

¹⁰⁶) Ebd., S. 3932 A.

¹⁰⁷) Ebd., S. 4084 A.

¹⁰⁸) Ebd., S. 4037 E, 4084 B.

¹⁰⁹) Ebd., S. 3931 F.

¹¹⁰) Ebd., S. 4094 A.

¹¹¹) Europa-Archiv 1953 (I), S. 5731—5734.

¹¹²) Ebd., S. 5738—5744.

¹¹³) Erdmenger, a. a. O., S. 157.

¹¹⁴) Ebd., S. 111.

die Situation im Frühjahr 1952, und nur die interessiert uns hier, zurückgewiesen werden. Erdmenger übersieht die Tatsache, daß die Beurteilungskriterien der damaligen Entscheidungen nicht auf moralische Kategorien reduziert wurden, sondern die legitim politisch-pragmatischen Überlegungen einbezogen wurden, wie es mit dem Verhältnis von Risiko und Chance stand, welche Anzeichen auf eine gewandelte sowjetische Auffassung von der Zukunft Deutschlands schließen ließen. Aus der vorangehenden Untersuchung ergibt sich, daß auch bei einer äußerlich veränderten sowjetischen Politik die ihr zugrunde liegenden Absichten und Zielvorstellungen keineswegs mit den Vorstellungen der demokratischen Parteien und der großen Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik in Einklang gebracht werden konnten. Angesichts der bei der Frage der Neutralisierung und der freien Wahlen aufgeführten Gründe läßt sich mit einiger Sicherheit feststellen, daß es damals für Deutschland keine Wiedervereinigungschance gegeben hat. Es wäre im Sinne einer rationalen Auseinandersetzung über die Grundfragen der deutschen Außenpolitik zu wünschen, daß Hermann Pünder nicht recht behält, wenn er schreibt, daß, ehe sich nicht die Archive der Kabinette öffnen, die Frage unter den Zeitgenossen streitig bleiben werde, ob damit nicht eine Sternstunde deutscher Nachkriegsgeschichte vertan worden sei¹¹⁵⁾.

Wer allerdings den mathematischen Beweis im Bereich des Politischen fordert, wird auch mit unserer Argumentation nicht zufrieden sein. Ihm muß jedoch entgegengehalten werden, daß es absolut theoretische Gewißheit in einer originär politischen Situation überhaupt nicht geben kann — einer Situation, in der sich mehrere Entscheidungsmöglichkeiten anbieten, die unter dem Gesichtspunkt von Risiko und Chance gegeneinander abgewogen werden müssen. Die Folgen des nicht gewählten Weges lassen sich nicht verstandesmäßig erfassen; ihre Irrelevanz ist daher auch nicht schlüssig zu beweisen. Der Bereich des theoretisch Denkbaren ist immer größer „als der Bereich dessen, was sich praktisch als Unmöglichkeit erweisen läßt. Jemand, der in seiner Jugend durchs Examen gefallen ist, kann im Alter immer eine theoretische Kausalkette entwickeln, wonach er Landesgerichtsdirektor geworden wäre, wenn er nur seinerzeit das Examen bestanden hätte; kein Mensch ist in der Lage, ihm diese theoretische Möglichkeit mit absoluter Gewißheit zu widerlegen. Es ist dieses ‚Niemandland‘ zwischen theoretisch möglicher Behauptung und dem schlüssig Widerlegbaren, in dem sich politische Illusionen und historische Legenden anzusiedeln pflegen.“¹¹⁶⁾

¹¹⁵⁾ Hermann Pünder, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 489.

¹¹⁶⁾ Buchheim, a. a. O., S. 19.

Literatur

Achminow, Herman: Die sowjetische Deutschlandpolitik in den Jahren 1952/53: Einwände und Ergänzungen, in: *Osteuropa*, 14. Jg. 1964, H. 4, S. 251—257.

Adenauer, Konrad: *Erinnerungen 1953—1955*, Stuttgart 1966.

Aron, Raymond: Französische Gedanken über die deutsche Einheit, in: *Außenpolitik*, 3. Jg. 1952, H. 9, S. 576—582.

Die Bemühungen der *Bundesrepublik* um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953⁴.

Baring, Arnulf: *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München—Wien 1969.

Bracher, Karl Dietrich: Weichenstellungen deutscher Politik in den Anfängen der Bundesrepublik (1949—1955), in: *Die moderne Demokratie und ihr Recht. Festschrift für Gerhard Leibholz zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Christopher Dawson, Willi Geiger, Rudolf Smend, Tübingen 1966, Bd. 1, S. 15—34.

Buchheim, Hans: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Wollte die Sowjetunion im März 1952 wirklich die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. April 1969, S. 18 f.

Bürger, G. A.: *Die Legende von 1952*, Celle 1959.

- Cornides, Wilhelm*: Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945—1955, Tübingen 1957.
- Croan, Melvin*: Reality and Illusions in Soviet-German Relations, in: Survey 1962, Nr. 44/45, S. 12 ff.
- Dehio, Ludwig*: Deutsche Politik an der Wegegabel, in: Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949—1963, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Otto Stenzl, München 1964, S. 109—116.
- Deuerlein, Ernst*: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945—1955, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, hrsg. von Brandt/Meyer/Just, Bd. IV 3. Teil, Konstanz 1965.
- Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J.*: Germany Rejoins the Powers, Mass Opinion, Interest Groups, and Elites in Contemporary German Foreign Policy, Stanford 1959.
- Erdmenger, Klaus*: Das folgenschwere Mißverständnis. Bonn und die sowjetische Deutschlandpolitik 1949—1955, Freiburg 1967.
- Erfurt, Werner*: Die sowjetrussische Deutschlandpolitik. Eine Studie zur Zeitgeschichte, Eßlingen 1959⁴.
- Feld, Werner*: Reunification and West German-Soviet Relations, Den Haag 1963.
- Grewe, Wilhelm G.*: Verpaßte Gelegenheiten?, in: Wilhelm G. Grewe: Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 228—234.
- Hanrieder, Wolfgang F.*: West German Foreign Policy 1949—1963. International pressure and foreign response, Stanford 1967.
- Hartl, Hans/Marx, Werner*: Fünfzig Jahre sowjetische Deutschlandpolitik, Boppard 1967.
- Hauptmann, Frederick*: Germany between East and West, Englewood Cliffs 1965.
- Jäckel, Eberhard*: Die deutsche Frage 1952—1956. Notenwechsel und Konferenzdokumente der vier Mächte, Frankfurt—Berlin 1957.
- Lippmann, Walter*: Amerikanische Gedanken zur deutschen Einheit, in: Außenpolitik, 3. Jg. 1952, H. 12, S. 775—783.
- Meissner, Boris*: Rußland, die Westmächte und Deutschland, Hamburg 1953.
- Ders.*: Die Sowjetunion und Deutschland 1941 bis 1967, in: Europa-Archiv, 22. Jg. 1967, F. 14, S. 515—531.
- Osten, Walter*: Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1952/53, in: Osteuropa, 14. Jg. 1964, H. 1, S. 1—13.
- Schmitt, Walther E.*: Krieg in Deutschland — Strategie und Taktik der sowjetrussischen Deutschlandpolitik seit 1945, Düsseldorf 1961.
- Schwarzkopf, Dietrich*: Wünsche schaffen Legenden, in: Die politische Meinung, 8. Jg. 1963, H. 90, S. 33—48.
- Sethe, Paul*: Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt 1956.
- Shulman, Marshall D.*: Stalin's Foreign Policy Reappraised, Cambridge/Mass. 1963.
- Weber, Jürgen*: Die sowjetische Nachkriegspolitik als Ursache der westlichen Neuorientierung. Kommunistische Beeinflussungsversuche der westlichen Deutschlandpolitik 1950/51, in: Politische Studien, 20. Jg. 1969, H. 185, S. 269—285.
- Wettig, Gerhard*: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943—1955, München 1967.
- Ders.*: Politik im Rampenlicht, Frankfurt 1967.

Berufsbildung und Erwachsenenbildung in beiden Teilen Deutschlands

Seit Anfang der sechziger Jahre findet in der Bundesrepublik eine intensive bildungspolitische Debatte statt, in deren Mittelpunkt die quantitativen und strukturellen Probleme des Schul- und Hochschulwesens stehen¹⁾. Dabei wird immer mehr deutlich, daß das westdeutsche Bildungswesen mit den Folgen einer Bildungsexpansion fertig werden muß, deren Ausmaße von niemandem vorhergesehen wurden. In der Zeit von 1961 bis 1969 stieg die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen trotz geburtenschwächerer Jahrgänge von 6,7 auf 8,2 Mill. Während Anfang der fünfziger Jahre nur etwa 30 % der Elfjährigen in Realschulen oder Gymnasien überwechselten, waren es 1968 in der Mehrzahl der Bundesländer 50 % oder mehr. Absolut hat sich die Zahl der Realschüler von 1950 bis 1968 von 238 000 auf 709 000 nahezu verdreifacht, die Zahl der Gymnasiasten hat sich von 666 000 auf 1,2 Mill. etwa verdoppelt, ohne daß allerdings die Zahlen der Abiturienten und der Abgänger mit Realschulabschluß oder Obersekundareife ähnlich stark angewachsen sind²⁾. Verdoppelt hat sich jedoch wiederum die Zahl der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen von 140 000 im Jahre 1952 auf 300 000 im Jahre 1969. Ebenfalls verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auch die Zahl der Studenten an höheren Fachschulen von 40 000 auf 90 000.

In diesen Daten der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik drückt sich die wachsende

Kenntnis über den Wert einer qualifizierten Ausbildung und der Wille breiter Schichten zum Aufstieg durch Bildung aus. Untersuchungen der Kultusministerkonferenz und des Wissenschaftsrates haben ergeben, daß ein Sättigungsgrad der Bildungsexpansion noch nicht abzusehen ist. Die Zahlen der Abiturienten und Studenten dürfte sich bis 1980 noch einmal verdoppeln. Die Bildungsexpansion ist jedoch nicht auf die Bundesrepublik beschränkt, sie charakterisiert vielmehr alle hochentwickelten Industriestaaten. Auch in der DDR nimmt die Zahlen der Studenten zu. Sie wuchs in der Zeit von 1955 bis 1967 von 75 000 auf 107 000 an. Die Zahl der Studierenden im Fernstudium verdoppelte sich, die der Erwerbstätigen, die ein Abendstudium absolvieren, verdreifachte sich³⁾.

Während in der DDR die *berufliche* Bildung ebenso wie das allgemeinbildende Schulwesen und das Hochschulwesen von Anfang an zentraler Gegenstand der Reform- und Ausbaumühnungen war, fand die Debatte über die berufliche Bildung in der Bundesrepublik weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dies dürfte teilweise daran gelegen haben, daß die berufliche Bildung in der Bundesrepublik nur begrenzt staatlichen Zuständigkeiten unterliegt, teilweise aber auch daran, daß die Bedeutsamkeit dieses Bildungsbereiches bis vor einiger Zeit unterschätzt wurde.

Berufsbildung im Schnittpunkt von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik

Dies änderte sich erst, als die Bundesrepublik 1965/66 in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise zu geraten drohte. In der Rezession intensivierte sich die Diskussion über die berufliche Bildung, an der sich nun auch die Öffentlichkeit beteiligte. Berufliche Bildung wird seitdem immer stärker als eine vorrangige gesellschaftspolitische Aufgabe begriffen, die eines der Fundamente der sozialen Sicherheit, des wirtschaftlichen Wachstums und des Lebensstandards ist. Denn die jüngste Rezession hat deutlich gemacht, daß eine wirtschaftliche Krise nicht alle Arbeitsplätze in gleicher

Weise gefährdet. Bedroht sind in erster Linie ungelernete und nur schlecht ausgebildete Fachkräfte.

¹⁾ Vgl. hierzu: Wolfgang Bergsdorf, Hochschul- und Wissenschaftspolitik im geteilten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 1/69 vom 4. Jan. 1969; Schulpolitik in beiden Teilen Deutschlands, a. a. O., B 13/69 vom 29. März 1969.

²⁾ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.), Kulturpolitik der Länder 1967—1968, Bonn 1969, S. 372 ff.

³⁾ Deutscher Bundestag, Vergleichende Darstellung des Bildungswesens im geteilten Deutschland, 4. Aug. 1969, Drucksache V/4609, S. 35.

Die Arbeits- und Berufswelt hat in den letzten Jahrhunderten und Jahrzehnten einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Nachdem etwa bis zum 18. Jahrhundert Bauern und Handwerker unter der erwerbstätigen Bevölkerung dominierten, begann mit der allmählichen Entwicklung der Technik im 19. Jahrhundert das Industriezeitalter, das den Typus des Industriearbeiters prägte. Im 20. Jahrhundert beschleunigte sich das Tempo des technischen Fortschrittes und brachte insbesondere in den letzten Jahrzehnten einschneidende Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und damit auch der Arbeits- und Berufswelt mit sich. Berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten, die in einer langen und bewährten beruflichen Ausbildung erworben wurden, werden heute wesentlich schneller überholt als noch vor 20 Jahren. Auf die Arbeitnehmer kommen immer neue berufliche Anforderungen und Aufgaben zu. Die Chancen einzelner Berufe auf dem Arbeitsmarkt werden immer unterschiedlicher. Neue Berufe entstehen rascher und traditionelle Berufe sterben aus oder werden unbedeutend⁴⁾.

Die Umschichtung der Berufe durch Rationalisierung von Produktionsmethoden hat schon um die Jahrhundertwende begonnen. Seit dem Beginn der fünfziger Jahre beschleunigt sich das Tempo immer stärker. Um 1900 beispielsweise arbeiteten 36 % aller deutschen Beschäftigten in der Landwirtschaft und der damals sehr großen Forstwirtschaft. 1950 waren es nur noch ungefähr 25 %. Mittlerweile ist dieser Anteil unter 10 % gesunken, obwohl die Produktion der Landwirtschaft dank verbesserter Anbaumethoden und moderner Maschinen um mehr als 60 % angewachsen ist. Nach den Perspektiven des Bundeswirtschaftsministeriums wird der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft in der Bundesrepublik Beschäftigten bis zum Jahre 1980 nur noch etwa 6 % betragen.

Jährlich werden durch verbesserte und automatisierte Produktionsmethoden in Industrie und Wirtschaft 1,5 Mill. Arbeitskräfte von ihren Aufgaben freigestellt. Allein in der Metallindustrie mußten 1967 fast 300 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz räumen. Während noch vor wenigen Jahren ein Facharbeiter beispielsweise in der Textilindustrie nur drei Webstühle führen konnte, bedient heute ein Mann 80 und mehr Maschinen. Aber nicht nur durch Rationalisierung und Automatisierung, sondern auch durch strukturelle Veränderungen in einzelnen Bereichen der Wirtschaft werden Arbeitnehmer freigestellt. Im Bergbau beispielsweise waren 1958 noch ca. 640 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Bis zum Frühjahr 1969 sank ihre Zahl auf 263 000 ab. Das bedeutet

einen Rückgang um mehr als 50 %. Die Technisierung und die erkennbaren strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft erlauben relativ sichere Prognosen. So hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften errechnet, daß beispielsweise in der Textilindustrie sich die Arbeitsplätze um 200 000 bis 400 000 verringern werden. Eine diesem Ausmaß vergleichbare Reduzierung der Arbeitsplätze müsse erwartet werden in der Lederindustrie, in der Fabrikation von Metallwaren und in der Blei- und Zinkerzeugung. Die Europäische Kommission schließt daraus, daß die Anpassung der Arbeitskräfte an die tiefgreifenden strukturellen Änderungen eines der Schlüsselprobleme für die Europäischen Gemeinschaften sein wird. In den nächsten zehn Jahren müsse mindestens jeder Zehnte seinen Beruf wechseln. Dabei stellt sich als eines der Hauptprobleme die Anpassung und Qualifizierung der Arbeitskräfte⁵⁾.

Zu den sozialen Aspekten, unter denen eine qualifizierte Berufsausbildung notwendig ist, kommen wirtschaftliche hinzu. Nach in den Vereinigten Staaten durchgeführten Berechnungen entstammten im Jahre 1965 etwa 40 % des gesamten Produktionserlöses aus Produkten, die zehn Jahre zuvor noch unbekannt waren. Im Jahre 1980 werden 60 % des gesamten Produktionserlöses aus Erzeugnissen gewonnen, die heute noch unbekannt sind. Nach diesen Berechnungen wird zudem die Hälfte der investierten Arbeitskraft auf Arbeitsvorgänge entfallen, die noch nicht erfunden sind⁶⁾.

Das bedeutet für die berufliche Bildung die Notwendigkeit einer völligen Neuorientierung. Die Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt erfordern zunehmend ein neues Berufsdenken und Berufsverhalten. Einen Beruf für das ganze Leben im Sinne von Fertigkeiten, die einmal erlernt, immer benutzt werden können, gibt es heute, wenn überhaupt, nur noch in sehr wenigen Ausnahmefällen; in der Zukunft wird ein solcher Beruf ganz wegfallen. Das Berufsleben wird so immer stärker als ein lebenslanger Lernprozeß charakterisiert werden müssen. Die berufliche Bildung, die dafür die Grundlage zu schaffen hat, gewinnt im Schnittpunkt von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik immer größere Bedeutung.

⁴⁾ Vgl. hierzu: Josef Stingl, Bildungspolitik — Fundament der sozialen Sicherung, in: Manfred Abelein (Hrsg.), Berufsbildung — Fortbildung — Erwachsenenbildung, Kulturpolitische Schriftenreihe, Heft 3, Bonn 1969, S. 4 ff.

⁵⁾ A. a. O.

⁶⁾ A. a. O.

Wissenschaftlicher Fortschritt und berufliche Mobilität als Orientierungsprinzipien

Wichtigste Konsequenz aus den Einsichten über die strukturellen Wandlungen in der Wirtschaft ist das Postulat, daß sich das Bildungswesen diesen Wandlungen anpaßt. Denn in hochentwickelten Gesellschaften, wie es die Bundesrepublik und die DDR sind, erhält das Bildungswesen immer stärker eine Schlüssel-funktion. Seine Leistungsfähigkeit, die eng mit dem Grad der Anpassung an die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Wandlungen zusammenhängt, entscheidet über die Qualifikationsstruktur der zukünftigen Arbeitskräfte ebenso wie über das Reservoir qualifizierter Wissenschaftler, von denen wiederum das Tempo des technischen und wissenschaftlichen Fortschrittes abhängt. Bildungspolitische Entscheidungen werden so unmittelbar relevant für die Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft.

Diagnostische und prognostische Einschätzungen der Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR stimmen weitgehend überein. Westdeutsche und mitteldeutsche Autoren nennen im wesentlichen vier Charakteristika:

1. Stürmisches Wachstum der wissenschaftlichen Kenntnisse und die daraus resultierende Notwendigkeit, das Wissen aufzubereiten, zu speichern und für jeden Interessenten verfügbar zu machen.
2. Zunehmende Differenzierung der Wissensgebiete in neue Disziplinen und Teildisziplinen sowie gleichzeitig eine Integration von Spezialdisziplinen zu neuen Gebieten und Kombinationswissenschaften. Während beispielsweise im Bereich der Naturwissenschaften eine immer stärkere Spezialisierung notwendig ist, werden auf der anderen Seite eine Reihe von Einzeldisziplinen zu neu kombinierten Wissensgebieten (wie Ozeanographie oder Raumplanung) zusammengefaßt.
3. Zunehmende Verkürzung zwischen der wissenschaftlichen Entdeckung oder Erfindung und ihrer Nutzbarmachung für Produktion und Verwaltung.
4. Verwissenschaftlichung der Produktion und zunehmende funktionale Verflechtung des wissenschaftlichen Fortschritts mit der Umsetzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Produktion⁷⁾.

Während diese Prozesse in der DDR mit den Formeln „Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft“ und „wissenschaftlich-technische

Revolution“ gekennzeichnet werden, bezeichnet der in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland übliche Begriff „technischer Fortschritt“ die gleichen Sachverhalte.

Der technische Fortschritt führt in der Produktion zu einem immer höheren Grad der Mechanisierung, zur Automation und zum breiten Einsatz von Datenverarbeitungs-maschinen. Dadurch werden tiefgreifende Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt eingeleitet. Der wichtigste Umschichtungsprozeß betrifft das quantitative Verhältnis von ungelernten Arbeitskräften und qualifizierten Fachkräften. Die Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften wird immer geringer und der Bedarf an qualifizierten Kräften steigt ständig. Jedoch wird dieser Umschichtungsprozeß nicht gleichmäßig und nicht gleichzeitig in allen Wirtschaftszweigen verlaufen. „Die Unterschiede zwischen hochmodernen und traditionellen Produktionsformen werden zeitweilig noch verschärft. Eng spezialisierte Berufe werden zurückgedrängt zugunsten breit profilierter Berufe mit erhöhter Einsatzmöglichkeit, gleichzeitig entstehen neue hochqualifizierte Spezialberufe. Immer mehr Berufe verlangen geistige Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit sowie dauernde Lernbereitschaft.“⁸⁾

Dieser sich schon abzeichnende Strukturwandel in der Arbeits- und Berufswelt verlangt in beiden Teilen Deutschlands bildungspolitische Entscheidungen, die nicht nur die berufliche Bildung, sondern das gesamte Bildungswesen betreffen. In der DDR wird die Notwendigkeit der Anpassung des Bildungswesens an den Strukturwandel in der Arbeits- und Berufswelt mit dem Stichwort von der „Einheit von Ökonomie und Bildung“ bezeichnet. Damit soll umschrieben werden, daß das Bildungswesen in die staatliche Gesamtwirtschaftsplanung eingeordnet werden muß. Gleichzeitig soll deutlich gemacht werden, daß das Bildungsniveau des einzelnen wie das der Gesellschaft die entscheidende Bedingung für den technischen Fortschritt und damit auch für die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft ist¹⁰⁾.

Da das ökonomische System der Bundesrepublik durch die Marktwirtschaft gekennzeichnet

⁷⁾ Vgl. hierzu: Hartmut Vogt, *Bildung für die Zukunft*, Göttingen 1967, S. 13 ff., sowie vergleichende Darstellung . . ., a. a. O., S. 6.

⁸⁾ Vergleichende Darstellung . . ., a. a. O.

⁹⁾ A. a. O.

¹⁰⁾ A. a. O.

ist, hat die auch hier erkannte Notwendigkeit einer Einordnung des Bildungswesens in das Wirtschaftssystem eine anders akzentuierte Bedeutung. Auch hier will die Bildungspolitik Voraussetzungen für den technischen Fortschritt und für eine optimale ökonomische Entwicklung schaffen. Die ökonomische Zielprojektion soll jedoch nicht über die bildungspolitischen Entscheidungen dominieren, denn man vertraut im ökonomischen Bereich auf das Prinzip des Ausgleichs von Nachfrage und Angebot. Die Bildungspolitik will das Angebot an qualifizierten Arbeitskräften so breit gestalten, daß jede zukünftige Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt annäherungsweise gedeckt werden kann. Mit dem Instrumentarium der Bildungsforschung und der Bildungsplanung, deren Bedeutung zuletzt von der Kultusministerkonferenz auf ihrer 132. Plenartagung am 9. und 10. Oktober in Bremen¹¹⁾, soll das Bildungssystem der Bundesrepublik so gestaltet werden, daß einerseits schichtenspezifische Ungleichheiten im Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen abgebaut und der Anteil qualifizierter Absolventen allgemeinbildender Schulen wesentlich vergrößert wird. Andererseits soll im tertiären

Bereich der Berufsausbildung das Prinzip der beruflichen Mobilität, also der Grundsatz der vielfachen Verwendungsmöglichkeit, stärker als bisher zur Geltung kommen. Anders als in der DDR spielen ökonomische Gesichtspunkte bei der Formulierung bildungspolitischer Entscheidungen im Bereich des primären und sekundären Schulwesens keine Rolle. Dies verhindert zwar, daß die Bildungspolitik zur vorweggenommenen Wirtschaftspolitik wird, hat auf der anderen Seite jedoch auch eine Reihe von Nachteilen. So verzichteten die allgemeinbildenden Schulen der Bundesrepublik bisher weitgehend darauf, ihre Schüler systematisch auf die Berufswelt vorzubereiten. Auch Hilfestellung bei der Berufswahl wurde mehr als marginale Aufgabe verstanden, nicht aber als integraler Bestandteil des Aufgabenkatalogs der Schule.

Dennoch kann für beide Teile Deutschlands festgestellt werden, daß den Bildungssystemen zunehmend Schrittmacherfunktion für den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt beigemessen wird und die berufliche Mobilität als Orientierungsprinzip eine wachsende Bedeutung erlangt.

Gesellschaftspolitische Zielprojektionen

Während es sich bei den Strukturveränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt um Prozesse handelt, die sich relativ unabhängig von dem jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem entwickeln, treten bei den gesellschaftspolitischen Zielprojektionen, auf die die Bildungspolitik in beiden Teilen Deutschlands ausgerichtet ist, Unterschiede auf. Während die Bildungspolitik in der Bundesrepublik durch die Konkurrenz einer Vielzahl politischer, ideologischer und gesellschaftlicher Interessen und damit durch Kompromisse charakterisiert ist, gilt für die DDR das Prinzip der Einheit von Bildung und Erziehung. „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschwürdiges Leben führen. Das sozialistische Bildungssystem trägt wesentlich dazu bei, die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken. Es vermittelt den Menschen eine moderne Allgemeinbildung

und eine hohe Spezialbildung und bildet in ihnen zugleich Charakterzüge im Sinne der Grundsätze der sozialistischen Moral heraus.“¹²⁾

Damit wird deutlich, daß Bildung, also die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, immer auch Erziehung zum sozialistischen Menschen sein muß. Schüler, Lehrlinge und Studenten werden so konsequent zur „Liebe zur DDR“ und zum „Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus“ erzogen. Sie sollen bereit gemacht werden, alle Kräfte der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, den sozialistischen Staat zu stärken und zu verteidigen.

Eine Komplementärfunktion des Bildungswesens in dieser eindimensionalen ideologischen Zielrichtung gibt es in der Bundesrepublik nicht. In der Bundesrepublik bemüht sich das Bildungswesen um die Erziehung auf die Heranbildung eines demokratischen Bewußtseins

¹¹⁾ „Die Welt“ vom 11. Okt. 1969.

¹²⁾ § 1 des Gesetzes über das „Einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. Februar 1965, zitiert nach: Dokumente zur Bildungspolitik in der Sowjetisch Besetzten Zone, ausgewählt und kommentiert von Siegfried Baske und Martha Engelbert, Bonn und Berlin 1966, S. 390 f.

und um das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Idealtypisches Erziehungsziel ist die Internalisierung des Prinzips „Integration durch Konflikt“, also die Anerkennung von Interessengegensätzen und ihrer Konkurrenz als Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft ^{12a)}.

In der DDR wie in der Bundesrepublik gibt es jedoch auch einige gemeinsame gesellschaftspolitische Zielsetzungen, die durch die Bildungspolitik realisiert werden sollen. An erster Stelle steht dabei das Postulat der Chancengleichheit. Sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik ist dieser Grundsatz theoretisch in Verfassungen und Gesetzen verankert. Während jedoch in der Bundesrepublik die materielle Garantie dieses Grundsatzes durch sozio-kulturelle Faktoren unterminiert wird und der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen schichtenspezifische Unterschiede aufweist, ist die Bildungspolitik der DDR den umgekehrten Weg gegangen. Sie bevorzugte vor allem in den ersten Phasen eindeutig die Angehörigen der unteren Sozial-schichten und praktizierte eine systematische Behinderung der „klassenfremden Elemente“. Die Forderung nach gleichen Bildungschancen

wurde so zum Instrument einer geplanten sozialen Umschichtung. Erst in den letzten Jahren wurde die planmäßige Diskriminierung von Angehörigen mittlerer und höherer Sozialschichten beim Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen in dem Maße eingeschränkt, wie das Leistungsprinzip an Geltung gewann.

Eine weitere gesellschaftspolitische Zielsetzung, die der Bildungspolitik beider Teile Deutschlands gemeinsam ist, ist das Postulat der Förderung jeder Begabung bis zur größtmöglichen Entfaltung. Während man in der Bundesrepublik diesen Grundsatz durch eine schulorganisatorische Dreigliederung, die auf einer vorgeschalteten gemeinsamen vier- bzw. sechsjährigen Grundschule aufbaut, zu verwirklichen sucht, soll diese Forderung in der DDR dadurch realisiert werden, daß alle Schulpflichtigen die zehnjährige Polytechnische Oberschule besuchen.

Seit Anfang der sechziger Jahre wird das Egalitätsprinzip durch den Gedanken der Leistungsauslese modifiziert. Man beginnt in verstärktem Ausmaß Spezialklassen und Spezial-schulen für Hochbegabte in den einzelnen Fachrichtungen einzurichten ¹³⁾.

Berufsorientierende Elemente im allgemeinen Schulwesen

Zu dem umfangreichen Aufgabenkatalog des allgemeinbildenden Schulwesens sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR gehört die Berufsorientierung. Darunter soll eine Orientierung über allgemeine Arbeitsbedingungen, über ausgewählte Berufe und über die Ausbildung für Grundberufe verstanden werden. Die zunehmende Bedeutung der beruflichen Mobilität in der modernen Industriegesellschaft hat die terminologische Unterscheidung zwischen allgemeiner Bildung und spezieller Bildung weitgehend aufgehoben. Wenn der Begriff Allgemeinbildung überhaupt noch einen Sinn haben soll, so können darunter nicht nur Sprachen, Realien und Mathematik verstanden werden, dann gehört auch die Hinführung zur Berufs- und Arbeitswelt dazu. Im westdeutschen Schulwesen soll die Berufsorientierung als Schwerpunkt in den Abschlußklassen der allgemeinbildenden Schulen geleistet werden. So enthalten beispielsweise die Pläne aller Bundesländer für das 9. Schuljahr vor allem drei Aufgaben: Neben der Festigung des Leistungswissens und der Vorbereitung auf das politische, soziale wie kulturelle Leben soll im 9. Schuljahr eine Einführung in die Arbeitswelt angeboten werden ¹⁴⁾.

Obwohl sich die Kultusministerkonferenz seit geraumer Zeit um eine Vereinheitlichung der Richtlinien für die Gestaltung des berufsorientierenden Unterrichts in den Abschlußklassen der Hauptschule bemüht, wird diese Aufgabe in den einzelnen Bundesländern vorläufig noch unterschiedlich gelöst. Als Unterrichtsprinzip wird die Hinführung zur Arbeitswelt lediglich in Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz charakterisiert. Die Mehrzahl der Bundesländer betrachtet diese Aufgabe als einen Themenkreis, der anderen Themenkreisen neben bzw. nachgeordnet ist. Überall wird jedoch als Ziel die „Hilfe der Berufsfindung“ oder das Führen zur „Berufswahlreife“ ver-

^{12a)} Vgl. Hansjürgen Daheim, Integration durch Konflikt, in: Regensburger Universitätszeitung 2/1969.

¹³⁾ Vgl. Wolfgang Bergsdorf, Schulpolitik, a. a. O., S. 30.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu: H. Backhaus, Das 9. Schuljahr, Heidelberg 1963; sowie Rosemarie Nave-Herz, Vorberuflicher Unterricht in Europa und Nordamerika, Berlin 1966. Das 9. Schuljahr wurde in der Mehrzahl der Bundesländer Anfang der sechziger Jahre eingeführt (Hamburger Abkommen vom 28. Okt. 1964). Als letztes Land führte Bayern das 9. Schuljahr mit Beginn des Schuljahres 1969/70 ein.

standen. Dabei sollen die individuellen Interessen, Neigungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten bewußt gemacht werden, grundlegende Kenntnisse von Rechten und Pflichten des berufstätigen Menschen sollen vermittelt, allgemeine Einsichten in Wirtschaftszweige und Betriebe sowie deren Stellung im Gesamt des Wirtschaftsgefüges sollen gewonnen werden¹⁵⁾.

Starke Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Bundesländern bei den Formen des berufsorientierenden Unterrichtes. In einer Reihe von Bundesländern machen die Abschlußklassen der Volksschulen Betriebserkundungen und Besichtigungen, um den Schülern Gelegenheit zu geben, sich einen persönlichen Eindruck von der Arbeitswelt zu verschaffen. In jüngster Zeit wird in Großstädten wie Berlin und Bochum mit Schülerpraktika experimentiert, die etwa drei Wochen dauern und eine intensivere Auseinandersetzung mit der Berufswelt erlauben. Diese Schülerpraktika werden in der Industrie, in Lehrwerkstätten, aber auch im Groß- und Einzelhandel sowie in sozialen Einrichtungen abgeleistet. Als eine der wichtigsten Aufgaben der neu strukturierten Hauptschule wird die Hinführung zur Arbeits- und Berufswelt bezeichnet. Dazu soll das Unterrichtsfach Arbeitslehre eingerichtet werden, das auf praktischer Grundlage aufbaut und den Schüler zur selbständigen Berufswahl fä-

hig macht. Die bisherigen Versuche haben gezeigt, daß die Unterrichtsmittel in dem Fach Arbeitslehre noch unzureichend sind und zu meist auch die Lehrer auf diese neue Aufgabe pädagogisch und didaktisch unvorbereitet sind.

Berufsorientierende Elemente im westdeutschen Schulwesen sind vorläufig nur spurenhaf anzutreffen. In letzter Zeit wird jedoch die Forderung nach einem sinnvollen Übergang von der Schule zur Arbeitswelt und damit nach einer wesentlichen Intensivierung der Berufsvorbereitung immer lauter. Um dies zu erreichen, wird von den Kulturpolitikern aller Parteien eine Verlängerung der Vollzeitschulpflicht auf zehn Jahre vorgeschlagen. Das 10. Pflichtschuljahr soll dann dazu benutzt werden, die Schüler mit der Arbeitswelt vertraut zu machen und ihnen die Berufswahl zu erleichtern. Bei der Diskussion über das 10. Schuljahr zeichnet sich als Ergebnis ab, das zusätzliche Jahr vor allem als Berufsgrundschuljahr zu charakterisieren. Wo das Berufsgrundschuljahr angesiedelt werden soll, ob im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens oder in dem berufsbildenden Schulwesen, ist noch ungeklärt. Mit Sicherheit kann jedoch angenommen werden, daß das Berufsgrundschuljahr zunächst nicht als 10. Pflichtschuljahr, sondern übergangsweise als Angebot eingerichtet wird.

Der polytechnische Unterricht im Umbruch

Im Unterschied zur Bundesrepublik werden die Schüler allgemeinbildender Schulen in der DDR schon sehr früh und sehr intensiv auf die Berufswelt vorbereitet. Wesentlicher Bestandteil des Unterrichts in allen Schuljahren ist seit 1958 die polytechnische Bildung. Mit dem Prinzip ‚polytechnische Bildung und Erziehung‘ wird versucht, eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Erziehung und gesellschaftlicher Entwicklung, von Schule und Leben zu geben. Die polytechnische Bildung und Erziehung soll die heranwachsenden Menschen mit den Bedürfnissen des Lebens als künftige Erwachsene in der Gesellschaft vertraut machen. Unterricht und Arbeit sollen hier in eine enge Verbindung miteinander gebracht werden, um eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit zu fördern.

Anders als beispielsweise die politischen ‚Klassiker‘ Thomas Morus und Tomaso Campanella, die ebenfalls eine enge Verbindung zwischen Unterricht und Arbeit verlangten, gaben Marx und Engels diesem Postulat einen

neuen Inhalt. Während die Utopisten zumeist den Unterricht mit landwirtschaftlicher oder handwerklicher Arbeit verbanden, gingen Marx und Engels von der großen Industrie aus. Nur wenn die Heranwachsenden schon sehr früh mit den Arbeitsbedingungen und Arbeitsvorgängen in Technik und Industrie vertraut gemacht würden, bestünde eine realistische Chance, daß der Mensch zum Herrn der Technik und der Produktion wird¹⁶⁾.

Unter polytechnischer Ausbildung verstand Karl Marx in seiner „Instruktion an die Delegierten des provisorischen Zentralrates über einzelne Fragen“ von 1866 „eine Bildung, die mit Grundprinzipien aller Produktionsvorgänge bekanntmacht und gleichzeitig dem Kinde oder Halbwüchsigen die Fertigkeit gibt, die

¹⁵⁾ W. Voelmy, Die Hinführung der Schüler zur Berufs- und Arbeitswelt in der Volksschuloberstufe, Frankfurt a. M. 1965, S. 23.

¹⁶⁾ Helmut Klein, Polytechnische Bildung und Erziehung in der DDR, Hamburg 1962.

einfachsten Werkzeuge aller Produktionszweige zu handhaben" ¹⁷⁾.

Schon die sechs- bis achtjährigen Kinder werden in der Unterstufe der polytechnischen Oberschule der DDR unmittelbar produktionsbezogen und berufsvorbereitend angeleitet. Im Bildungsgesetz von 1965 werden dafür als inhaltliche Schwerpunkte festgelegt: „Im Werk- und Schulgartenunterricht der Unterstufe sind elementare technische, technologische und ökonomische Kenntnisse zu vermitteln sowie einfache technisch-konstruktive Fähigkeiten und Arbeitsfertigkeiten zu entwickeln. Die Schüler erhalten einen ersten Überblick über die Wirtschaft des Heimatkreises.“ ¹⁸⁾ Schon hier wird deutlich, daß anders als in der Bundesrepublik schon von vornherein die allgemeine, die polytechnische und die berufsvorbereitende Erziehung und Bildung miteinander verknüpft wird.

Mit zunehmendem Alter wird das Prinzip des polytechnischen Unterrichtes stärker zur Geltung gebracht. Für die Klassen 4 bis 6 der 10klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, der Regelschule in der DDR, legt das Bildungsgesetz fest: „In der Mittelstufe beginnt der naturwissenschaftliche, gesellschaftswissenschaftliche und fremdsprachliche Unterricht. ... Entsprechend dem höheren körperlichen und geistigen Reifegrad sind die Schüler eingehender mit dem gesellschaftlichen Leben, der Arbeit, der Wissenschaft, Technik und Kultur vertraut zu machen. Der wissenschaftliche Unterricht, die größere gesellschaftliche Aktivität der Schüler, ihre Einbeziehung in die produktive Arbeit ... müssen für die staatsbürgerliche Erziehung und für die Entwicklung einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit genutzt werden ... Im Werk- und Schulgartenunterricht sind einfache technische, agrobiologische und ökonomische Kenntnisse zu vermitteln und Fähigkeiten des ökonomischen Denkens auszubilden. Das technische Denken ist zu fördern, technische und technologische Sachverhalte sind zunehmend mathematisch-naturwissenschaftlich zu durchdringen. Grundlegende Arbeitsfertigkeiten sind weiter auszubilden.“ ¹⁹⁾ In der Mittelstufe beginnt eine systematische Berufsaufklärung. Entsprechend den Forderungen des Bildungsgesetzes lernen die Schüler die wichtigsten Berufe ihrer Wirtschaftsregion und der gesamten Volkswirtschaft kennen und werden so auf die spätere Berufswahl vorbereitet. Von besonderer Bedeutung, so bestimmt das Bildungsgesetz, ist „die Orientierung der Mädchen auf technische und landwirtschaftliche Berufe“.

In der Oberstufe der polytechnischen Oberschule, also den Klassen 7 bis 10, sollen Grundlagen für die praktische Tätigkeit, eine verantwortungsbewußte Berufentscheidung und die weiterführende berufliche und wissenschaftliche Ausbildung gelegt werden. Im Bildungsgesetz werden als inhaltliche Schwerpunkte des Unterrichts in der Oberstufe festgelegt: „Im polytechnischen Unterricht sind die Schüler systematisch mit den wissenschaftlich-technischen, technologischen und politisch-ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Produktion vertraut zu machen. Die praktische Tätigkeit wird stärker auf die Bedienung moderner Maschinenanlagen und Geräte orientiert. Die polytechnische Ausbildung erfolgt in sozialistischen Betrieben. In den Klassen 9 und 10 erhalten die Schüler einen berufsvorbereitenden polytechnischen Unterricht oder eine berufliche Grundausbildung. Durch den engen Kontakt zwischen den Schülern und den Kollektiven der Werktätigen und durch die selbständige, verantwortliche Ausführung von Produktionsaufgaben ist die sozialistische Einstellung zur Arbeit in besonderem Maße zu entwickeln.“ ²⁰⁾

Damit wird deutlich, daß der Produktionsunterricht innerhalb der polytechnischen Erziehung und Bildung eine zentrale Stellung einnimmt. In der DDR absolvieren die Schüler von der 7. Klasse an pro Woche einen Unterrichtstag in der Produktion (UTP). Er soll allen Schülern ein einheitliches System von Grundkenntnissen und Grundfertigkeiten vermitteln. Hauptform der Vermittlung von Grundkenntnissen und Fertigkeiten in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sind die Grundlehrgänge, die in den einzelnen Klassen absolviert werden. Sie werden ergänzt durch das Fach „Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft“, das von Betriebsangehörigen und Lehrern gemeinsam im Betrieb erteilt wird. In polytechnischen Kabinetten werden den Schülern Anschauungsmaterial, Produktionspläne, technische Zeichnungen, Produktionsmodelle, Experimentiergeräte und Fachbücher usw. zur Verfügung gestellt.

Durch die Verbindung von Allgemeinbildung, polytechnischer Bildung und Erziehung in den polytechnischen Oberschulen der DDR unterscheidet sich diese Schule grundsätzlich von den allgemeinbildenden Schulen in der Bun-

¹⁷⁾ Zitiert nach Siegfried Baske, Polytechnische Bildung und Erziehung, in: Peter Christian Ludz (Hrsg.), Studien und Materialien zur Soziologie der DDR, Köln und Opladen 1964, S. 187 f.

¹⁸⁾ Bildungsgesetz, a. a. O., § 14, 2.

¹⁹⁾ A. a. O., § 15, 1 und 2.

²⁰⁾ A. a. O., § 16.

desrepublik. Die polytechnische Oberschule kann nicht mehr als allgemeinbildende Schule im Sinne vergleichbarer Schultypen in der Bundesrepublik bezeichnet werden.

In den letzten Jahren wurde die polytechnische Bildung in der DDR wie auch in anderen osteuropäischen Ländern stark kritisiert. Es wurde von Lehrern und Politikern eingewandt, daß sie die Leistungen in den übrigen Fächern beeinträchtigt und nicht die beabsichtigten Erfolge zeige. Im Mittelpunkt der Kritik standen Umfang und Form des Produktionsunterrichtes. Auch wenn man bei der Revision der polytechnischen Bildung in der DDR am Produktionsunterricht grundsätzlich weiterhin festhielt, wurde er in den letzten Lehrplänen dennoch stärker systematisiert und auf berufliche Grundausbildung ausgerichtet. Angestrebt wird eine Zusammenfassung auf zwei Grundlehrgänge, und zwar auf den Lehrgang Industrie für die Vorbereitung auf Berufe der Industrie und auf den Grundlehrgang Landwirtschaft²¹⁾.

Im Rahmen dieser Revision wurde auch das Konzept für die Oberstufe der Oberschule modifiziert. Während das Bildungsgesetz für die Oberstufe der Oberschulen das Zusammenwirken von allgemeiner und beruflicher Bildung vorsah und in der 9. und 10. Klasse die Schüler einen berufsvorbereitenden polytechnischen Unterricht oder eine berufliche Grundausbildung erhalten sollten, wurde Anfang 1966 die Aufgabe der Oberschule neu umrissen. Sie soll ihren Schülern nun eine „umfassende allseitige Grundlagenbildung“ vermitteln, die „ein sicheres Fundament für eine Form der Spezialbildung bietet, wie sie sich in der Regel erst der allgemeinen Schule anschließt“²²⁾.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in den allgemeinbildenden Schulen der

Bundesrepublik die Schüler nur unzureichend auf die Beruf- und Arbeitswelt vorbereitet werden. Berufsorientierende Elemente sind zwar vorhanden, wirken aber aufgestülpt. Von einer Integration der Berufsorientierung in den Aufgabenkatalog der allgemeinbildenden Schulen kann faktisch nicht die Rede sein. Die bildungspolitische Entwicklung verläuft in Richtung einer wesentlichen Intensivierung der berufsorientierenden Elemente. Insbesondere der Plan eines 10. Vollzeitschuljahres in Form eines Berufsgrundschuljahres und die verstärkten Bemühungen um eine Präzisierung der Inhalte und eine Didaktik der Arbeitslehre sind vielversprechende Ansätze, die erwarten lassen, daß diese Situation überwunden wird. Auf der anderen Seite bereitet die polytechnische Oberschule in der DDR ihre Schüler sehr intensiv auf die zukünftige Berufs- und Arbeitswelt vor. Das fächerübergreifende Prinzip der polytechnischen Erziehung und Bildung und starke berufsvorbereitende, gleichzeitig aber auch berufslenkende Elemente machen den Schüler schon sehr früh mit den Bedingungen der Arbeitswelt vertraut. Umfang und Methoden der berufsvorbereitenden Erziehung in der Oberschule der DDR, insbesondere der umfangreiche Produktionsunterricht, wurden seit 1966 modifiziert, weil darunter die Allgemeinbildung gelitten hatte. Die allgemeinbildende Funktion der Oberschule wird seitdem als Voraussetzung und Fundament für die berufliche Bildung stärker betont.

Während also in der Bundesrepublik die Entwicklung auf eine Verstärkung der Berufsorientierung in der Schule hinzielt, können in der DDR umgekehrte Tendenzen festgestellt werden. Die bisher sehr umfangreiche und intensiv betriebene Berufsorientierung wird eingeschränkt, um der allgemeinbildenden Funktion einen größeren Spielraum zu verschaffen.

Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland

Gemeinsames Kennzeichen des beruflichen Ausbildungswesens in beiden Teilen Deutschlands ist das sogenannte duale System. Die berufliche Ausbildung findet sowohl im Betrieb wie in der Schule statt. Anders als in den meisten Ausbildungssystemen des Auslandes wird der berufstheoretische Unterricht von einer Pflichtberufsschule geleistet, während die praktische Ausbildung im Betrieb stattfindet. Auf der Grundlage staatlich anerkannter „Ordnungsmittel“ für Lehrberufe wirken Ausbildungsbetrieb und Berufsschulen bei der Berufsbildung zusammen.

Dennoch gibt es Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands im quantitativen Verhältnis zwischen diesen beiden institutionellen Formen der beruflichen Ausbildung. Während in der Bundesrepublik 88 % aller berufsschulpflichtigen Jugendlichen ihre Ausbildung im Rahmen des dualen Systems absolvieren, erhält rund die Hälfte aller aus der allgemeinen Schulpflicht entlassenen Schüler in der DDR berufstheoretische Kenntnisse in der all-

²¹⁾ Rosemarie Nave-Herz, a. a. O., S. 105.

²²⁾ Margot Honnecker, in: Deutsche Lehrerzeitung, Sonderausgabe vom 11. Juni 1968.

gemeinen Berufsschule. Die andere Hälfte besucht eine Betriebsberufsschule und genügt damit der Berufsschulpflicht. Die seit 1948 arbeitenden Betriebsberufsschulen sind staatliche Bildungsstätten, die in sozialistische Betriebe eingegliedert sind. Sie unterstehen dem für die Leitung des Betriebes verantwortlichen Organ. Berufstheoretische und berufspraktische Ausbildung liegen hier also in einer Hand. Die Betriebsberufsschulen können deshalb nicht mehr zu den Institutionen des dualen Systems gerechnet werden.

Die Probleme der Berufsausbildung werden in der DDR durch das „Gesetzbuch der Arbeit“ (1963), das „Jugendgesetz“ (1964) und durch das „Bildungsgesetz“ (1965) geregelt. Danach hat jeder junge Mensch das Recht auf Berufsausbildung, die nach einheitlichen staatlichen Grundsätzen durchgeführt wird und die für alle in der Systematik der Ausbildungsberufe festgelegten Berufe erfolgt²³⁾. Das System der Berufsausbildung in der DDR soll für die Volkswirtschaft, vor allem für ihre führenden Zweige, einen qualifizierten sozialistischen Facharbeiternachwuchs heranbilden, der in der Lage ist, „im Berufe hochwertige Qualitätsarbeit zu leisten und aktiv an der Durchsetzung der technischen Revolution mitzuwirken“²⁴⁾. Die Berufsausbildung erfolgt in zwei Phasen. In der ersten Phase wird dem Jugendlichen eine berufliche Grundausbildung gegeben, auf der die spezielle Facharbeiterausbildung als zweite Phase aufbaut. In der beruflichen Grundausbildung erwirbt sich der Jugendliche grundlegende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für verwandte Berufe charakteristisch sind. Allgemein technische und handwerkliche Fähigkeiten werden dabei ebenso vermittelt wie Informationen

über die Organisation der Arbeit und der Produktion, über allgemeine Technologie und Ökonomie des jeweiligen Wirtschaftszweiges²⁵⁾.

Die zweite Phase der Ausbildung dauert in der Regel ein Jahr, in dem sich der Jugendliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten aneignet, die für die volle Beherrschung eines Ausbildungsberufes unter den Bedingungen der modernen Produktion notwendig sind. Die spezielle Facharbeiterausbildung wird unter Produktionsbedingungen im Betrieb durchgeführt²⁶⁾. Es gibt in der DDR 455 Ausbildungsberufe für Absolventen der 10. Klasse und 239 Ausbildungsberufe für Absolventen der 8. Klasse. In der Bundesrepublik beträgt die Gesamtzahl der Ausbildungsberufe 531²⁷⁾. Diese Zahlen, die für das Jahr 1968 gültig waren, sind mittlerweile sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR zurückgegangen. In beiden Teilen Deutschlands werden die Ausbildungsberufe überprüft, um wirtschaftliche und technische Wandlungen sowie bildungspolitische und berufspädagogische Aspekte zu berücksichtigen. Die bestehenden Ausbildungsberufe werden reduziert zugunsten von inhaltlich neu gefaßten und breiter angelegten Berufsbildern. Erleichtert wurde diese Reduzierung durch die Konzentration der Lehrlinge auf eine zunehmend geringere Anzahl von Ausbildungsberufen. In der Bundesrepublik werden „etwa die Hälfte aller Lehrlinge und Anlernlinge in 10, zwei Drittel in 20, drei Viertel in 30, vier Fünftel in 40 und fünf Sechstel in 50 Berufen ausgebildet“²⁸⁾. Am stärksten besetzt sind heute die kaufmännischen Lehrberufe (Einzelhandelskaufmann, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, Industriekaufmann, Bankkaufmann).

Das Konzept der Stufenausbildung

Auch die Konzentration der Lehrlinge auf eine immer stärker abnehmende Zahl von Lehrberufen legt es nahe, die Ordnung der Berufe für die Erstausbildung zu vereinfachen. Vereinfachen bedeutet hier nicht, die Gesamtzahl der Ausbildungsberufe auf ein Minimum zu reduzieren, denn „damit würde der Übergang von der Allgemeinbildung zur Berufsausbildung, der gegenwärtig vielen jungen Menschen in der Bundesrepublik Schwierigkeiten bereitet, zwar erleichtert, zugleich aber der nachfolgende Wechsel von der Berufsausbildung zur Erwerbstätigkeit erschwert“²⁹⁾. Zweckmäßiger erscheint darum die allgemeine Durchsetzung dessen, was man meist als *Stufenausbildung*

bezeichnet. Gemeint ist damit eine gründliche Einführung in einen Berufsbereich, dem sich als zweite Phase eine breite Grundausbildung und als dritte Phase eine Spezialausbildung anschließt.

Die Einführung in Berufsbereiche bzw. „Grundberufe“ als erste Phase der Stufenausbildung

²³⁾ Bildungsgesetz, a. a. O., § 32, vgl. hierzu auch Hartmut Vogt, a. a. O.

²⁴⁾ Bildungsgesetz, a. a. O., § 32.

²⁵⁾ A. a. O., § 33.

²⁶⁾ A. a. O.

²⁷⁾ Vergleichende Darstellung, a. a. O., S. 28.

²⁸⁾ Wolfgang Lempert, Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe, Berlin 1966, S. 59.

²⁹⁾ A. a. O., S. 81.

deckt sich trotz der terminologischen Gleichheit nicht mit der Einführung von „Grundberufen“ in der DDR. Während in der Bundesrepublik die Stufenausbildung vorläufig noch experimentell erprobt und dazu kürzlich die gesetzlichen Grundlagen geschaffen wurden³⁰⁾, haben im September 1968 in der DDR die volkswirtschaftlichen Schwerpunktbetriebe der Metallindustrie, Metallurgie und des Bauwesens mit der Ausbildung von 8000 Lehrlingen in den ersten fünf Grundberufen begonnen. Diese sind Metallurgie für Stahlerzeugung, Metallurgie für Stahlformung, Zerspannungsfacharbeiter, Baufacharbeiter und Facharbeiter für Datenverarbeitung³¹⁾. Im September 1969 wurde damit begonnen, weitere Grundberufe auf dem Gebiet der Starkstromtechnik, auf dem Gebiet der Wartung, Reparatur, Bedienung und Montage von Datenverarbeitungs-, Regelungs- und Büromaschinen einzuführen. Es ist vorgesehen, daß 1980 etwa 70 bis 80 % der in die Berufsausbildung eintretenden Schulentlassenen einen Grundberuf erlernen und der Grundberuf damit eine dominierende Stellung im System der Berufsausbildung der DDR einnehmen wird.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung von Grundberufen wurden mit den „Grundsätzen für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ im Sommer 1968 geschaffen³²⁾. In den Grundsätzen wird festgestellt, daß der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution und die daraus resultierende Arbeitsteilung eine neue Art von Ausbildungsberufen notwendig mache. Mit dem Grundberuf sollen die mathematisch-naturwissenschaftlichen, technischen, produktionsorganisatorischen und ökonomischen Grundlagen verwandter Produktions- und Arbeitsprozesse sowie insbesondere neue Technologien und Arbeitsverfahren den Auszubildenden vermittelt werden.

Von den traditionellen Lehrberufen unterscheidet sich der neue Grundberuf in der DDR durch eine neue Bestimmung des Ausbildungsinhaltes. Er wird definiert mit Hilfe der „Prognose und Perspektive von Wissenschaft, Technik, Technologie, Produktion, sozialistischer Demokratie und Kultur“ und von „gleichen und ähnlichen technischen und technologischen Produktions- und Arbeitsprozessen, jedoch weniger von gleichen Werkstoffen und Arbeitsprozessen“³³⁾. Charakteristisch für den Grundberuf ist eine inhaltliche und organisatorische Gliederung für die grundlegende Ausbildung, deren Niveau wesentlich höher angesetzt wird als in den herkömmlichen Lehrberufen. Grundsätzlich sollen deshalb auch nur

Absolventen der 10. Klasse der polytechnischen Oberschule zur Ausbildung in Grundberufen zugelassen werden. Ein weiterer Unterschied der Grundberufe zu den herkömmlichen Lehrberufen in der DDR besteht in der Ausweitung der berufstheoretischen zu Lasten der praktischen Ausbildung. Diese Schwerpunktverlagerung ist nicht nur für die Berufsausbildung der DDR charakteristisch, sondern eine internationale Erscheinung und kennzeichnet auch die Tendenz in der Bundesrepublik. Die Ursache dafür sind die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktionsprozesse und die fortschreitende Mechanisierung und Automatisierung der Produktion. Auch in der Bundesrepublik wird seit einiger Zeit diskutiert, ob und in welchem Umfang der Berufsschulunterricht ausgeweitet werden kann. Das größte Hindernis für eine Ausweitung ist der Lehrermangel. 1957 konnte nahezu in der Hälfte aller Berufsschulen noch nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von acht Wochenstunden erteilt werden³⁴⁾.

Auch der Deutsche Bildungsrat plädiert in seinen „Empfehlungen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung“, die sich im wesentlichen mit der betrieblichen Lehre beschäftigen, für eine Erweiterung des theoretischen Unterrichts in der Berufsschule. Zunächst müsse der Unterricht auf mindestens zwölf Wochenstunden als kontinuierlicher Teilzeitunterricht oder als Blockunterricht erweitert werden. Die Schüler müßten in leistungsfähigen Berufsschulzentren konzentriert werden, um so auch die Organisation der Klassen nach beruflichen Merkmalen (Fachklassenbildung) zu erleichtern. Als Maßnahme gegen den Mangel an Berufsschullehrern wird empfohlen, die Aufgaben auf Lehrkräfte unterschiedlicher Vorbildung zu verteilen und so eine stärkere vertikale Differenzierung des Lehrkörpers zu erreichen³⁵⁾. Entscheidend für die Berufsausbildung ist nach Ansicht des Bildungsrates eine tiefgreifendere Reform der betrieblichen Lehre. Charakteristisch für die Lehrlingsausbildung der Bundes-

³⁰⁾ Das Berufsbildungsgesetz wurde vom 5. Deutschen Bundestag am 12. Juni 1969 angenommen. § 26 als Kann-Bestimmung sieht vor, daß die Ausbildungsordnung „sachlich und zeitlich besonders geordnete, aufeinander aufbauende Stufen der Berufsausbildung“ festlegt.

³¹⁾ Vergleichende Darstellung, a. a. O., S. 32, sowie Hartmut Vogt, Neue Wege der Berufsausbildung in der DDR, in: Deutschland-Archiv 1/68, S. 791.

³²⁾ Gesetzesblatt der DDR, 1968 Teil I, Nr. 12 vom 14. Juni 1968.

³³⁾ Egon Lass, Disponible Facharbeiter durch Ausbildung in Grundberufen, in: Berufsbildung Nr. 5/1968, S. 229.

³⁴⁾ Bildungsplanungsbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache V/2166, S. 34.

republik sei eine erhebliche Unterschiedlichkeit in den Anstrengungen und Leistungen der Lehrer. Als Hauptmängel bezeichnet der Bildungsrat:

„Viele Lehrlinge werden in den Betrieben unvollständig ausgebildet. Die Ursachen dafür sind in der Einseitigkeit der Einrichtungen und Arbeitsprogramme der Lehrfirmen zu suchen, die in vielen Fällen nicht durch eine Ausbildung in anderen Ausbildungsstätten kompensiert wird. Vielfach sind die nötigen Einrichtungen vorhanden, auch werden berufstypische Arbeiten in der Lehrfirma ausgeführt, die Lehrlinge werden aber nur einseitig

beschäftigt oder in unvertretbarem Umfang zu unqualifizierten Routine-, Hilfs- und Nebentätigkeiten herangezogen . . .

Die Ausbildung vieler Lehrlinge entspricht nicht pädagogischen Erfordernissen. Sie ist nicht systematisch angelegt und wird folglich auch nicht planmäßig durchgeführt . . .

Die Lehrlinge werden durch nebenberufliche Ausbilder ausgebildet, die infolge ihrer sonstigen Tätigkeit nicht genug Zeit haben, sich hinreichend um die Jugendlichen zu kümmern. Über den Nachweis pädagogischer Qualifikation verfügen nicht einmal alle Ausbilder im Hauptberuf.“³⁶⁾

Unterschiede der staatlichen Strukturen

Ziel der Reform der Berufsausbildung muß nach Ansicht des Bildungsrates eine Vereinheitlichung und Anhebung des Niveaus der Lehrlingsausbildung sein. Diesem Ziel stellen sich in der Bundesrepublik anders als in der DDR erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Sie sind Folgen der unterschiedlichen Organisationsstruktur der Berufsausbildung in den beiden Teilen Deutschlands. In der DDR ist der Staat für die Berufsausbildung in vollem Umfang verantwortlich, da politische und wirtschaftliche Führung identisch sind. Bei der besonderen Betonung der Kaderpolitik in einer Planwirtschaft liegt die höchste Kompetenz für die Berufsausbildung in der DDR konsequenterweise bei dem Organ, das den gesamten Wirtschaftsablauf steuert. Die staatliche Planungskommission ist so in letzter Instanz auch für die Planung und Durchführung der Berufsausbildung verantwortlich. Bei seiner Arbeit kann es sich auf das Deutsche Institut für Berufsausbildung stützen, dessen Aufgabe vor allem in der Entwicklung der Berufspädagogik und der Definition von Ziel, Inhalt, Organisation und Methoden der Berufsausbildung liegt.

Das Deutsche Institut für Berufsausbildung in Berlin unterstand bis 1966 dem Minister für Volksbildung und wurde dann mit der Staatlichen Plankommission als nachgeordnetes Organ kurzgeschlossen. Das Institut erhielt die Bezeichnung „Staatliches Amt für Berufsausbildung beim Ministerrat der DDR“. Seine Aufgabe ist nun im wesentlichen die Koordinierung der Berufsausbildung mit dem Industrieministerium, dem Landwirtschaftsrat und anderen zentralen Staatsorganen. Die Fachministerien bleiben jedoch voll verantwortlich für die Berufsausbildung ihres Bereiches. Außerdem wurde das Staatliche Amt für Be-

rufsausbildung beauftragt, einen bilanzierten Planvorschlag für die Berufsausbildung zu erarbeiten, der Grundlage für die Entscheidungen der staatlichen Planungskommission ist³⁷⁾.

Im Gegensatz zur DDR entspricht dem dualen System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik eine getrennte Zuständigkeit. Während für die berufstheoretische Ausbildung die Berufsschulen und damit der Staat verantwortlich ist, wird die berufspraktische Ausbildung in den Betrieben geleitet. Organisation und Kontrolle der betrieblichen Ausbildung unterliegen den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft, also den Industrie- und Handelskammern bzw. den Handwerkskammern. Sie nehmen auch die Prüfungen ab. Mit Hilfe von einheitlichen Ordnungsmitteln (Berufsbild, Berufsbildungsplan, Prüfungsanforderungen) soll sichergestellt werden, daß die Berufsausbildung in den Betrieben einheitlichen Bedingungen entspricht und zu vergleichbaren Leistungen führt. Grundlegend ist das Berufsbild, für das die Berufsbezeichnung, die Ausbildungsinhalte und -zeiten festgelegt werden.

Auf staatlicher Ebene sind für die Berufsbildung in der Bundesrepublik nicht die Länder, sondern der Bund verantwortlich. Im Rahmen der Bundesregierung liegt die Zuständigkeit hierfür beim Bundesministerium für Wirtschaft und beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Das Berufsbildungsgesetz von 1969 hat der Bundesregierung als Beratungsgremium den Bundesausschuß für Berufsausbildung zur Verfügung gestellt. Er

³⁵⁾ Deutscher Bildungsrat, Empfehlung der Bildungskommission zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung (Bonn 1968), S. 28.

³⁶⁾ A. a. O., S. 15 ff.

³⁷⁾ Vergleichende Darstellung, a. a. O., S. 26 f.

setzt sich aus je sechs Beauftragten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, fünf Beauftragten der Länder sowie einem Beauftragten der Bundesanstalt für Arbeit zusammen.

Neben seiner Funktion, die Bundesregierung in allen grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung zu beraten, wurden ihm folgende Aufgaben gestellt:

„1. Auf eine Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung der Ausbilder hinzuwirken,

2. Grundsätze für Eignung der Ausbildungsstätten und für die Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte aufzustellen,

3. Vorschläge für die Ordnung, den Ausbau und die Förderung der Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und der beruflichen Umschulung zu erarbeiten,

4. Grundsätze für die Beratung und Überwachung der Ausbildungsstätten zu entwickeln und

5. die Zusammenarbeit zwischen der betrieblichen, der schulischen und der überbetrieblichen Berufsbildung zu fördern.“³⁸⁾

Bundesregierung und Bundesausschuß können sich bei ihren Entscheidungen und Beratungen auf die Arbeit des ebenfalls durch das Berufsbildungsgesetz gegründeten Bundesinstitutes für Berufsforschung stützen. Dieses Institut soll als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet werden. Es hat die Aufgabe,

„1. die Grundlage der Berufsbildung zu klären,
2. Inhalt und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln,

3. die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten.“³⁹⁾

Das berufsbildende Schulwesen

Mit dem Ende der allgemeinen Schulpflicht beginnt in beiden Teilen Deutschlands die Berufsschulpflicht, soweit der Jugendliche keine weiterführende allgemeinbildende Schule besucht. In der DDR dauert die Berufsschulpflicht generell bis zum Abschluß der Lehrausbildung. Absolventen der 8. Klasse der Oberschule müssen beim Eintritt in eine Berufsausbildung eine zweijährige Berufsschulpflicht absolvieren. Nicht berufsschulpflichtig sind Absolventen der 10. Klasse sowie Jugendliche, die das Ziel der 8. Klasse der Oberschule nicht erreichen und keinen Lehrvertrag abschließen. Die Betriebe sind hier gehalten, Qualifizierungsverträge abzuschließen. In der Bundesrepublik unterliegen alle Jugendlichen bis zum Erreichen des 18. bzw. 21. Lebensjahres der Berufsschulpflicht. 1965 besuchten insgesamt 1,78 Mill. Schüler eine der 2128 öffentlichen und privaten Berufsschulen. Private Berufsschulen gibt es in der Bundesrepublik nur 140. Ihre Zahl hat seit 1950 stark abgenommen. Das gleiche gilt für die Zahl der Berufsschulen insgesamt. 1950 gab es im Bundesgebiet insgesamt noch 6767 Berufsschulen⁴⁰⁾. Bis zum Jahr 1967 ist diese Zahl auf 1783 zurückgegangen⁴¹⁾. In der DDR gab es 1967 insgesamt 1172 Berufsschulen, in denen 0,5 Mill. Jugendliche unterrichtet wurden.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR hat die Berufsschule nicht nur die Aufgabe, ihren Schülern berufstheoretische Kennt-

nisse zu vermitteln, sie soll ebenso die Allgemeinbildung erweitern. Die Berufsschule steht so im Mittelfeld zwischen der allgemeinbildenden und der Fachschule. Sie knüpft damit an die Tradition des deutschen Berufsschulwesens an, das G. Kerschensteiner, der häufig als der „Vater der Berufsschule“ bezeichnet wird, zu Beginn dieses Jahrhunderts geprägt hat. In den Berufsschulen der DDR beträgt das Verhältnis von allgemeinbildendem und berufstheoretischem Unterricht im ersten Lehrjahr 14 : 7, im zweiten und dritten Lehrjahr 8 : 6. Allgemeinbildende Fächer sind Mathematik, deutsche Sprache und Literaturgeschichte, Staatsbürgerkunde und Sport. In der Bundesrepublik beträgt das Verhältnis zwischen allgemeinbildendem und berufstheoretischem Unterricht in der Berufsschule durchschnittlich 4 : 5. Anders als in der DDR ergibt sich hier also ein Übergewicht des berufstheoretischen Unterrichts. Allgemeinbildende Fächer sind Politische Bildung und Wirtschaftskunde, Deutsch und meist auch noch Religion.

In der Bundesrepublik haben Absolventen der allgemeinbildenden Schulen im Gegensatz zur DDR die Möglichkeit, berufliche Bildung auch außerhalb der Betriebe in den sog. Be-

³⁸⁾ Berufsbildungsgesetz, a. a. O., § 51.

³⁹⁾ A. a. O., § 60.

⁴⁰⁾ Kultusministerkonferenz (Hrsg.), Berufsbildende Schule 1950—1965, Statistisches Material, Bonn 1968.

⁴¹⁾ Vergleichende Darstellung, S. 29.

rufsfachschulen zu erhalten. Es gibt in der Bundesrepublik ca. 2000 Berufsfachschulen, darunter 600 private, die 170 000 Jugendliche in ein- bis dreijährigem Vollzeitunterricht auf Berufe vorbereiten. Die Berufsfachschule ist eine Wahlschule, der Besuch ist also freiwillig. Die dort absolvierte Zeit wird auf die Lehre angerechnet. Es gibt eine Fülle von unterschiedlichen Formen, so z. B. Berufsfachschulen für landwirtschaftliche Berufe, für industrielle und handwerkliche Berufe, für technische Berufe, für Handels-, Verwaltungs- und Gaststättenberufe, für Haushalt und Kinderpflege und andere Frauenberufe sowie Berufsfachschulen für künstlerische Berufe. Allen ist die Verbindung von praktischer Ausbildung und Theorie sowie allgemeinbildendem Unterricht gemeinsam.

Als Voraussetzung wird entweder der Hauptschulabschluß oder die Mittlere Reife verlangt. Am stärksten ist die zweijährige Handelsschule verbreitet, deren Abschluß, außer in Bayern, mit der Mittleren Reife gleichgestellt wird. Von besonderer Bedeutung sind die höheren Berufsfachschulen, die als Zugangsvoraussetzung den Realschulabschluß (Mittlere Reife) verlangen. Dazu gehören die höhere Handelsschule, Berufsfachschule für naturwissenschaftlich und medizinisch-technische Assistenten, Frauenfachschulen und die Schulen für künstlerische Berufe.

In enger Verbindung mit der Berufsschule arbeitet in der Bundesrepublik die Berufsaufbauschule. Sie gehört zu dem berufsbezogenen Zweiten Bildungsweg und gibt Jugendlichen während und nach Abschluß der Berufsausbildung die Möglichkeit, eine auf den Beruf bezogene Allgemeinbildung und eine vertiefte fachtheoretische Ausbildung zu erlangen. Sie ist ebenfalls eine Wahlschule; die Mindeststundenzahl von 1500 wird entweder in drei Halbjahren Vollzeitunterricht oder in sechs bis sieben Halbjahren Teilzeitunterricht absolviert. Verbindliche Unterrichtsfächer sind die berufsbezogenen Fächer sowie eine moderne Fremdsprache, Naturwissenschaften, Mathematik und politische Bildung. Ihr Abschlußzeugnis verleiht die Fachschulreife und ist Voraussetzung für den Besuch höherer Fachschulen, der Ingenieurschulen und anderer weiterführender Bildungseinrichtungen. 1967 besuchten 57 000 Schüler Berufsaufbauschulen, davon 20 % Vollzeitschulen. Seit Anfang der sechziger Jahre zeigen die Besucherzahlen eine steigende Tendenz. Dies deutet darauf hin, daß die Berufsaufbauschule, die es in Deutschland seit 1938 gibt, eine echte „Marktlücke“ schließt und eine zunehmend wichtigere Bedeutung erhält.

Bindeglied zwischen dem Hochschulwesen und dem berufsbildenden Schulwesen sind in beiden Teilen Deutschlands die Fachschulen. Sie werden in der DDR dem Hochschulwesen im weiteren Sinn zugerechnet, während sie in der Bundesrepublik augenblicklich noch dem berufsbildenden Schulwesen zugeordnet werden. In der Bundesrepublik werden in den Fachschulen Hauptschüler und Realschüler mit einem Berufsabschluß der ersten Stufe, also einem Gesellen-, Gehilfen- und Facharbeiterbrief, in zwei bis vier Semestern auf eine gehobene Tätigkeit vorbereitet. Es gibt eine Fülle von unterschiedlichen Formen, z. B. Techniker- und Meisterschulen, Schulen für Verkehrs- und Verwaltungsberufe, landwirtschaftliche, soziale oder forst- und gartenbauliche Berufe. Zu den Fachschulen in der Bundesrepublik werden auch die Akademien gerechnet, die einen gehobenen Berufsabschluß vermitteln. Sie setzen den Realschulabschluß und eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein Praktikum voraus. Die Ausbildung dauert fünf bis sechs Semester. Wichtigste Formen der Akademien sind die Ingenieur- und Wirtschaftsakademien. Bei einem qualifizierten Abschluß kann die fachgebundene Hochschulreife verliehen werden.

Im Bereich des Fachschulwesens der DDR wird keine Unterscheidung zwischen Fachschulen und Akademien bzw. höherer Fachschule getroffen. Zum Fachschulwesen werden hier Ingenieurschulen und andere wissenschaftliche Fachschulen gerechnet. Beide Gruppen sind als Einrichtungen der höheren Fachausbildung im Sinne des Bildungsgesetzes von 1965 gekennzeichnet. Charakteristisch für das Fachschulwesen beider Teile Deutschlands ist eine Standortverlagerung der Fachschule in Richtung auf die Hochschule. In der DDR wurden eine Reihe von Ingenieurschulen in Ingenieurhochschulen umgewandelt oder als Polytechnische Institute den Universitäten zugeordnet. In der Bundesrepublik zeichnet sich eine ähnliche Tendenz ab. In dem Abkommen der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 31. Oktober 1968 wurde als Eingangsvoraussetzung für diese Bildungseinrichtungen eine zwölfjährig allgemeinbildende Schulbildung postuliert. Die letzten beiden Jahre dieser Vorbildung sollen in der Fachoberschule absolviert werden, die zwar ebenfalls allgemeinbildenden Charakter hat, aber berufspraktisch orientiert ist. Die Fachoberschulen, die zu Beginn des Schuljahres 1969/70 in den Bundesländern eingeführt werden, schaffen die Voraussetzung für eine Aufwertung der Fachschulen zu Fachhochschulen. Die Fachhochschu-

len sollen nach den Vorstellungen der Kulturpolitiker aller Parteien dem Hochschulbereich zugeordnet werden. Strittig ist vorläufig noch die Frage, welche Fachschulen zum Hoch-

schulbereich gerechnet werden sollen und welche Formen der Kooperation zwischen Fachhochschulen und Hochschulen im engeren Sinne geschaffen werden müssen.

Strukturwandel der Erwachsenenbildung

Neben dem allgemeinbildenden Schulwesen und den Institutionen der beruflichen Bildung gibt es sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR als weiteren Bereich des Bildungswesens die Institutionen der Erwachsenenbildung. Die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands ging hier unterschiedliche Wege. Während in der DDR zunächst die Erwachsenenbildung unter politisch-gesellschaftlichen Vorzeichen stand und primär die Aufgabe hatte, die nationalsozialistische Vergangenheit zu klären und zur aktiven Teilnahme am politischen Leben zu führen, knüpfte die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik unmittelbar an die Tradition der Weimarer Republik an.

Die Erwachsenenbildung entstand in Deutschland durch die sozialen Bemühungen verschiedener Organisationen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Ausgehend von den liberalen Auffassungen, bei denen die Reife des Bürgers für eine Selbstgestaltung des politischen Lebens und seines eigenen Schicksals im Vordergrund stand, wurde die Erwachsenenbildung bald zu einem der Hauptarbeitsgebiete sozialistischer und christlich sozialer Bewegungen. In beiden Richtungen überwogen politisch emanzipatorische Elemente. Sie wurden jedoch schon sehr bald ergänzt durch karitativ und religiös ausgerichtete Zielsetzungen, insbesondere im Vorfeld der beiden großen Konfessionen. Eine derartige politische oder konfessionelle Bindung wurde von der im Jahre 1871 gegründeten „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ abgelehnt. Sie erstrebte Zugang zu den Bildungsgütern für das „einfache Volk“, um die als Bedrohung empfundene Radikalität der sozialistischen Arbeiterbewegung abzuwehren.

Weitere Impulse gingen von der Idee der „Universitätsausdehnung“ aus, die von England übernommen wurde. Danach sollte die Wissenschaft an der Volksbildung durch populäre Darstellung gesicherten Wissens beteiligt werden.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg erhielt die Erwachsenenbildung eine neue entscheidende Akzentuierung, die bis heute in beiden Teilen Deutschlands nachwirkt. Nach dänischem Vorbild setzte die Volkshochschulbewegung ein-

Sie wollte insbesondere der Landbevölkerung während der Wintermonate Fortbildungsmöglichkeiten bieten. Mit der Entstehung der Volkshochschule und beeinflusst durch die Jugendbewegung erhielt die Erwachsenenbildung eine neue Richtung. Die unkritische Verbreitung von Volksbildung sollte überwunden und durch eine gestaltende Volksbildung ersetzt werden. Charakteristisch für die Erwachsenenbildung sollte die Selbstbestätigung des Hörers und seine intensiven Mitarbeit werden.

Die in rascher Folge entstehenden Volkshochschulen vereinigten sich 1927 zu einem Verband auf Reichsebene, dem Vorläufer des Deutschen Volkshochschulverbandes, der 1968 1200 Volkshochschulen mit 5000 Nebenstellen in allen Städten und Kreisen der Bundesrepublik unterhält.

Das heutige System der Erwachsenenbildung ist nach Wolfgang Schulenburg die Resultante der oben skizzierten historischen Grundtypen. Erster Grundtyp sei die transitorische Erwachsenenbildung. Schulenburg versteht sie als eine Aufgabe, die dann erfüllt ist, wenn ihr Ziel, beispielsweise die Alphabetisierung in Entwicklungsgebieten, erreicht ist. Ein zweiter Grundtyp ist die kompensatorische Erwachsenenbildung. Sie hat die Aufgabe, bestimmten Bevölkerungsgruppen und Personen, deren Bildungsmöglichkeiten in der Jugend eingeschränkt waren, Nachhol- und Ausgleichangebote bereitzustellen. Charakteristische Beispiele hierfür sind die Arbeiterbildungsvereine im 19. Jahrhundert und die Institutionen des sogenannten zweiten Bildungsweges. Den dritten Grundtyp nennt Schulenburg die komplementäre Erwachsenenbildung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den Erwachsenen in hochindustrialisierten Gesellschaften Angebote zur Weiterbildung zu geben ⁴²⁾.

Mit unterschiedlichem Tempo entwickelt sich die Erwachsenenbildung in beiden Teilen Deutschlands auf diesen Grundtyp zu. In ihm kommen jene vier Aufgaben der Erwachsenenbildung zur Geltung, die im gegenseitigen Zu-

⁴²⁾ Wolfgang Schulenburg, *Erwachsenenbildung*, in: Hans-H. Groothoff (Hrsg.), *Pädagogik*, Frankfurt/M. 1964, S. 68 f.

sammenwirken der Erwachsenenbildung neuen Typs ihr Gesicht prägen. Das sind erstens Information, zweitens berufliche Weiterbildung, drittens Lebenshilfe und viertens Entspannungs- und Freizeithilfe.

Allein die Volkshochschulen hatten im Jahre 1968 1,8 Mill. Kurssteilnehmer und 6 Mill. Besucher an Einzelveranstaltungen zu verzeichnen. Etwa die Hälfte des Bildungsangebotes der Volkshochschulen ist heute berufsbezogen. Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien widmen sich erfolgreich ausschließlich der beruflichen Qualifizierung. Auch die Erwachsenenbildungseinrichtungen der Sozialpartner

sind überwiegend berufsorientiert. Damit wird deutlich, daß sich die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Immer stärker begreift sie sich als Einrichtung zur beruflichen Qualifizierung. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung werden somit der Notwendigkeit der lebenslangen Weiterbildung — orientiert an der konkreten beruflichen Situation des Menschen — gerecht. Diese Möglichkeiten werden vor allem von der jüngeren Generation genutzt. Heute sind mehr als die Hälfte aller Erwachsenen, die an Volkshochschulveranstaltungen teilnehmen, 18 bis 25 Jahre alt.

Das System der Erwachsenenqualifizierung

Wesentlich ausgeprägter als in der Bundesrepublik ist in der DDR die Funktion der Erwachsenenbildung als Institution der Fortbildung. Sie ist in der DDR zunächst ein Instrument der Qualifizierung. Hauptziele der Volkshochschulen sind: einmal „in Komplexlehrgängen auf Schulabschlüsse verschiedener Formen vorzubereiten und sodann die langfristigen Qualifizierungsvorhaben der Betriebsakademien und Betriebsschulen zu koordinieren“⁴³⁾. Damit wird deutlich, daß die Erwachsenenqualifizierung in der DDR auf zwei Säulen ruht. Einerseits auf der Volkshochschule, die es in jedem der 220 Kreise der DDR gibt, und andererseits auf dem System der Betriebsschulen. Während die Volkshochschulen neben der beruflichen Qualifizierung auch die Aufgabe haben, auf Abschlüsse allgemeinbildender Schulen vorzubereiten, und so mit der Funktion von Abendrealschulen und Abendgymnasien in der Bundesrepublik vergleichbar sind⁴⁴⁾, beschränkt sich die Aufgabe der Betriebsakademien auf die fachliche Erwachsenenqualifizierung.

Die Betriebsakademien entstanden zu Beginn der sechziger Jahre als Betriebsschulen, die von allen größeren Betrieben zur beruflichen Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer in eigener Regie unterhalten wurden. Sie widmen sich vorwiegend der systematischen beruflichen Qualifizierung und führen außerdem kurzfristige produktionsorientierte Kurse durch, die durch die Einführung neuer Maschinen und Technologien notwendig werden. Neben den Betriebsakademien gibt es Dorfakademien mit gleicher Funktion, die jedoch aus der Volkshochschule entstanden sind⁴⁵⁾.

Volkshochschulen und Betriebsakademien bieten den an einer Qualifizierung Interessierten ein Stufensystem der Ausbildung für jeden

Beruf an. Es besteht aus neun gestaffelten Qualifizierungsabschnitten, deren Anforderungen sich aus den jeweiligen Berufsbildern und Arbeitsplatzanalysen ergeben. Jede Stufe ist durch folgende allgemeine Merkmale charakterisiert:

- A 1: Produktionsarbeiter für eine oder mehrere Tätigkeiten,
- A 2: Erweiterung der Grundkenntnisse,
- A 3: Facharbeiter mit staatlicher Facharbeiterprüfung,
- A 4: Facharbeiter mit Spezialkenntnissen,
- A 5: Meister der volkseigenen Industrie,
- A 6: Techniker,
- A 7: Ingenieur,
- A 8: Diplomingenieur,
- A 9: Weiterbildung für Hoch- und Fachschulkader⁴⁶⁾.

Die Betriebsakademien bieten in der Regel nur die Qualifizierungsabschnitte A 1 bis A 4 an. Die weiterführenden Abschnitte werden von den Fachschulen organisiert, die an allen grö-

⁴³⁾ Joachim Knoll und Horst Siebert, *Erwachsenenbildung — Erwachsenenqualifizierung*, Heidelberg 1968, S. 27 f.

⁴⁴⁾ Horst Siebert, *Erwachsenenbildung im „einheitlich sozialistischen Bildungssystem“ der DDR*, in: *Bildung und Erziehung*, 3/1969. Welche Bedeutung die Volkshochschulen als Nachholformen des allgemeinbildenden Schulwesens haben, wird daraus deutlich, daß trotz der 10jährigen Schulpflicht 25% aller Jugendlichen die Oberschule nach der 8. Klasse verlassen. Nur 18% legen die Abschlußprüfung der 12. Klasse ab, erwerben also auf dem direkten Weg die Hochschulreife. Vgl. *Neues Deutschland*, 31. 8. 1967.

⁴⁵⁾ Horst Siebert, a. a. O.

⁴⁶⁾ A. a. O.

Beren Betriebsakademien Außenstellen eingerichtet haben. Ihre Inhalte und Prüfungsbedingungen werden für alle Qualifizierungsabschnitte zentral festgelegt, ihre Einhaltung von der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) als übergeordneter Instanz kontrolliert. Die A-Qualifizierung wird durch weitere Systeme ergänzt. Die B-Qualifizierung orientiert sich stärker an den Erfordernissen des jeweiligen Betriebes und bietet Kenntnisse für spezielle Tätigkeiten, für die es keine verbindlichen Berufsbilder gibt. Die C-Qualifizierung besteht aus einem Angebot an allgemeinbildenden Kursen, die nur teilweise auf den Beruf zugeschnitten sind ⁴⁷⁾.

Damit wird deutlich, daß die Erwachsenenbildung in der DDR anders als in der Bundesrepublik überwiegend als ein Instrument der Weiterbildung sowohl in beruflicher als auch in schulischer Hinsicht charakterisiert werden kann. Die nicht berufsbezogenen Aufgaben der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik, die hier immer noch einen breiten Raum einnehmen, werden in der DDR durch die „kulturelle Massenarbeit“ erfüllt. Darunter werden „alle Formen der kulturellen, erzieherischen und kulturell bildenden Arbeit“ verstanden, die „bestimmte Erziehungsziele besitzen und eine bestimmte Bildung vermitteln, jedoch nicht mit allgemeinverbindlichen Lehrprogrammen arbeiten bzw. nicht mit allgemein verbindlichen Prüfungen abschließen.“ Die kulturelle Massenarbeit in der DDR greift jedoch über den Bereich der Erwachsenenbildung hinaus. In diese Kulturarbeit werden auch Jugendliche und Kinder durch Jugendorganisationen einbezogen.

Dennoch kann als gemeinsames Merkmal der Erwachsenenbildung in beiden Teilen Deutschlands eine zunehmende Tendenz zur beruflichen Facharbeiterqualifizierung festgestellt werden. Sie ist in der Bundesrepublik vorläufig erst in Ansätzen erkennbar, während sie in der DDR zu einem alle anderen Aufgaben der Erwachsenenbildung dominierenden System von Qualifizierungsangeboten geführt hat.

Unterschiedlich ist jedoch nicht nur das Selbstverständnis der Erwachsenenbildung in der DDR und in der Bundesrepublik, sondern auch ihre Organisation. Wenn in der Bundesrepublik das System der Erwachsenenbildung noch nicht durch die Funktion der beruflichen Weiterqualifizierung charakterisiert ist, so liegt

dies nicht zuletzt daran, daß hierbei der nicht-staatliche Charakter der Erwachsenenbildung Schwierigkeiten bereitet. Denn die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik hat sich im staatsfreien Raum angesiedelt und wird von einer pluralistischen Vielfalt der Träger durchgeführt. Berufliche Qualifizierung setzt jedoch die staatliche Anerkennung von Examina und Zeugnissen voraus, die die privat organisierten Institutionen der Erwachsenenbildung nicht anbieten können. Um diese Schwierigkeit zu überwinden, erproben die Volkshochschulen in der Bundesrepublik z. Z. ein vielversprechendes Zertifikatssystem. Auch wenn damit keine staatliche Prüfung bescheinigt werden kann, so erfreuen sich die Inhaber dieser Zertifikate dennoch einer zunehmenden Förderung durch die Wirtschaft.

Diese kodifizierten Leistungsnachweise können jedoch solange keine Alternative oder Ergänzung staatlicher Examina sein, wie ihnen die staatliche Anerkennung fehlt. Ziel der Trägerorganisationen der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik ist deshalb, ihre für erfolgreich absolvierte berufsbezogene Kurse ausgestellten Zertifikate staatlich anerkannt zu sehen. Dieses Ziel ist allerdings nur dann realistisch, wenn die Trägerorganisationen dem Staat auch Einflußmöglichkeiten auf die Prüfungsanforderungen einräumen.

Damit wird eine der Kernfragen in der Reform der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik angeschnitten. Sie besteht in dem Problem, inwieweit der pluralistische Charakter einer staatsfreien Erwachsenenbildung beschnitten werden muß, um das vorhandene System für die berufliche Weiterbildung fruchtbar zu machen. Auf diese Fragen haben Politiker und Träger der Erwachsenenbildung vorläufig noch keine Antwort gegeben. Auch in den kulturpolitischen Programmen der Parteien sucht man vergeblich nach klaren Stellungnahmen. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher, daß die berufliche Weiterbildung und Umschulung zu einer der wichtigsten Aufgaben einer modernen Sozial- und Bildungspolitik wird. Somit stellt sich die politische Aufgabe, das vorhandene System der Erwachsenenbildung für diese Aufgabe wesentlich stärker zu nutzen, als es bisher geschehen ist.

⁴⁷⁾ A. a. O.

⁴⁸⁾ Edgar Jahn, Technische Revolution und kulturelle Massenarbeit, Berlin (Ost) 1965, S. 36.

Zusammenfassend lassen sich bei der Bildungspolitik in den Bereichen berufliche Bildung und Erwachsenenbildung in beiden Teilen Deutschlands eine Reihe von übereinstimmenden Tendenzen feststellen. Gemeinsam wird der Versuch gemacht, das berufliche Bildungswesen und das System der Erwachsenenbildung den Erfordernissen einer industriellen Gesellschaft anzupassen. Sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR wird versucht, die Bildungspolitik in diesen Bereichen an den betriebs- und volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu orientieren. Charakteristisch dafür ist insbesondere die Reform der Berufsausbildung und der Strukturwandel im Bereich der Erwachsenenbildung. Die traditionelle Meisterlehre wird in beiden Teilen Deutschlands abgelöst durch eine Ausbildung in Phasen. Um die berufliche Mobilität zu verbessern und gleichzeitig Voraussetzungen für eine spätere Spezialisierung zu schaffen, soll die berufliche Ausbildung sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR mit einer breit angelegten Einführung in die Berufsbereiche beginnen. Im Verlauf des Ausbildungsganges schreitet dann die Spezialisierung voran. Dabei wird angestrebt, eine Festlegung auf bestimmte Berufe oder berufliche Tätigkeiten zeitlich möglichst weit hinauszuschieben.

Charakteristisch für beide Teile Deutschlands ist ebenso ein neues Selbstverständnis der Erwachsenenbildung. Sie wird immer stärker als ein Instrument der beruflichen Qualifizierung verstanden. Während eine Verlagerung des Schwergewichtes auf die berufliche Fort-

bildung bei der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik vorläufig erst in Ansätzen erkennbar ist, wird Erwachsenenbildung mit Erwachsenenqualifizierung in der DDR weitgehend gleichgesetzt.

Das unterschiedliche Tempo der Strukturveränderungen in den Bereichen berufliche Bildung und Erwachsenenbildung erklärt sich aus den unterschiedlichen organisatorischen Bedingungen. Berufsbildung und Erwachsenenbildung sind in der Bundesrepublik weitgehend der Verantwortlichkeit des Staates entzogen. Die berufspraktische Ausbildung ist Aufgabe der Betriebe und wird von den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft kontrolliert. Die Erwachsenenbildung ist im staatsfreien Raum angesiedelt und wird von einer pluralistischen Vielfalt von Trägern organisiert.

Bei der Identität der politischen und wirtschaftlichen Führung liegen in der DDR Organisation und Kontrolle von Berufsbildung und Erwachsenenbildung in einer Hand. Reformkonzeptionen sind hier sehr viel rascher zu verwirklichen. Ein Vergleich in der Leistungsfähigkeit der Systeme in beiden Teilen Deutschlands ist schwierig, weil sich sowohl in der Bundesrepublik wie auch in der DDR Berufsbildung und Erwachsenenbildung im Umbruch befinden. Das sollte Fachleute und Politiker in beiden Teilen Deutschlands nicht daran hindern, die Reformkonzepte und Reformmaßnahmen in dem jeweils anderen Teil aufmerksam zu verfolgen und davon zu lernen.